

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Abonnementspreis im Monat einschließlich Bringerlohn 80 Pfg., bei Selbstabholung 70 Pfg.; mit der illustrierten Wochenbeilage Neue Welt einschließlich Bringerlohn 90 Pfg., bei Selbstabholung 80 Pfg. — Durch die Post bezogen vierteljährlich 2.40 M., für 1 Monat 80 Pfg. (Bestellgeld vierteljährlich 42 Pfg., monatlich 14 Pfg.).

Redaktion:
Leipzig, Tauchaer Straße 19/21.
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig.
Fernsprecher: 13098.

Inserate kosten die Tagesblätter 20 Pfg. oder deren Raum 25 Pfg., bei Vorkauf 30 Pfg. Schwieriger Satz nach höherem Tarif. — Der Preis für das Belegen von Prospekten ist bei der Gesamtauflage 4.— M. jedes Tausend, bei Zeltaufgabe 6.— M. — Schluss der Annahme von Inseraten für die nächste Nummer früh 9 Uhr.

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag in Leipzig, Tauchaer Straße 19/21, Fernsprecher: 4596 • Inseraten-Abteilung Fernsprecher: 3721.

Entschiedenenes und Unentschiedenes.

Es ist vollendet. Die Mehrheit des Reichstags hat gestern die „große nationale Aufgabe“ zu Ende gebracht und dem Militarismus neue Helatomben geopfert. Die Forderungen der Militärvorlage wurden glatt bewilligt, sogar noch über das Maß dessen hinaus, was bürgerliche Bewilligungslust bisher zugestanden hatte. Wie hatte in den vergangenen Wochen und Monaten die Volkspartei großgetan, wenn sie darauf hinwies, daß sie nicht alles dem unerfülllichen Moloch bewilligt habe, von 6 Kavallerieregimentern habe sie 3 — in Buchstaben drei — Regimente gestrichen! Und auch der größere Teil des Zentrums tat so groß. Auch er hatte ja dazu geholfen, die 3 Regimente zu streichen. Aber am Sonnabend abend war große Festivität beim Reichskanzler, da wurden die Umfallstümpfe eingest. Und siehe da, zwischen Abend und Morgen war es erreicht: am Montag, bei der dritten, der entscheidenden Lesung, fielen sie alle um: das Zentrum und ein großer Teil der Fortschrittler. Ebenso schmachvoll war der Umfall der bürgerlichen Parteien bei der Zahlungspflicht der Fürsten, und hier war es, was wir in Leipzig uns ganz besonders merken wollen, Herr Junck, der den Umfall einleitete. Wie hatte er noch bei der ersten Lesung der Deckungsvorlagen die Zahlungspflicht der Fürsten betont als eine Selbstverständlichkeit, und jetzt fiel Herr Junck vor einem Stirnzucken der Regierung glatt auf den Bauch und stotterte einige Phrasen von dem „großen nationalen Wert“, das man an dieser Frage nicht scheitern lassen wolle. Als ob irgendeine Regierung es wagen könnte, das Gesetz abzulehnen; lediglich deshalb, weil es auch die Fürsten zum Zahlen heranzieht. Ueber diesen schmachvollen Umfall des Herrn Junck und seiner Freunde werden wir uns noch zu unterhalten haben.

Doch das sind nur Kleinigkeiten, zwar höchst charakteristische und für die Gardinenkünste des Parlamentarismus höchst kennzeichnende Kleinigkeiten, aber sie verschwinden doch an Bedeutung vor der Tatsache, daß die größte Wehrvorlage aller Zeiten angenommen worden ist und mit ihr auch die sogenannte Deckung.

Sogenannte Deckung! Denn darüber sollte unter Ernsthaften kein Zweifel sein, und wir haben es an dieser Stelle mehr als einmal ausgesprochen: diese Deckung ist eine Schiebung, ein Stück Papier, mit Zahlen beschmiert, das die nächsten Jahre ihr tausend Fehlen zerreiben werden. Kein Mensch weiß, wie die Erträge des Wehrbeitrags sich gestalten werden, die ganzen Finanzgesetze sind angelegt, als ob wir uns für alle Ewigkeit in einer steigenden Konjunktur befinden, obwohl wir uns schon jetzt auf absteigender Linie bewegen, und nichts ist so gewiß, als die Tatsache, daß wir uns in aller nächster Zeit vor neuen Steuergesetzen befinden werden.

Wie war die Haltung der Sozialdemokratie diesen Deckungsvorschlägen gegenüber? Daß sie die offensichtlich gemeingefährlichen Vorschläge, wie Beibehaltung der Zuckersteuer, die Stempelgesetze, die Auffüllung des Kriegsschatzes ablehnen würde, verstand sich von selbst. Darüber gab es keinen Streit. Wohl aber hatte die Haltung, die die Fraktion in den beiden andern Gesetzen gegenüber einzunehmen habe, innerhalb der Fraktion zu sehr ausgedehnten und scharfen Debatten Anlaß gegeben. Sie wurden schließlich in dem Sinne erledigt, daß die Mehrheit der Fraktion beschloß, für diese Gesetze zu stimmen. Die Erklärung, die Genosse Haase vor der dritten Lesung der Deckungsvorlagen abgab, ließ deutlich erkennen, daß es der Fraktion nicht leicht gefallen ist, für Wehrbeitrag und Besitzsteuer zu stimmen, und zwar des Verwendungszwecks willen. Der alte Grundsatz, der die Stellung der Sozialdemokratie dem Rüstungswesen gegenüber präzisiert: diesem System keinen Mann und keinen Groschen, kann nur dann seine Geltung verlieren, wenn durch unsere Abstimmung die Interessen der beschaffungslosen Schichten gefährdet, d. h. an Stelle direkter, die Besitzenden belastender Steuern, indirekte Steuern treten würden.

Drohete in dem vorliegenden Falle diese Eventualität? Beim Besitzsteuergesetz gewiß! Dadurch, daß die Konservativen dagegen stimmten, wäre, wenn auch die Sozialdemokratie gegen das Gesetz gestimmt hätte, die Besitzsteuer gefallen. Die Folge wäre nicht etwa die Auflösung des Reichstags gewesen, sondern lediglich die Verschlebung dieses Gesetzes auf den Herbst! Ob es aber im Herbst, wo der Zwang der Eile nicht mehr hinter den Parteilern stand, gelungen wäre, die Konservativen auszuschalten, ist mehr als fraglich. Jedenfalls glaubte die Fraktion die Verantwortung für diese Konsequenzen ablehnen zu müssen. Anders aber stehen die Dinge beim Wehrbeitrag. Hier war unbedingte Ablehnung geboten. Es stand fest, daß sämtliche bürgerliche Parteien, mit Ausnahme der Polen, den Wehrbeitrag annehmen würden. Eine Zustimmung durch uns ließ sich also nicht mehr verteidigen durch das Argument, daß unsere Stimmen schlechtere Steuern abwehrten. Hier gab es nichts abzuwehren. Hier ist die Mehrheit von uns abherzigt. Durch die Zustimmung zum Wehrbeitrag hat die Fraktion ohne den geringsten Zwang Mittel für Rüstungszwecke bewilligt, was wir für einen schweren Fehler halten. Freilich, man kann sagen, daß durch die Erklärung Haases der grundsätzliche Standpunkt der Partei gewahrt worden sei. Das kann aber nur gelten, soweit unsere Zustimmung zum Besitzsteuergesetz in Frage kommt. Die Zustimmung zum Wehrbeitrag vermag sie nicht zu decken.

So ist die Partei die politische Entwicklung vor neue Fragen gestellt. Es überhaupt in diesen Dingen zu einer Kontroverse innerhalb der Partei gekommen ist, so nur deshalb, weil sich die Partei vor neuen Tatsachen befindet. Zum erstenmal in der Finanzgeschichte des Reichs sind die herrschenden Klassen gezwungen worden, die Kosten einer Rüstungsvorlage selber zu bezahlen. Sie sind durch den Wahlsieg der Sozialdemokratie 1912 direkt dazu gezwungen worden, den Plan indirekter Steuern fallen zu lassen. Diesen Erfolg kann sich die Sozialdemokratie ruhig zugute schreiben. Aber gerade durch diesen Erfolg kam einer ihrer ältesten und selbstverständlichsten Grundsätze: diesem System keinen Mann und keinen Groschen, etwas ins Gedränge. Soll sie auch diesem System keinen Groschen bewilligen, wenn dieser Groschen von den Bestehenden bezahlt wird? Sicherlich soll sie das, aber nur, wenn, wie wir oben sagten, die Interessen der Beschaffungslosen nicht durch ihre Abstimmung gefährdet, wenn also infolge ihrer Abstimmung an Stelle der direkten neue indirekte Steuern treten würden.

Auf der andern Seite darf man bei Beurteilung dieser Frage nicht den Blick lediglich oder auch nur hauptsächlich auf die Mehrheitsverhältnisse im Parlament richten. Worauf es ankommt, sind die Verhältnisse innerhalb der Gesellschaft. Wenn jetzt zum erstenmal Besitzsteuern vorgeschlagen sind, so nicht von wegen der sozialen Einsicht der herrschenden Klassen, sondern lediglich wegen der politischen Macht der Sozialdemokratie. Wir sind groß geworden unter anderem durch unsern Kampf gegen den Militarismus und die indirekten Steuern. Je zäher wir diesen Kampf führen, desto stärker wird unsere Macht, und diese Macht ist viel zu solide verankert, als daß sie mit den pfiffigen Rechenkünsten des Parlaments ängstlich gehütet werden müßte. An sich schon besteht die Gefahr, daß der Kampf gegen den Militarismus von uns überwiegend unter dem Gesichtspunkt der Kosten geführt wird oder wenigstens geführt worden ist. Auch in dieser Hinsicht bedeutet die jetzige Form der Deckung eine Wendung zum Besseren. Schärfere als bisher und klarer können wir jetzt den Kampf gegen die Rüstungen als den Kampf gegen die imperialistische Entwicklung führen, der die moderne Gesellschaft in ihren Grundfesten erschüttert, die in ihr schlummernden Gegensätze auf die Spitze treibt und durch ihre steuerliche Entwicklung auch die Mittelschichten immer mehr ruiniert. Denn darüber muß man sich klar sein, daß die jetzigen Besitzsteuern viel mehr den Mittelstand als

die wirklich reichen Leute treffen. Gerade deshalb hat ja die Fraktion, wie Haases Erklärung ausdrücklich besagt, gegen einen Teil der Deckungsvorlagen gestimmt, weil sie die Kosten der Rüstungssteigerungen dem Mittelstande auferlegen.

Jedenfalls ergibt sich aus der politischen Situation, die wir nunmehr im Reich haben, eine Fülle neuer Fragen, deren kritische Analyse Aufgabe der Partei und ihrer Presse ist. Auf dem nächsten Parteitag werden wir uns mit der Steuerfrage besonders zu beschäftigen haben. Sie hat durch den Ausgang der Reichstagsverhandlungen eine ganz besondere große Wichtigkeit erlangt. Seine Verhandlungen werden um so fruchtbringender sein, je lebhafter und klärnder die Diskussion ist, die ihm vorausgeht.

Aus dem Reichstage wird uns über die gestrige Sitzung geschrieben:

Nach einer Tagungszeit von sieben Monaten hat der Reichstag hier die großen Ferien angetreten, die bis zum 20. November dauern werden. In diesem zweiten Sessionsabschnitt der laufenden Legislaturperiode ist vom Reichsparlament unstreitig ein großes Stück Arbeit geleistet worden, das ihm, soweit die Quantität in Betracht kommt, selten ein Parlament nachmachen dürfte. Die qualitative Leistung wird noch einer eingehenden Würdigung und Kritik unterzogen werden. Die heutige Sitzung, von der man bestimmt wußte, daß sie die Schlusssitzung vor den Ferien sein wird, gestaltete sich äußerlich imponierend, denn nicht weniger als 372 Abgeordnete nebst dem gesamten Bundesrat nahmen an ihr teil.

Gespannt sah man der Erledigung des ersten Punktes der Tagesordnung entgegen, der einen Initiativantrag aller großen Parteien des Hauses — mit Ausnahme der Konservativen — darstellte, im Militärstrafgesetzbuch bestimmte Paragraphen derart zu ändern, daß bei militärischem Aufruhr, Meuterei usw. für Rädelsführer statt der Mindeststrafe von bisher zehn Jahren Zuchthaus ein Jahr Gefängnis, für andre Beteiligte statt einer Mindestzuchthausstrafe von fünf Jahren sechs Monate Gefängnis treten können. Dieses Notgesetz ist durch das Erfurter Urteil veranlaßt worden. Wie wir schon gestern dargelegt haben, hat die sozialdemokratische Fraktion im Verlaufe der Beratung der Militärvorlage neben der heute vom Reichstage beschlossenen Milderung dieser drakonischen Strafbestimmungen eine gründliche Reform des Militärstrafgesetzbuchs gefordert, da die völlige Beseitigung des besonderen militärischen Strafrechts in absehbarer Zeit doch nicht zu erreichen ist. Die sozialdemokratische Forderung wurde von allen bürgerlichen Parteien abgelehnt; erst unter dem Eindruck des Erfurter Urteils nahmen schnell die Volksparteiler den sozialdemokratischen Antrag wieder auf und die Sturmthünen am Sonnabend ließen es der Regierung geraten erscheinen, nachzugeben, trotz der provokatorisch ablehnenden Haltung des Kanzlers vor einigen Wochen gegen alle Reformwünsche des Reichstags.

Nachdem heute vormittag in einer Konferenz der Vertrauensmänner der Parteien mit der Regierung eine Uebereinstimmung erzielt worden war, mußte zu Beginn der Sitzung der Reichskanzler die Erklärung abgeben, daß er im Bundesrate für die Annahme des Notgesetzes eintreten werde. Die Konservativen ließen durch den Abg. Brochhausen erklären, sie lehnen es ab, gesetzgeberische Maßnahmen von so tiefgreifender Wirkung „übers Anie zu brechen“, und die Reichspartei hat sich von dem Kompromiß ferngehalten, weil es einen Zwang auf die Regierung darstellt. Der Annahme des Notgesetzes aber geschäftsordnungsmäßige Schwierigkeiten zu bereiten, unterließen die reaktionären Herrschaften, denn die sozialdemokratischen Kommissionsmitglieder hatten keinen Zweifel darüber gelassen, daß sich die sozialdemokratische Fraktion der Vertagung des Reichstags solange widersetzen werde, bis das Notgesetz angenommen ist. Dabei fanden unsere Genossen auch die Unterstützung anderer Parteien. Gleichzeitig wurde aber auch gefordert, daß der Kanzler selbst eine Erklärung der Regierung über ihre Stellungnahme zum Notgesetz abgibt. So mußte wohl oder übel Herr v. Bethmann in den sauren Apfel beißen und feierlich vor allem Kriegsvolk seine Zustimmung zu einer von den Sozialdemokraten geforderten Reform erklären. Noch 48 Stunden früher hat derselbe Kanz-

ter den Sozialdemokraten die Verdrängung zugesichert, sie wollten gar keine Reformen, sondern nur hehen.

Gegen die Stimmen von zwei oder drei Konservativen wurde das Notgesetz in allen drei Lesungen angenommen, so daß es schon für die Erzurler Beurteilung Anwendung findet, da das am vorigen Freitag gefällte Urteil der Prüfung durch das Oberkriegsgericht unterliegt. Getrieben von der Sozialdemokratie, hat der Reichstag wenigstens in einem Falle von seinen Machtmitteln Gebrauch gemacht und einen Sieg errungen. Was hätte der Reichstag bei dieser Militärvorlage alles durchsehen können, wenn in ihm eine auf das Volkswohl und die Volksrechte bedachte Mehrheit sitzen würde! Mag der errungene Erfolg materiell auch kein allzu großer sein, politisch ist er von Bedeutung, weil er der Regierung im Kampfe abgenötigt worden ist. Und die Sozialdemokratie wird den Reichstag noch öfters an diese eine Tat zu erinnern haben.

Im Sturmschritt wurden nun die übrigen Tagesordnungspunkte erledigt. Zentrum, Nationalliberale und Konservative bewilligten die geforderten sechs Kavallerieregimenter, von denen die Budgetkommission drei gestrichen hatte. Was wir schon gestern vorausagten, ist eingetroffen: das parlamentarische Abendessen am Sonnabend beim Kanzler hat auf das Zentrum die beabsichtigte Wirkung ausgeübt. Strahlenden Angesichts nahm der Kriegsminister die Glückwünsche entgegen. Gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, Polen und Elsäßer wurde sodann die Militärvorlage angenommen. Es war bemerkenswert, daß die Mehrheit nur in ein gedämpftes Bravo ausbrach. Die Art der Dedung und die wochenlang intensive von der Sozialdemokratie an dem heutigen militärischen System geübte Kritik, die nicht ohne erhebliche agitatorische Wirkung auf die Massen im Lande draußen sein wird, haben der Mehrheit die Freude an dieser Militärvorlage doch erheblich verdorben.

Zu Beginn der dritten Lesung der Dedungsvorlagen gab namens der sozialdemokratischen Fraktion Genosse Haase eine Erklärung ab, die in markanten Sätzen nochmals die Stellung der Sozialdemokratie präzisiert und darlegt, aus welchen Gründen die sozialdemokratische Fraktion den wichtigsten der Dedungsvorlagen zustimmt, trotzdem die Mittel, die durch diese Vorlagen aufgebracht werden, Verwendung für die Rüstung finden. Dem allgemeinen Finanzgesetz, das die Beibehaltung der Zuckersteuer und die Verdoppelung des Kriegsschages enthielt, stimmten natürlich unsere Genossen nicht zu, ebensowenig dem Steuergesetz, das bestimmte Teile des Mittelstands belastet und eine Art Verkehrssteuer darstellt. Dagegen nahmen unsere Genossen den Mehrbeitrag und die Besitzsteuer an.

Amüsant war es, die Konservativen in ihrer isolierten Stellung operieren zu sehen. Den Mehrbeitrag abzulehnen, trotzdem er den Besitz verhältnismäßig scharf anfaßt, trauten sie sich doch nicht, dagegen erklärten sie, die Besitzsteuer abzulehnen, weil sie die Vorstufe zu einer Reichssteuer, Vermögens- und Erbschaftsteuer ist. Das war ja auch einer der Hauptgründe, warum unsere Genossen ihre Zustimmung gegeben haben, und die Konservativen, abgesehen von dem Holzwege, wenn sie annehmen, daß weitere Ämter in dieser Richtung folgen werden und folgen müssen. Wenn die Konservativen staatsrechtliche Bedenken vorbringen, so ist das, trotz ihres partikularistischen Charakters, nur ein Scheinmanöver; die Angst, daß der Besitz und dann endlich auch der ländliche Besitz, scharfer zu den Reichseinnahmen herangezogen wird, hat sie zum Protest und zur Ablehnung getrieben. Graf Westarp, der heute für die Konservativen Erklärungen abgeben mußte, unterstrich ausdrücklich und zweifelsfrei, daß mit der Gestaltung dieser Besitzsteuer die Sozialdemokratie einen Erfolg errungen hat. Den 4 1/2 Millionen sozialdemokratischer Stimmen und den 110 sozialdemokratischen Mandaten mußten eben die Regierung und die bürgerliche Mehrheit Rechnung tragen. Leicht ist der Mehrheit das nicht gefallen, sie hätte gern wieder in der Hauptsache die Massen zahlen lassen, aber — die nächsten Wahlen und deren Ausfall stand drohend vor ihnen.

Dank der Erbarmlichkeit der Nationalliberalen wurde das Besitzsteuergesetz in einem Punkte standstill verhängt: die Steuerpflicht der Fürsten, die in der zweiten Lesung in den Entwurf Aufnahme gefunden hatte, wurde wieder beseitigt, weil die Nationalliberalen umfielen. Als Führer für diesen neuen Akt nationalliberaler Charakterlosigkeit und Feigheit hatten sich die Drehscheiben-

männer Herrn Dr. Johannes Jund ausersehen, der immer dann für die Nationalliberalen Erklärungen abgeben muß, wenn es gilt, zu dem Berg nationalliberaler Sünden neue zu häufen. Zu solchen Führerdiensten eignet sich Herr Jund offenbar ausgezeichnet. Blieben die Nationalliberalen jetzt, so mußte die Regierung die Steuerpflicht der Fürsten schluden, denn das Besitzsteuergesetz deshalb abzulehnen, würden sie sich gehütet haben. Vor dem Eintritte des Kanzlers sind die Nationalliberalen zurückgezogen. Gegen 63 konservative Stimmen, bei 29 Enthaltungen, fand das Besitzsteuergesetz Annahme, die Steuerfreiheit der Fürsten wurde mit 195 gegen 169 beschloffen, bei 8 Stimmenthaltungen.

Präsident Kaempf hielt dem Hause eine Lobrede, der sich der Kanzler anschloß, worauf mit dem üblichen Kaiserhoch die Sitzung geschlossen wurde. Unsere Genossen hatten vorher den Saal verlassen.

Die Balkankrise.

Ist das der Krieg?

Wird's ernst? Seit Wochen schon ereignen sich Scharmügel auf Scharmügel zwischen den „Verbündeten“, und die Nerven aller Zeitungsleser haben sich allmählich an diese mehr oder minder blutigen Auseinandersetzungen gewöhnt. Jetzt aber scheint die Sache in großem Maßstabe loszugehen. Es werden anscheinend regelrechte Schlachten geschlagen, und Serbien beschuldigt Bulgarien, daß es den Krieg ohne Kriegserklärung eröffnet habe. Bulgarien wird von serbischer und griechischer Seite als der böse Angreifer hingestellt; umgekehrt meldet man aus Sofia, daß die beiden Nachbarn Bulgarien überfallen haben. Welche Darstellung recht hat, ist nicht zu entscheiden; vielmehr scheint keine von beiden. Denn in der gespannten Situation, die an der Grenze herrscht, genügt ein Nichts, um das Pulverfaß zum Explodieren zu bringen. Was nicht ausschließt, daß der Entschluß zum Losbrechen auf beiden Seiten oder auf einer vorhanden war.

Ob die blutigen Zusammenstöße wirklich einen neuen Balkankrieg einleiten, das ist heute noch nicht zu sagen. Die Möglichkeit, daß eine Vermittlungsaktion die Kanonen wieder zum Schweigen bringt, ist nicht ganz ausgeschlossen. Aber viel Wahrscheinlichkeit für einen solchen Ausgang besteht nicht mehr.

Die Meldungen lauten:

Serbisch-griechische Darstellungen.

Belgrad, 30. Juni. Aus Ueskub sind heute zwei Telegramme hier eingetroffen, deren erstes folgenden Inhalt hat: Die Bulgaren führten heute nacht 2 Uhr 10 Minuten einen Ueberfall auf unsere Truppen in der Richtung gegen Filip aus. 3 Uhr 40 Min. begann das erste Artilleriefeuer, worauf in den ersten Morgenstunden ein Angriff auf Belis, Bukva, Metovo und Neogazi erfolgte. Der Kampf dauert auf allen Punkten fort.

Das zweite Telegramm lautet: Die Bulgaren griffen heute nacht die serbischen Truppen bei Balabowa an, jedenfalls in der Absicht, sich der Eisenbahnlinie zu bemächtigen. Beide Angriffe auf die serbischen Stellungen sind Beweise, daß die Bulgaren ohne Kriegserklärung die Feindseligkeiten eröffnet haben.

Belgrad, 30. Juni. Ein dritter Bericht aus dem Hauptquartier von Ueskub lautet:

Die Bulgaren haben auch mit dem Angriff auf der ganzen griechischen Front begonnen. Auf serbischer Seite dauert der heute nacht von den Bulgaren begonnene Kampf auf der ganzen Linie, vom Ursprung des Ploostalflusses bis Filip fort. Einzelheiten sind noch nicht bekannt. An den Kämpfen nahmen auf beiden Seiten größere Infanteriemassen und Artillerie teil.

Athen, 30. Juni. Das amtliche Press Bureau veröffentlicht folgende Depesche aus Saloniki: Die bulgarische Armee hat den allgemeinen Angriff gegen die griechischen Streitkräfte begonnen. In der durch die Serben besetzten Region hat sie die durch das Protokoll festgesetzte Grenzlinie überschritten und ist gegen Metikovo, Bogdanka und Gwgheli vorgedrückt. In der Annahme, daß Gwgheli von den Bulgaren besetzt sei, hat die bulgarische Armee gleichfalls die im griechisch-bulgarischen Protokoll festgesetzte Grenze bei dem Pangöngebirge überschritten und marschiert auf Eleuthera. Eine in Eleuthera stationierte griechische Kompagnie ist abgesehritten. Eine griechische Abteilung im Tale Rusteni wurde angegriffen und zog sich auf Tsaghesi zurück. Von der Kompagnie in Eleuthera liegen keine andern Nachrichten vor, als daß gestern abend 6 Uhr 30 Minuten zwanzig Kanonenschüsse gegen den Ort abgegeben worden sind. Heute früh 4 Uhr wurde nördlich von Bogdanka auf dem linken Ufer der Bardar Geschützfeuer vernommen. Drei bulgarische Regimenter aus Doirane haben auf dem

linken Ufer der Bardar bei Megifono die serbischen Vorposten angegriffen. Die bulgarische Artillerie beschießt die auf dem rechten Ufer befindlichen Besehtungen. Um 5 Uhr früh wurde ein griechischer Posten, der zwölf Kilometer von Karassuli entfernt in der Nähe von Ailindra stand, angegriffen. 7 Uhr 45 Minuten morgens griff ein bulgarisches Bataillon einen griechischen Posten bei Nigrita an; 8 Uhr 30 Minuten rückten die Bulgaren gegen den Bagoliga-see vor.

Athen, 30. Juni. Der König ist nach Saloniki abgereist. — Die Flotte hat Befehl erhalten, mit größter Beschleunigung nach Tsaghesi und Eleuthera abzugehen.

Saloniki, 30. Juni. Seit heute früh findet in der Nähe von Gwgheli ein Kampf zwischen Serben und Bulgaren statt, in dem bisher vier Regimenter verwickelt sind. Einzelheiten fehlen.

Saloniki, 30. Juni. Von zuständiger Seite wird bestätigt, daß die bulgarischen Truppen am Vormittag Gwgheli besetzt haben, nachdem die serbischen Truppen vor der Uebermacht zurückgewichen waren. Ein vierständiger mörderischer Kampf ging voraus. Die Serben machten verzweifelte Anstrengungen, Gwgheli zu halten und glugen dreimal mit gefälltem Bajonett gegen die Bulgaren vor, wurden aber jedesmal unter großen Verlusten zurückgeschlagen. Inzwischen hatten die Bulgaren bedeutende Verstärkungen herangezogen und ergriffen, unterstützt von ihrer Artillerie, die Offensive. Die Serben zogen sich in vollkommener Unordnung zurück. Bulgarische Kavallerie verfolgte die flüchtenden Truppen bis auf zehn Kilometer.

Saloniki, 1. Juli. Die Griechen haben die hier befindlichen bulgarischen Truppen in ihren Quartieren umzingelt und entwaffnet. Die Bevölkerung ist demurrig.

Bulgarische Darstellungen.

Sofia, 1. Juli. Die Agence bulgare meldet: Die Regierung hat die Vertreter Bulgariens in Belgrad und Athen beauftragt, gegen die Zwischenfälle, welche die absolut nicht zu rechtfertigenden Angriffe serbischer und griechischer Truppen hervorgerufen haben, und gegen die offenbar eine Herausforderung bezweckende Zusammenziehung griechischer und serbischer Truppen zu protestieren. Die bulgarische Regierung lehne jede Verantwortung für die Folgen ab, die sich aus einem solchen Vorgehen unmittelbar vor der friedlichen Liquidierung der territorialen Streitigkeiten ergeben können.

Sofia, 1. Juli. Den bulgarischen Truppen ist gestern strenger Befehl erteilt worden, die Operationen einzustellen und bloß dann, wenn sie von serbischen oder griechischen Truppen angegriffen würden, mit den entsprechenden Maßnahmen zu erwidern.

Sofia, 30. Juni. Nach heute nacht im Hauptquartier eingetroffenen Nachrichten wurden die bulgarischen Truppen bei Prawischta gestern abend gegen 8 Uhr durch heftiges Geschützfeuer aus der Richtung von Towlja überrascht. Sie eilten ihren vorgeschobenen Abteilungen zu Hilfe, entwickelten sich in Schlachtfeldordnung und warfen sich unter Hurraufen mit dem Bajonett auf die angreifenden Griechen, die sich in großer Unordnung zurückzogen und dabei den Ort Vessera in Brand steckten. Die Bulgaren verfolgten sie bis Kalej Tschiflik. Der Angriff der Griechen war am heftigsten auf der Seite von Moschian-Chamaltos und hatte wahrscheinlich den Zweck, die Eisenbahnverbindung zwischen Serres und Drama zu unterbrechen. Die Bulgaren verfügten in dieser Gegend über Truppen in hinlänglicher Anzahl.

Beschuldigungen unter Verbündeten.

Athen, 30. Juni. Die Agence d'Athènes verbreitet folgendes Telegramm: Die Polizei in Saloniki hat einen Bulgaren verhaftet, der ein Glaschen mit Choleraabzallen bei sich trug, um die Stadt zu verseuchen. Dieser Anschlag hat eine tiefgehende Erregung hervorgerufen.

Eine verspätete Erklärung.

Belgrad, 30. Juni. In der Skupstina erklärte der Ministerpräsident, daß die Regierung dem russischen Schiedsgerichte unter Festhalten an den bekannten Beschlüssen der Skupstina zustimme. Nachdem die Interpellanten Bidera, Marinovic und Drastovic gesprochen hatten, wurde die Debatte auf morgen vertagt.

Gewerkschaftsbewegung.

Ohne Ansehen der Person...

Es gilt als ein „moderner Rechtsgrundsatz“, daß die Justiz ohne Ansehen der Person verfähre, lediglich die Tat verurteile. Aber wie so manchem Prinzip der bürgerlichen Gesellschaft ist es auch diesem ergangen: mit der zunehmenden Verschärfung der Klassengegensätze wurde es derart durchlöchert, daß sein ursprüngliches Wesen kaum noch zu erkennen ist. Die Binde der Dame Justitia zerfällt mehr und mehr und so vermag denn die waltende

Feuilleton.

Vom Waisenhaus bis zur Fabrik.

38] [Nachdruck verboten.]
Nach dem Weggang der beiden Gesellen, Jakob und Karl, fiel es dem Meister Peterle recht schwer, Gesellen zu bekommen. Sie kamen und gingen, kaum daß sie recht dagewesen waren, wieder weg. Oft blieben sie eine Stunde oder zwei bis nach dem Mittagessen, oder sie blieben auch noch über Nacht bei uns bis zum andern Morgen, wo sie wieder austrückten, nachdem sie ausgeruht hatten. Und dann wurden wir wie so viele nicht überlassen. Einen wirklich tüchtigen Arbeiter, der auch längere Zeit bei uns weilte, erhielten wir erst im Sommer wieder. Es war ein durstiger Bayer, der lange Jahre in der Schweiz gearbeitet hatte und von uns aus wieder dahin zurückging. Daß er etwas leisten konnte, geht daraus hervor, daß ihm der Meister 5 Mk. Wochenlohn gab. Gleich dem durstigen Hering machte auch dieser Bayer gern „blau“, was damals ja noch vielfach in Handwerkerkreisen zum guten Ton gehörte. Dieser Bayer, Hartmann war sein Name, hatte wegen Nichterfüllung an Kontrollversammlungen acht Tage Gefängnis abzumachen, die er im Ueberlinger Amtsgerichtsgefängnis abtun sollte. Wie er seine acht Tage „abgefessen“ hat, das verdient der Nachwelt überliefert zu werden; denn es ist ja originell, zu gemütlich. Nachdem Hartmann einen Tag gefessen hatte, kam der Amtsgerichtsbdiener Schmidt zu unserm Meister mit der Anfrage, ob er den Inzulipaten nicht über die Dauer der Gast gegen Leistung eines bestimmten täglichen Betrags,

ich glaube 60 oder 80 Pfg. sind gefordert worden, beschäftigen wolle. Natürlich ging der Meister darauf ein, und so kam unser Geselle jeden Morgen früh um 6 Uhr aus dem Gefängnis heraus, arbeitete den Tag über an seiner Arbeit weiter und ging um 6 Uhr des Abends wieder ins Gefängnis zurück. So ging das die acht Tage hindurch fort. Als die Woche um war, wollte natürlich unser Geselle auch seinen Lohn haben, den der Meister zu zahlen ablehnte, unter Hinweis auf die Zahlung, die er für ihn an das Gefängnis leisten müsse. Hartmann schimpfte ihn dafür Knacker und Pfennigfuchser, und bald danach ging er von ihm weg.

Wie man sieht, waren es nicht immer die besten Vorbilder, die wir hatten, und es konnte daher auch gar nicht fehlen, daß ich, je länger je mehr, lebhafter Neigungen an den Tag legte, mich durch irgendwelche Taten auszuzeichnen. Vor allen Dingen führte ich einen hartnäckigen Kampf um das Recht des abendlichen Ausganges. Meister Peterle war kein Freund vom abendlichen Fortgehen, und nur an den Sonntagabenden durfte man noch gelegentlich eine oder zwei Stunden, bis 9 Uhr, ausbleiben. Aber immer mußte um Erlaubnis gefragt werden. Ich war schon 19 Jahre alt, als ich noch um die Erlaubnis zum Ausgehen nachfragen mußte. Erst im letzten Halbjahr der Lehrzeit, als sich die Verhältnisse gründlich verändert hatten, handelte ich selbständiger und tat nach der Einsicht, was mir befiel. Und nach mancher andern Richtung auch noch dazu.

Unter den zahlreichen Kameraden, die ich im Laufe der langen Lehrzeit verbrauchte, waren nur zwei oder drei, mit denen ich eigentlich ein innigeres Freundschaftsverhältnis pflegte. Unter diesen war ein Berufscollege, der auf den Namen Christian Rieß hörte. Sein ältester Bruder war mein Vorgänger beim Meister Peterle gewesen. Christian Rieß hatte es in seiner Lehrstelle womöglich noch schlechter als ich. Man mochte meinem Meister vieles nachsagen, und man konnte ihm auch mit Recht viel Uebles nachsagen, aber

1942 10 1647



Gerechtigkeit bequem sie unterscheiden, wer vor ihr steht. Und da zeigt sich seit langem schon, daß a. B. Streikbrecher, Mörder an Streikenden und ähnliches staatsverhaftendes Geständel sich ihr viel hoffnungsvoller nähern darf, als etwa ein Ausständiger, der nach der Meinung irgend eines Nachwärtlers den verkehrspolitischen Vorschriften nicht bis zum Tüpfelchen überm i korrek nachgekommen ist. So ist ja noch frisch in Erinnerung, daß der Streikbrecher Kühl, der in Frauendorf bei Stettin den Ausständigen Brandenburg niederstach, aus der Haft entlassen wurde und sich dann ungehindert aus dem Staube machen konnte, obwohl die furchtbare Bluttat nicht anders denn als Nord bezeichnet werden muß.

Dazu nun das Gegenstück:

Es hat sich in Stolp abgespielt; allerdings handelt es sich nicht um einen Arbeitswilligen, sondern um einen Streikenden. Vor dem dortigen Schwurgericht standen am Donnerstag die Maurer Bauste und Wilm Müller. Sie werden beschuldigt, anlässlich eines Aufbaus, der entstand, als Arbeitswillige unter polizeilicher Bewachung von einem Neubau nach ihrer Wohnung gebracht wurden, Gewalttätigkeiten gegen die Polizei begangen zu haben. Bauste hätte, so behauptet die Anklage, mit einer Flasche nach einem Polizisten geworfen. Die als Zeugen vernommenen Beamten über die Täterschaft Baustes verwickelten sich in Widersprüche; dagegen befandeten verschiedene Arbeiter, die Zeugen des Vorgangs waren, auf das Bestimmteste, daß Bauste nicht geworfen. Die Beweisnahme hat bereits ergeben, daß wegen des angeblichen Täters Bauste ein Irrtum vorliegen muß; aber die Staatsanwaltschaft hatte noch einen Zeugen, der jedoch zur Verhandlung nicht erschienen war, und gerade auf diesen Zeugen wollte sie nicht verzichten. Das Gericht beschloß darauf, die Verhandlung bis zur nächsten Schwurgerichtsperiode im Oktober d. J. zu vertagen. Bis dahin sollen aber — und das ist das Unglaubliche — der Maurer Bauste und der Mitangeklagte Müller in Haft behalten werden!

Man beachte: in Stettin handelt es sich um einen arbeitswilligen Totschläger, der doch sicher eine hohe Strafe zu erwarten hat; in Stolp ist ein Streikender angeklagt, dem die ihm zur Last gelegte Tat nicht nachgewiesen wurde und deshalb ebenso sicher freigesprochen werden muß. Im ersteren Falle wird der Arbeitswillige sofort aus der Haft entlassen, im letzteren bleibt der unschuldige Streikende im Gefängnis! Während der Mörder Brandenburg nach der Tat sofort auf freien Fuß gesetzt wurde, befindet sich Bauste wegen eines weit geringeren Delikts seit dem 12. Mai d. J. in Haft. Bauste ist verheiratet und Vater von vier kleinen Kindern!

Trotz alledem: die Justiz des Klassenstaates richtet ohne Ansehen der Person...

Leipzig und Umgebung

„Unternehmersolidarität.“

Herr Franke sühnt sich verpflichtet, die Wichtigkeit unfres Artikels in Nr. 147 im gefrigen Blatte zu bestätigen. Unwahrscheinlich ist nur die Behauptung, er habe an den von und zitierten Satz noch etwas hinzugefügt. Wir haben nichts „vergeffen“; es hat sich in der Darstellung des Herrn Franke nur etwas hinzugesunden.

Auf den „großen Dank“ des Herrn Franke kommt es den bei ihm arbeitenden „Meistern“ weniger an, sondern auf die Silberlinge. Heute früh erklärte uns ein „Meister“: „Wenn er nur einen Handschlag in seiner eigenen Werkstatt zu tun hätte, stiele es ihm nicht ein, da hinzuzulaufen. Von was solle er aber leben?“ Die Not treibt sie also zur Streikarbeit, nicht das Solidaritätsgefühl.

Der Wunsch des Herrn Franke nach Zutritt in eine Anschläger-versammlung ist nicht neu. Im vorigen Jahre begehrte er Einlass in eine Bauhofserversammlung, die Stellung zur Einreichung eines Lohnarfs nahm. Ist das etwa „heimlich nach dem Süden“? Wenn es den Anschläger erwidrigt wird, in der Innungsversammlung den ungenährten Behauptungen im Innungsbeschluss vom 4. Juni usw. entgegenzutreten, werden wir gern bereit sein, Herrn Franke zur Belegung in eine Anschlägerversammlung kommen zu lassen.

Erneut bitten wir, die Kontrolle der arbeitenden Schloffer-Anschläger streng durchzuführen.

Deutscher Metallarbeiter-Verband. Verwaltungsstelle Leipzig.

Vertragsbewegung der Leipziger Modell- und Fabriktschler.

Am 30. Juni ist der im Jahre 1910 abgeschlossene Vertrag in den Modelltschlervereinen abgelaufen, nachdem er fristgemäß am 30. Juni von der Gewerkschaft gekündigt wurde. In dem Kündigungsbeschluss wurden die Unternehmer ersucht, der Verbands-

leitung Mitteilung zugehen zu lassen, ob sie bereit sind, ein neues Vertragsverhältnis mit uns abzuschließen. Eine Rückäußerung erfolgte jedoch nicht, so daß die Modelltschler Gelegenheit nahmen, ihre Forderungen in Form eines neuen dreijährigen Vertrages zu stellen und den Unternehmern zuzusenden. Die Forderungen sind im wesentlichen folgende:

1. Einführung der 51 stündigen Arbeitszeit.
2. Erhöhung der bestehenden Stunden- und Mindestlöhne um sofort 3 Pfg., 1. Juli 1914 3 Pfg. und 1. Juli 1915 3 Pfg.
3. Regelung des Ueberstundenwesens und der Zuschläge.
4. Bessere Vertragsbestimmungen für die allgemeinen Lohn- und Arbeitsverhältnisse.
5. Regelung des Beurlaubtens.

Die Antwort der Unternehmer lag einer gestern abend stattgefundenen stark besuchten Modelltschlerversammlung vor. Sie besagte, daß die Unternehmer den Vertrag als unannehmbar ablehnen und sich bezüglich der geforderten Lohnerhöhung auf Zulagen berufen, die sie ständig gemacht haben wollen, von denen aber die Arbeiter sehr wenig gemerkt haben. Die Versammlung ersah in dem Verhalten und der Antwort der Unternehmer eine Provokation gegenüber der Arbeiterschaft; es wurde darüber die lebhafteste Entrüstung zum Ausdruck gebracht.

Die Versammlung stimmte schließlich den Vorschlägen der Vertrauensleute zu, die dahin gehen, daß die Verhandlung beauftragt wird, sich sofort mit der Leitung der Unternehmer in Verbindung zu setzen und anzufragen, ob sie durch ihre Ablehnung des Vertrages als Ganzes auch die Ablehnung jeder Verhandlung zum Ausdruck bringen wollen. Darüber war in dem Schriftstück der Unternehmer nichts enthalten. Sollten die Unternehmer Verhandlungen aufgeben, so sollen diese so geführt werden, daß sie bis spätestens Freitag, 4. Juli, in dem wesentlichen Teile erledigt sind.

Nach der ganzen Sachlage bereiten sich die Modell- und Fabriktschler auf den äußersten Schritt der Arbeitseinstellung vor. Sie sind entschlossen, mit allen Kräften für die Durchführung ihrer Forderungen einzutreten.

Arbeitsangebote nach Leipziger Firmen sind bis zur Erledigung der Vertragsbewegung unter allen Umständen abzulehnen.

Geschäftsstelle des Holzarbeiter-Verbandes, Leipzig, Felber Straße 32, II.

Deutsches Reich.

Eine geschäftliche Unverkorenheit.

Die rheinische Weintellerei und Kognat-Großhandlung Inh. Peter Wehnhäuser in Worms am Rhein sucht Gewerkschaftsangehörige als Wein- und Schnapsagenten anzuwerben. In eine große Anzahl Beamte der Gewerkschaften sind Briefe dieser Firma gelangt, die als private Angelegenheit bezeichnet wurden und in denen den Beamten angeboten wird, gegen Provisionsvergütung Wein und Kognat dieser Firma in ihren Verkaufsstellen zu vertreiben. Mit welcher Dreistigkeit die Firma vorgeht, zeigt sich an einem Zusammentritt, den sie mit dem angestellten des Väder- und Konditorenverbands in Dorsford in Westfalen hatte. Dieser Angestellte antwortete auf das erste Angebot nicht, bekam dann eine Mahnung und schrieb nun der Firma in derber Weise seine Meinung über ihre Zumutung. Darauf erhielt er folgende Antwort:

Ich danke Ihnen für Ihre überaus liebenswürdige Postkarte und nahm davon Kenntnis, daß Sie kein Provisionsreisender werden wollen, keine spekulativen Geschäften abschließen wollen, keine Krämerseile sind, daß Sie sich nicht mit Wonne auf Profiten stützen und wünsche ich Ihnen für Ihre ganze Kraft anderweitig die bestmögliche glänzendste Erfolge.

Ich werde meiner dortigen Kunstfertigkeit Ihre originelle Postkarte einschließen und im übrigen bin ich um einen Agenten absolut nicht verlegen.

Rheinische Weintellerei. Peter Wehnhäuser.

Es dürfte genügen, diese Geschäftspraxis weiteren Kreisen bekannt zu machen, um der betrieblichen Firma die Lust zu verleiden, unter den Angehörigen der Arbeiterbewegung Agenten für ihren Schnapsvertrieb zu erlangen.

Die Arbeiter der Herrenmühle in Heidelberg sind in den Ausstand getreten. Seit jeher kämpfen sie um ihr Koalitionsrecht. Sobald einige organisiert waren, erfolgte auch ihre Entlassung. Am 4. Juni wurden der Betriebsleitung Tariforderungen eingereicht. Die Firma beantwortete die Forderungen mit der Entziehung gewisser Begünstigungen. Drei Tage später wurden zehn Mann entlassen. Bei der Unterhandlung mit dem Direktor Oppenheimer machte dieser die Zusage, daß die Entlassenen wieder eingestellt würden, und zwar in höchstens 14 Tagen, weitere Entlassungen würden nicht erfolgen. Außerdem erklärte er sich zum Abschluß eines Tarifvertrags bereit. Die Verhandlungen verliefen jedoch vollständig resultatlos. Jede Verbesserung wurde abgelehnt, ebenso auch der Abschluß eines Tarifs. Oppenheimer erklärte, solange er noch billige Arbeitskräfte bekäme, werde er unter keinen Umständen mehr bezahnen. Um das Maß der Provokation voll zu machen, wurden zu den ersten zehn noch drei Mann entlassen. Darauf legte das Personal die Arbeit nieder, nicht nur zur Verteidigung des Koalitionsrechts, sondern weil die Arbeiter des Betriebes nicht mehr die „billigen Arbeitskräfte“ sein wollen, auf welche sich die Direktion stützt. Zugang ist streng zu meiden.

Aus der Partei.

In einer gegen A. L. gerichteten Notiz schreibt der Vorwärts: Sollte A. L. in Leipzig, Bremen, Stuttgart oder sonst irgendwo republikanische Massendemonstrationen auf die Beine gebracht, so hätten wir mit Freuden davon Notiz genommen und man hätte vielleicht auch in dem verlotterten Berlin nachzusehen versucht. Wir wissen aber a. B., daß in einer großen Stadt, deren Parteiblatte als hervorragender „radikaler“ Herrscher gilt, in einer solchen Versammlung mit einem wegen seiner scharfen Tonart besonders bekannten Referenten ganze 108 Mann erschienen waren.

Wir wissen nicht, welche „große Stadt“ und welchen „bekanntesten Referenten“ der Vorwärts meint. Leipzig kommt jedenfalls nicht in Frage, und die bürgerliche Presse, die schon im Anschluss an die Vorwärtsnotiz auf Leipzig und die Volkszeitung verweist, muß sich den Mund wischen.

Von Nah und Fern.

Vom Schlachtfeld der Bergarbeit.

Göbe (Westfalen), 30. Juni. Auf der Zeche Glinauf-Begen wurden 3 Bergleute von plötzlich hereinbrechenden Gesteinsmassen erschlagen und lebensgefährlich verletzt. Einer, namens Schnitzer, starb auf dem Wege zum Krankenhaus. Der Zustand der andern ist hoffnungslos.

Brand in einer Munitionsfabrik.

Wiener-Neustadt, 30. Juni. In der Munitionsfabrik 5 der Wöllersdorfer Munitionsfabrik brach heute nachmittag ein Brand aus. Die in dem Objekt aufgestellten Artilleriegeschosse und andre Sprengstoffe explodierten unter Getöse. Die Gegend war in blühenden Rauch gehüllt. Militärkommandos und die Feuerwehren aus Wiener-Neustadt und den umliegenden Ortschaften rückten an und bemühten sich, die umliegenden Munitionsdokumente zu erhalten. Mehrere Soldaten und Zuschauer erlitten durch umherfliegende Holzente Verletzungen. Am späten Abend, nachdem Regen eingelegt hatte, war das Depot niedergebrannt. Die Gefahr für die Umgebung scheint beseitigt zu sein. Die Brandursache ist noch unbekannt.

Große Dipe.

Wissabon, 30. Juni. In den letzten 24 Stunden fanden infolge der großen Hitze achtzehn Brände, besonders in Beynpermet, statt. Der Schaden beträgt mehrere Millionen. Das Wasser beginnt zu mangeln. Große Menschenmengen besaßern die öffentlichen Brunnen.

Kabrid, 30. Juni. In einer durch die seit Wochen herrschende schwere Hitze brüchig gewordenen Straße brach gestern abend eine Dampfwaile ein. Der Mechaniker, der die Waile dirigierte und sein Heizer wurden getötet.

Neuyork, 30. Juni. Die von Orien über das ganze Land sich herwälzende Hitze hat jetzt die atlantische Küste erreicht.

Chienna, 30. Juni. Es sind hier 42 Todesfälle infolge der seit drei Tagen andauernden großen Hitze vorgekommen.

Das Eisenbahnunglück in Indien.

London, 30. Juni. Die näheren Nachrichten von dem Eisenbahnunglück bei Duda in Indien liegen jetzt vor. Demnach sind 100 Menschen, die sich in dem Zuge befanden, vermutlich der Katastrophe zum Opfer gefallen. Die ersten sieben Wagen fielen auf 12 Meter Höhe in den reißenden Strom, wo sie im Schlamme versanken. Die übrigen hingen in der Luft, und ihren Passagieren bot sich wenig Aussicht auf Rettung.

Bergflutung.

Luzemburg, 1. Juli. In Rimebungen aßen Kinder Tollkirschen, die sie für Erdbeeren gehalten hatten. Ein neunjähriger Knabe starb, während die andern Kinder dank ärztlicher Hilfe mit dem Leben davonkamen.

Dauerregen und Uberschwemmungsgefahr.

Budapest, 1. Juli. Ein seit zwölf Tagen niederschender Regen überflutet vielfach die Felder. Die Flüsse bedrohen die Acker.

Schiffbruch.

Wien, 30. Juni. Der der Meuberei von Zedler in Elbing gehörende Dampfer Jaroslawa ist 300 Meter vom Rettungsapparat auf der Rehrung gestrandet. Es wird mittels Raketenapparates versucht, die Passagiere zu bergen.

Ein Unfall beim Turnfest.

Wien, 30. Juni. Beim gefrigen Ganturifest in Grenzhäusen (Westerwald) sind infolge Unwetters zwei Festzelle, in denen sich 2000 Personen befanden, zusammengestürzt. 30 Personen wurden mehr oder minder schwer verletzt.

Letzte Nachrichten u. Depeschen.

Belgrad, 30. Juni. Das serbische Pressebureau meldet: Die gestern nachmittag überreichte bulgarische Note, die gegen serbische Ueberfälle an der Grenze Einwendungen erhebt, trägt den Charakter einer systematisch vorbereiteten, da in ihr von Ereignissen gesprochen wird, die erst heute nacht eingetreten sind. Auffallend ist es, daß die bulgarische Telegraphenagentur von serbischen Ueberfällen zu erzählen wußte zu einer Zeit, da der Kampf, der von den bulgarischen Truppen eingeleitet wurde, noch gar nicht begonnen hatte. Es ist konstatiert worden, daß der erste Angriff seitens der Bulgaren erfolgte und zwar heute nacht 2 Uhr 10 Min. Ueberdies waren bulgarische Truppenbewegungen und Verschiebungen schon seit dem 28. Juni an der Grenze zu bemerken, die Anlaß zu den Vermutungen gaben, daß seitens der Bulgaren Vorbereitungen zur Eröffnung der Feindseligkeiten getroffen wurden. Auch der unvermutete plötzliche Angriff auf die griechischen Positionen beweist, daß von den Bulgaren die Eröffnung des Krieges geplant und mit Vorbedacht eingeleitet worden ist. Als schlagender Beweis für das unloyale, allen Kriegsgesetzen spottende Vorgehen der bulgarischen Regierung gegen Serbien und Griechenland muß die Zurückhaltung des offiziellen Gesandtschaftskuriers von Sofia in dem Grenzorte Jaribrod angesehen werden, der die offizielle Gesandtschaftspost für das Ministerium des Außern mit sich führte. Von dem Verbleib dieses Kuriers ist trotz dringlicher Anfragen bis zur Stunde nichts bekannt. Die serbische Regierung muß ihrem Ersttaunen Ausdruck geben, daß Bulgarien die Feindseligkeiten eröffnet hat, ohne sich im mindesten an Sitte und Gepflogenheit zu halten.

Johannesburg, 1. Juli. Der Streik im Randgebiet hat eine ernstere Wendung genommen. Die Streikführer hatten gestern die Leute aufgefordert, bewaffnet zu den veranstalteten Demonstrationen zu kommen und gedroht, daß eventuell die Maschinen und das sonstige Grubeneigentum nicht geschont werden würden. Das Kabinett ist in Pretoria eine besondere Sitzung ab, um über die Lage zu beraten. Die Arbeiter aus der Braekpan-Kraftstation der Victoria Falls Power Company, die mit ihren drei Stationen Braekpan, Deherville und Simmerpan sowie die Randminen mit Ausnahme der Randfontein- und der East Preprietary-Mine mit Licht und Kraft versieht, haben sich dem Streik angeschlossen. Die Arbeiter auf der Gebud-Grube streiken seit gestern abend. Gegenwärtig sind folgende Gruben vom Streik betroffen: Kleinfontein, van Ryn, Madderfontein, van Ryn Deep, Madder B. und Gebud.

Beimar, 1. Juli. Gestern nachmittag 5 Uhr ist hier im Alter von 65 Jahren der Hofschauspieler und Dichter Karl Weiser, langjähriger Oberregisseur am Beimarer Hoftheater, dem kürzlich ein Bein amputiert worden war, infolge hinzugegetreter Lungenentzündung gestorben.

Sonneberg, 1. Juli. In den letzten Tagen wurden fünf Personen verhaftet, die sich bei den Streikunruhen besonders ausgezeichnet haben. Sie sehen ihrer gerichtlichen Bestrafung wegen Auflaufs, Aufsehens, Widerstands gegen die Staatsgewalt oder Landfriedensbruchs entgegen. (?) Weitere Verhaftungen sollen bevorstehen.

Kopenhagen, 1. Juli. Der Flieger Brindejenc ist heute früh 5 Uhr 31 Min. zum Fluge nach Hamburg aufgestiegen.

Hamburg, 1. Juli. Der Flieger Brindejenc ist um 7 Uhr 54 Min. hier eingetroffen und auf dem Flugplatz Fuhlsbüttel glatt gelandet.

Küchenzettel der Städtischen Speise-Anstalten.

M i t t w o c h:
Speisenkarte I (Johannplatz 9): Milchreis mit Zucker und Rint
Speisenkarte II (Zoostraße 1): Milchreis mit Obst
Speisenkarte III (Königsplatz 34): Milchreis mit Obst
Speisenkarte IV (Hörsingstraße): Karöffelbraten mit Schinken
Speisenkarte V (Wernerstr. 35): Rindfleisch mit Kartoffeln
Speisenkarte VI (Königsplatz 34): Rindfleisch mit Kartoffeln
Speisenkarte VII (Königsplatz 34): Rindfleisch mit Kartoffeln

Verantwortlich für den redaktionellen Teil:
Karl Herrmann in Leipzig.
Verantwortlich für den literarischen Teil:
Friedrich Piller in Vordorf-Leipzig.
Druck und Verlag: Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft.

Diese Nummer umfasst 18 Seiten.

Zu Wasser und zu Lande!



sind unsere Cigaretten
gleich beliebt.

Eckstein's DA CAPO-Cigaretten
von A. M. Eckstein & Söhne, Dresden. (Trustfrei!)

Stück 3 bis 10 Pfg. 2200 Arbeiter.

Fabriklager: Leipzig-Sellerhausen, Bautzmannstr. 17

Sozialdemokrat. Verein 12 Kreis

Der Hauskassierer kassiert:
5. Juli: Westen II.
7. bis 9. " Westen I.

Partei-Beiträge sowie sämtliche An- und Abmeldungen werden vom Hauskassierer Paul Holes, Hospitalstr. 18, IV. l., sowie jeden Tag (außer Sonntag), von abends 6 bis 10 Uhr, im Volkshaus, Saalgebäude Zimmer Nr. 13, angenommen.

Sozialdemokrat. Verein 13 Kreis

Paunsdorf. Mittwoch, 2. Juli, abends 7/8 Uhr, Sitzung sämtlicher Funktionäre in der Dorfschänke (Zeichstraße). Die Bibliothek bleibt vom 7. Juli bis 18. August geschlossen. Alle ausstehenden Bücher sind bis 6. Juli abzuliefern. [10827] D. V.

Ortsverein Röttha

Freitag, den 4. Juli, abends 7/8 Uhr Mitglied.-Versammlung Tagesordnung: 1. Geschichte vor hundert Jahren. Referent: G. Schöning. 2. Verschiedenes. Zahlreiche Beteiligung erwartet [10147*] Der Vorstand.

Geschäfts-Übergabe.

Unsern werten Kundschaft sowie Freunden und Bekannten hierdurch zur gefl. Kenntnis, daß wir mit heutigem Tage unser in der Antonienstraße 30, Ecke Wendlerstraße, belegendes

Produkten-Geschäft

unsern Kindern übertragen haben. Indem wir für das uns entgegengebrachte Wohlwollen bestens danken, bitten wir, das selbe auch auf unsere Nachfolger gütigst übertragen zu wollen. D.-Kleinshocher, am 1. Juli 1918.

Richard Wöniker und Frau.

Bezugnehmend auf Obiges, bitten wir um gütiges Wohlwollen. Wir werden stets bemüht sein, die uns beehrende Kundschaft in zufriedenstellender Weise prompt zu bedienen. D.-Kleinshocher, 1. Juli. Hochachtungsvoll

Heinrich Opel und Frau geb. Wöniker.

NB. Jeden Freitag Schlachtfest.

Verband d. Steinsetzer u. Berufsgenossen

Filiale Leipzig.

Freitag, den 4. Juli, abends 7/8 Uhr

Mitglieder-Versammlung

im Volkshaus, Jethzer Straße 32. Tagesordnung: 1. Mitteilungen des Vorstandes. 2. Die Arbeitsverhältnisse der Mitglieder Max Lohmann, R. Mittag, Art. Meyer, J. Rose und Willy Walter in Weimar. Diese Mitglieder sind hierzu besonders eingeladen. [10820*] Der Vorstand.

Gewerkschaftskartell Markranstädt.

Unser diesjähriges Gewerkschaftsfest findet am 10. August auf dem Plage der Freien Turnerschaft statt. An die organisierte Arbeiterschaft richten wir die bringende Bitte, zwecks

Einübung einiger Reigen

zu diesem Feste ihre Kinder am Freitag den 4. Juli, abends 6 Uhr, nach der Turnhalle der Freien Turnerschaft dirigieren zu wollen. Es ist jedoch wünschenswert, daß die daran teilnehmenden Kinder mindestens 12 Jahre alt sind. Zahlreiche Beteiligung erwartet

Der Kartellvorstand.

Wir empfehlen jedem Zeitungsleser zur Anschaffung:

Liebkechts Volksfremdwörterbuch

Dreihundertste Auflage.

Neu bearbeitet, berichtigt und vermehrt unter Berücksichtigung der Rechtschreibung nach dem vereinbarten amtlichen Regelbuch. Preis in Leinwand gebunden Mk. 3.20.

Zu beziehen durch die

Leipziger Buchdruckerei A. G.

Die Austräger der Volkszeitung nehmen Bestellungen entgegen.



Arbeiter-Schwimmverein Leipzig, E. V.

Sonnabend, 5. Juli abends 7/8 Uhr Halbjahres-Generalversammlung

Tagesordnung: 1. Protokoll. 2. Mitgliederbewegung. 3. Kasienbericht. 4. Abrechnung vom Schwimmfest. 5. Beschlußfassung über Delegation zum Kreisfest. 6. Verschiedenes.

Zahlreiche Besuch erwartet. Der Vorstand. Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt! [10934]

Rich. Lipinski, Leipzig, Königstrasse 12, Tel. 2309



Versandhaus für den gesamten Vereinsbedarf. Empfehle zu den Festen Festartikel Eintritts-, mein grosses Lager von Fest- und Tanzabzeichen, Schürpen, Girlanden, Plakate, Illuminations-Lämpchen, Florentiner Illuminations-Becher, Wachsackeln, Laternen, Feuerwerk, Gesellschafts- und Unterhaltungs-Spiele, Kopfbedeckungen, geschmückte Tragstäbe und Fahnen für Kinderfeste, Lärm-Artikel, Kinderpräsente, Verlosungsgegenstände, Schless- und Kegelpreise, Postkarten. Ständige Ausstellung sämtlicher Artikel.

Neu erschienen! Zweite Auflage:

Die Reichsversicherungs-Ordnung und die Reichsversicherung für Angestellte. Führer durch beide Gesetze. 40 Seiten. Preis 20 Pfg.

Räumungs-Ausverkauf

Preisermässigung zum Teil bis 50 Prozent. Künstler-Gardinen, Gardinen, Stores, Vitragen, Blenden, Teppiche, Uebergardinen, 3teilig, in Tuch, Plüsch, Kochleinen etc. Tisch-, Divan-, Stepp-, Schlaf- u. Reisendecken. Sofa-Bezüge, Läuferstoffe, Felle, Vorlagen, Gobelins etc. Spezial-Haus

Engel

Hainstr. 28, pt., I. Et. 6 allierte Geschäfte: Leipzig, Braunschweig, Bremen, Dulsberg, Dortmund, Bochum.

Möbel

ganz befond. preiswert

1 leicht eich. Speisezim. 1 Waffel, 1 Umbau mit Sofa, 1 Auszugstisch, 1 8 Stül., 1 Serviertisch 800 1 leicht eich. Herrzim., 1 Schreibtisch, 1 groß. Bücherchr., 1 Chaisel., 1 3 Stühle, 1 Tisch. . 250 1 leicht eich. Schlafsimmer 800 Moderne Küche . . 75

Jede gewünschte Garantie. Preisliste gratis u. franko.

Leipziger Möbelhändler Carl Max Raschig

Tauchaer Str. 32, Battenb., pt., I., II. Et. Fernspr. 7348. Zweigggeschäfte: Ratschkestr. 61, pt. I.-IV. Et. Fernspr. 12968.

Radfahrer!!

Laufdecken, Preis frisch Stück 2.— 2.00 4.— 3.— 1 Jahr Garantie 5.— 3.— Gebirgslaufdecken, 3.75 5.50, unverwundliche 7.25 3.— Schlauch 1.00 2.00 3.— bis 3.50 3.— [10048*] Alle Zubehörteile u. Reparaturen billig und erstklassig.

Fritz A. Lange

Trübindring 1 Dauernde Gewerbedausstellg.

Empfehlenswerte antiquarische Klassikerwerke. Goethe, Heine, Schiller, Shakespeare, Hauff, Uhland je 2 Bände Mk. 2.—

Eichendorff, Lessing, Chamisso, Körner, Hauff, Rückert je 1 Band Mk. 1.25.

Jbsen-Werke

2 Bände Mk. 2.— Album von Leipzig statt Mk. 1.50 nur Mk. 1.—

Leipziger Buchdruckerei A. G. Leipzig, Tauchaer Str. 19/21.

Bade- u. Schwimm-Anstalten

Neu! Süd-Bad. Neu! L.-Co., Bornalsche Str. 3a, am Kreuz. Moderne Einrichtung für Dampf, elektr. Licht, Kohlens., Wannen- u. Kurbäder. Sämtl. Bäder werd. an alle Kassemittglieder verabr.

Leipziger Beerdigungs-Anstalt, Pietät

Teleph. 632 Feuerbestattung Teleph. 632 28 Mathäikirchhof 28 Zweigggeschäfte: Lind., Odermannstr. 10. Tel. 17410. L.-Gohlis, Eisenacher Str. 8. L.-Volk., Konradstr. 41. Tel. 582

Familien-Nachrichten

Unserm lieben Treppenpolier [10819] H. Kröttsch zum 25 jährigen Arbeitsjubiläum ein donnerndes Hoch. Die alte Garde.

Für die vielen Beweise liebevoller Teilnahme beim Hinscheiden unsers teuren Entschlafenen, des Herrn Gottfried Heinrich Meyer sagen wir nur hierdurch allen herzlichsten Dank. D.-Kleinshocher, den 30. Juni 1918. Anna verw. Meyer geb. Rühle und Kinder. [10200]

Zurückgekehrt vom Grabe meines unvergesslichen Mannes, unsers treuherzigen Vaters [10818] Friedrich Ernst Thier sagen wir allen für die erwiesene Teilnahme und den reichen Blumenkranz herzlichsten Dank, besond. dem Ortsverein Dänischen-Bühlschena und seinen Mitarbeitern der Polyphon-Musikwerke (Abt. Dreherei), der Schuljugend mit Herrn Kantor Rother für den schönen Gesang, und Herrn Pastor Pelzer für seine trostreichen Worte. Friederike Thier u. Kantor im Namen aller Hinterbliebenen. Bühlschena.

Dankagung.

Für die vielen Beweise herzlichster Teilnahme bei dem Hinscheiden meines lieben, unvergesslichen Mannes, unsers teuren Vaters, sagen wir allen denen, die seinen Sarg so reich mit Blumen schmückten und ihm das Geleit zur letzten Ruhestätte gaben, unsern aufrichtigsten Dank. In tiefer Trauer Leusch. Hedwig Rothschild u. Hinterbliebene.

Michael Klein.

Wir werden sein Andenken stets in Ehren halten. Die Kollegen der Firma Deutsche Maschinen- u. Papierwaren-Industrie-Werke, D.-Vindenu. Die Beerdigung findet Mittwoch von der Halle des Plagwitzer Friedhofes aus statt. [10807]

Montag früh 1/5 Uhr verschied schnell und unerwartet unsere innigstgeliebte Tochter, Schwester und Schwägerin in ihrem 24. Lebensjahre [10808]

Fräulein Anna Röhr

Leipzig, Südstraße 65, den 30. Juni 1918. Die trauernden Hinterbliebenen. Die Beerdigung findet Donnerstag, nachm. 3 Uhr, von der Kapelle des Südfriedhofes aus statt.

Ein treues Mutterherz hat aufgehört zu schlagen! Heute früh entschlief sanft meine liebe Frau, unsere treuherzige Mutter, Schwester, Schwägerin und Tante

Pauline Rübenaek geb. Hofmann

im 40. Lebensjahre. [10837] Leipzig-Anger, den 30. Juni 1918. Der trauernde Gatte und Kinder und Hinterbliebene. Die Beerdigung findet Donnerstag, nachm. 1/5 Uhr, vom Trauerhause, Würthstraße, aus statt.

Politische Uebersicht.

Schwere Zeiten.

Der Reichstag hat mit Hurra Stimmung die Abstimmung über die Gesetze begrüßt, die dem deutschen Volke unerhörte Opfer an Menschen und an Geld auferlegen.

Wenn auch die neuen Steuern im wesentlichen die Belastenden treffen sollen, so wirken sie schließlich auf die Lage der arbeitenden Massen ein, als sie ein gewisses Hindernis für das wirtschaftliche Getriebe bedeuten.

Für das Proletariat Deutschlands stehen jedenfalls schwere Zeiten bevor. Die beginnende Krise bedeutet steigende Arbeitslosigkeit, sinkenden Verdienst.

Indem der militärwütige Reichstag seinen Finger gerührt hat, um der Teuerung entgegenzuwirken, hat er ein Verbrechen am Volke begangen, das nicht minder schwer wiegt, als die Bewilligung neuer Rüstungslasten.

Teure Lebensmittel und sinkender Verdienst der Arbeiter infolge der Krise, das sind die Ausflüchte, die sich eröffnen.

Deutsches Reich.

Graf Ranig gestorben.

Am Montag ist, 72 Jahre alt, der konservative Reichstagsabgeordnete Graf Ranig gestorben, der Vertreter des ostpreussischen Wahlkreises Ragnit-Billkallen.

die Drohung freilich nicht durchzuführen gewagt, hatten auch keinen Anlaß dazu, da die Reichsregierung sonst alles für sie tat, was sie nur tun konnte.

Graf Ranig war als Persönlichkeit von konjunktanten Formen und genoss die Achtung der Gegner.

Der Wahlkreis Ragnit-Billkallen ist noch eine sichere Domäne der Junker. 1912 erhielten der Konservative 10032, der Nationalliberale 6216, der Sozialdemokrat, Genosse Hofer, 2864 Stimmen.

Eine politisch-juristische Aktion.

Am 30. Juni hat vor dem Schwurgericht in Schweidnitz der Prozeß wegen wissentlichen Meineids gegen den Arbeitersekretär Osteroth, den Geschäftsführer Weichelt und den Faktor Hoffmann — die beiden letzteren von unterm Waldenburger Parteiorgan, der Schließlichen Bergwacht — begonnen.

Die Vorgeschichte dieses Prozesses ist folgende: Zur Reichstagswahl 1912 wurde ein „Offener Brief“ eines ehemaligen Juristen, Pflüschers Grubenbeamten als Flugblatt verteilt.

Die Welsen wollen von ihrem „angestammten Landesvater“ nicht lassen. Am Sonntag hat das „Direktorium“ der deutsch-hannoverschen Partei folgenden erhabenen Beschluß gefaßt: Der Gesamtausschuß der deutsch-hannoverschen Partei, bestehend aus Vertretern aus allen Teilen des Landes, entnimmt dem Bericht des Direktoriums, daß kein Verzicht des Herzogs oder des Prinzen Ernst August auf die hannoverschen Rechtsansprüche weder direkt noch indirekt vorliegt.

Sie werden über den Ausgang des Prozesses berichten.

Getreu bis zum Unten.

Die Welsen wollen von ihrem „angestammten Landesvater“ nicht lassen. Am Sonntag hat das „Direktorium“ der deutsch-hannoverschen Partei folgenden erhabenen Beschluß gefaßt: Der Gesamtausschuß der deutsch-hannoverschen Partei, bestehend aus Vertretern aus allen Teilen des Landes, entnimmt dem Bericht des Direktoriums, daß kein Verzicht des Herzogs oder des Prinzen Ernst August auf die hannoverschen Rechtsansprüche weder direkt noch indirekt vorliegt.

Ob der kaiserliche Schwiegerohn ihnen den Gefallen tun wird?

Ein abgeschlagener Anschlag auf Versammlungsrecht.

Die Bochumer politische Polizei scheint der Ruhm, mit dem ihre Offener Kollegin sich in letzter Zeit auf den verschiedensten Gebieten bedekert hat, nicht schlafen zu lassen.

Gegen neun Nationalpolen hatte sie die Einleitung eines Strafverfahrens veranlaßt, weil sie während der Landtagswahlkampagne

Versammlungen veranstaltet bzw. in solchen gesprochen haben sollen, die als Wahlversammlungen im Sinne des Vereinsgesetzes einberufen und folglich nicht angemeldet worden waren.

Die Entschädigung für Schöffen und Geschworene. Einer Korrespondenz zufolge hat jetzt der Bundesrat die Tagesätze für Schöffen und Geschworene auf 5 M. festgesetzt.

Die neuerliche Meldung, wonach die Diäten der Schöffen und Geschworenen auf 20 M. bemessen werden sollten, beruht anscheinend auf einer Verwechslung mit der Entschädigung für die Sachverständigen.

Aus der bremischen Bürgerschaft. Die bremische Bürgerschaft hat in ihrer letzten Sitzung wieder einige Beweise ihres Liberalismus gegeben. Nicht nur, daß ein sozialdemokratischer Antrag auf Erweiterung des Sommerurlaubs für Staatsarbeiter abgelehnt wurde, es wurde auch der sozialdemokratische Antrag niedergestimmt, daß bei den Bürgerchaftswahlen die in den Wählerlisten verzeichneten Wähler von der Ausnahme in die Wählerliste durch Postkarten zu benachrichtigen sind.

Oesterreich-Ungarn.

Die Blaujustiz des Militarismus.

Vor einiger Zeit waren mehrere böhmische Dragonerreferenten zum Tode verurteilt worden, weil sie beim Transport nach Galizien eine Demonstration gegen die Mobilisierung geleitet haben sollten.

Galzische Landtagswahlen.

Uemberg, 1. Juli. In Galizien haben die Landtagswahlen stattgefunden. Die Konservativen erhielten 13 Mandate (früher 10), Zentrum 2 (früher 8), die polnischen Demokraten 1 (früher 2), die Alpolen 1 (früher 2), die polnische Volkspartei 16 (früher 21), die Ukrainer 30 (früher 17), die russophilen Katholiken 1 (früher 3), die gemäßigten Ultrathemen 1 (früher 2). Außerdem ist noch der parteilose Pole Graf Semedy gewählt.

Frankreich.

Der Kampf um die drei Jahre.

Paris, 30. Juni. Die Kammer setzte heute die Beratung der Militärvorlage fort. Der Deputierte Molle erklärte, in jeder Hinsicht Anhänger des Gegenentwurfs Augagneur zu sein.

Der Abgeordnete Painlevé verteidigte sodann den Gegenantrag, der die zweijährige Dienstzeit aufrechterhält und die Ersetzung von gewissen Militärbeamten durch Zivilisten vorseht.

Die Maßregelung des Professors Vassy.

Paris, 30. Juni. Ueber die Absetzung des Professors der Schule für hohe Studien, Paul Vassy, äußerte sich Ministerpräsident Barthou einem Berichterstatter gegenüber: Ich kann wahrhaftig an dieser Hochschule nicht einen Mann wirken lassen, der einen Artikel veröffentlicht hat, in dem zur Massendefektion und zur Revolte aufgerufen wird.

Niederlande.

Sozialdemokraten als Minister der Königin?

Es scheint, daß sich der Eintritt von Mitgliedern der sozialdemokratischen Arbeiterpartei ins Ministerium vorbereiten. Folgende Meldung dürfte so zu deuten sein:

Amsterdam, 30. Juni. Das sozialistische Organ Volk teilt mit, daß die Königin Ende der Woche den Abgeordneten Troelstra zur Audienz geladen hat.

Genosse Troelstra hat sich über die Stellung der sozialdemokratischen Fraktion zur holländischen Regierung und des Eintritts von Sozialdemokraten in das Ministerium gegen einen bürgerlichen Pressevertreter ausgesprochen. Er meinte, bisher sei an Sozialdemokraten noch nicht das Ansehen gestellt, einen Ministerposten zu übernehmen. Es sei auch sehr fraglich, ob die Königin mit sozialdemokratischen Ministern regieren wolle. Wenn man aber der Partei eine Vertretung im Kabinett anbiete, dann hätte sie Anspruch auf drei Ministerposten, darunter speziell auf das Ministerium des Innern, um das allgemeine Wahlrecht, das von der Sozialdemokratie auf das liberale Wahlprogramm gesetzt worden sei, verwirklichen zu können. Es sei allerdings zu bedenken, daß ein Kabinett, in dem Sozialisten sitzen, von den verbissenen Liberalen leicht in schwere Positionen gebracht werden könne; daher sei es wohl am besten, wenn die liberale Minorität die Bildung des Kabinetts allein übernehme. Es könne der Unterstützung der 18 Sozialdemokraten sicher sein, wenn es mit größter Eile das allgemeine Wahlrecht und die unentgeltliche Arbeiterpensionierung bringe. Natürlich darf es auch in Bezug auf den Militarismus keine reaktionären Bestrebungen verfolgen. Wollte das liberale Ministerium dann noch der Liberalen Verschlechterung der Schulen ein Ende machen, die Schulspflicht bis zum 14. Jahre ausdehnen und den Schultag einführten, so werde die Sozialdemokratie das liberale Ministerium sogar mit großer Freude unterstützen.

Großbritannien.

Die Suffragetten.

London, 30. Juni. Der Bahnhof von Leuchards in Schottland wurde heute früh durch eine Feuerbrunst zerstört. Flugblätter von Anhängerinnen des Frauenstimmrechts wurden in der Nähe aufgefunden. — Ein Telegramm aus Glasgow meldet, daß das Schloß Ballintrairn bei Balfour durch Feuer zerstört wurde; es wird Brandstiftung vermutet. Das Schloß, das unbewohnt ist, hat einen Wert von 2 Millionen Mark. Man vermutet, daß es von Suffragetten in Brand gesetzt worden ist.

Spanien.

Mädung in Marokko.

Madrid, 30. Juni. Infolge der ungünstigen Jahreszeit beginnt man sich in politischen und militärischen Kreisen mit dem Gedanken vertraut zu machen, daß die geplante militärische Aktion im Rifgebiet einen Rückschlag erleiden muß. Im Augenblick will man sich damit begnügen, die Sicherheit in den bereits besetzten Gebieten zu erhöhen.

Zu diesem Entschluß dürfte wohl auch die Protestbewegung im Rande beigetragen haben, die kräftig andauert.

Madrid, 30. Juni. In zahlreichen Orten wurden gestern Versammlungen gegen den Marokkfeldzug abgehalten. In Valencia kam es zu ernstlichen Unruhen.

Sächsische Angelegenheiten.

Religionsunterricht und Dissidentenkinder.

In Dresden hatte wie noch in Erinnerung sein wird, ein Arzt seinen Sohn, um den gesetzlichen Bestimmungen zu genügen, in den jüdischen Religionsunterricht geschickt, während er selbst der evangelisch-lutherischen Kirche angehörte, mit der er aber innerlich gebrochen hatte. Das Kultusministerium untersagte aber die Teilnahme an dem jüdischen Religionsunterricht, weil der Vater der jüdischen Religion nicht angehörte. Der Auffassung des Kultusministeriums trat auch das Oberlandesgericht bei. Wir haben seinerzeit gesagt, daß sich nach der Gesetzeslage formell gegen das Vorgehen der Behörden nichts einwenden lasse.

Ein ähnlicher Prozeß spielte sich dieser Tage vor dem Berliner Kammergericht ab. Der Tapezierer Kunze zu Neukölln, der aus der evangelischen Landeskirche ausgetreten ist, ohne sich einer anderen Religionsgemeinschaft anzuschließen, hatte seinen Sohn Alfred seit dem 2. Januar 1910 vom evangelischen Religionsunterricht in der Volksschule ferngehalten und ihn alsbald an dem von der Synagogengemeinde eingerichteten jüdischen Religionsunterricht teilnehmen lassen. Das geschah unbehelligt zwei Jahre lang. Nachdem Kunze im Frühjahr 1912 eine Frage der jüdischen Gemeinde, ob er zum Judentum überzutreten wolle, verneint hatte, wurde sein Sohn durch die Synagogengemeinde vom jüdischen Unterricht ausgeschlossen. Kunze beschwerte sich bei der Regierung in Potsdam und stellte den Antrag, die Synagogengemeinde anzuklagen, die Teilnahme des Sohnes am jüdischen Unterricht weiter zu gestatten. Die Regierung beschied ihn am 14. Juni 1912 abschlägig. Eine Zeitlang ließ Kunze den Sohn nach der Ausweisung vom jüdischen Religionsunterricht an keinem Religionsunterricht teilnehmen. Er erhielt verschiedene Strafmandate auf Grund der Schulverordnung der Regierung, weil er den Sohn ohne Grund vom Schulunterricht ferngehalten habe, nämlich von der evangelischen Religionsstunde in der Volksschule, die er besuchte. In dem jetzigen Strafverfahren handelte es sich nun um die Rechtmäßigkeit der Bestrafung für 12 Tage, die nach dem ablehnenden Bescheide der Regierung liegen und an denen der Knabe dem Religionsunterricht in der Volksschule ferngehalten war.

Das Landgericht als Berufungsinstanz hatte die Bestrafung gutgeheißen und unter anderem im Urteil ausgeführt:

„Aus Artikel 21 der preussischen Verfassungsurkunde und aus § 43, Teil 2, Titel 12 des Allgemeinen preussischen Landrechts folge, daß, wer sein Kind eine öffentliche Schule nicht besuchen lasse, diesem den Unterricht, der für die öffentliche Schule vorgeschrieben sei, anderweitig erteilen lassen müsse. Nach Artikel 23 der Verfassungsurkunde stehe der öffentliche Unterricht unter Aufsicht des Staates. Zu dem für öffentliche Volksschulen vorgeschriebenen Unterricht gehöre auch der religiöse. Der Religionsunterricht sei daher obligatorisch. Der Staat habe das Recht, zu verlangen, daß das Kind den Religionsunterricht in der Volksschule besuche. Dieser Zwang sei nach § 11, Teil 2, Titel 12 des Allgemeinen Landrechts nur bei solchen Kindern ausgeschlossen, die in einer andern Religion nach den Gesetzen des Staates erzogen werden sollen. Voraussetzung sei hierbei aber, daß sie tatsächlich in einer andern Religion, die vom Staate zugelassen sei, Unterricht erhalten. Solche Religion sei die jüdische. Angeklagter habe sich darum solange nicht strafbar gemacht, als der Sohn in der jüdischen Religion unterrichtet wurde. Nachdem dieser aber von dem jüdischen Unterricht ausgeschlossen worden war, und nachdem die Regierung des Angeklagten Beschwerde dagegen zurückgewiesen hatte, wäre K. verpflichtet gewesen, mangels eines andern gleichwertigen Religionsunterrichts den Sohn wieder am evangelischen Religionsunterricht in der Volksschule teilnehmen zu lassen. Es sei gleichgültig, wiewegen der Sohn vom jüdischen Unterricht ausgeschlossen wurde. Es hätte deshalb auch kein Beweis erhoben werden brauchen über die Behauptung des

Angeklagten, daß es auf Anweisung der Regierung, Dissidentenkinder nicht zum jüdischen Unterricht zuzulassen, geschehen sei.

Der Angeklagte legte Revision ein, die Rechtsanwält Dr. Kurt Rosenfeld vor dem Kammergericht vertrat. Generell betonte er, daß ganz zweifellos das Recht empfinden von Dissidenten gestört werde, wenn ihre Kinder zum Unterricht in einer Religion gezwungen würden, die sie aufgegeben hätten. Das Kammergericht möge deshalb nochmals prüfen, ob nicht seine, allerdings schon lange vertretene, den Dissidenten ungünstige Judikatur aufzugeben und zu der älteren Judikatur zurückzukehren sei, die den Dissidenten günstig war. Im übrigen aber müsse im vorliegenden Fall zugunsten des Angeklagten der § 11 Teil 2 Titel 12 des Allgemeinen Landrechts zur Anwendung kommen. Es handele sich hier um ein Kind, welches in einer andern Religion, die gesetzlich anerkannt sei, nämlich der jüdischen, erzogen werden sollte, wie es § 11 meine. Der Vater habe alles getan, diesen seinen Wunsch zur Durchführung zu bringen und es sei ihm auch zwei Jahre lang gelungen. Er habe also seinen Willen ernstlich bestätigt. Darauf allein komme es an.

Das Kammergericht verwarf aber die Revision und erklärte, daß es an seiner Judikatur festhalte, an die sich das Landgericht gehalten habe. Die Frage des Rechtsempfindens müsse ausscheiden gegenüber dem Gesetz. Sie könnte den Beteiligten nur Anlaß geben, auf eine Änderung des Gesetzes hinzuwirken. Im übrigen habe die jüdische Gemeinde richtig gehandelt, da aus dem Gesetz über die Rechtsverhältnisse der Juden zu folgern sei, daß die jüdischen Gemeinden nicht verbunden seien, anderen als jüdischen Kindern Unterricht zu erteilen. Nach der definitiven Ausschließung des Knaben vom jüdischen Religionsunterricht hätte K. ihn wieder in den evangelischen schicken müssen.

Im vorliegenden Falle hat nicht der Staat die Teilnahme an dem jüdischen Religionsunterricht verboten, sondern die jüdische Gemeinde hat ihn unterjagt, weil der Vater nicht die Absicht habe, zum Judentum überzutreten. Gegen diesen Standpunkt läßt sich so wenig etwas einwenden, wie dagegen, daß in dem Dresdner Falle der Staat die Teilnahme an dem jüdischen Religionsunterricht verboten hat. Ein solches Verbot wäre in Preußen nach den gesetzlichen Bestimmungen unmöglich gewesen und der Vater könnte sein Kind heute noch in den jüdischen Religionsunterricht schicken, wenn hier nicht die jüdische Gemeinde dem Plane ein Ende gemacht hätte. In den beiden Prozessen sprachen aber Behörden und Gerichte aus, daß der Staat das Recht habe, zu verlangen, daß die Kinder den Religionsunterricht zu besuchen haben. So lange der Staat mit der Kirche und diese mit der Schule verbunden ist und der Religionsunterricht ein Unterrichtsgegenstand, läßt sich auch dagegen nicht gut etwas einwenden, soweit die Kinder von Eltern in Frage kommen, die einer der anerkannten Kirchengemeinschaften angehören. Kommen dabei aber Eltern in Frage, die einer solchen Religionsgemeinschaft nicht angehören, so ist es zweifellos eine Verletzung der verfassungsmäßigen Gewissensfreiheit, wenn von diesen Eltern verlangt wird, daß sie ihre Kinder an dem Religionsunterricht der Schule teilnehmen lassen sollen. In Sachsen freilich hat man auch diesen Punkt überwunden, indem man einfach den Eltern das Recht der religiösen Erziehung absperrt. In Preußen dekretiert man einfach, daß die Kinder den Religionsunterricht besuchen müssen und kümmert sich gar nicht um die verfassungsmäßige Gewährleistung Glaubensfreiheit. Es ist deshalb eine unbedingte Notwendigkeit, daß endlich der verfassungsmäßigen Glaubens- und Gewissensfreiheit Anerkennung verschafft und den dissidentischen Eltern das Recht eingeräumt werde, ihre Kinder jedem Religionsunterricht fernzuhalten.

Bereine haben kein Beschwerderecht gegen Gemeinderatswahlen.

Am 9. Februar d. J. war in Bernsbach i. E. Gemeinderatswahl. Dazu hatte der Gemeindevorstand bekannt gemacht, daß die erste Klasse der Umanfälligen alle die Personen umfasse, die im Jahre 1912 zur Gemeindefürsorgesteuer mit über 1500 Mk. Einkommen herangezogen waren. Es hat sich herausgestellt, daß ein Gemeindeglied, das dieses Einkommen nicht erreichte, gewählt hatte und auch zum Gemeindevorstand gewählt worden war. Dagegen hatte der Wahlverein für Bernsbach und Umgegend Protest erhoben. Nach vier Monaten erteilte die Amtshauptmannschaft Schwabenberg den Bescheid, daß die Einwendungen gegen die Wählbarkeit des zum Gemeinderatsmitglied gewählten Paul Albin Gehlert in Bernsbach als unzulässig verworfen worden seien, da der Wahlverein als solcher zur Eingebung von Einsprüchen nicht befugt ist. In der Begründung des abweisenden Bescheides heißt es:

Die Eingabe vom 19. Februar 1912 stellt sich ihrem Inhalte und der Zeit der Einreichung nach als eine Einwendung gegen das Wahlverfahren dar. Daß Einwendungen gegen das Wahlverfahren von stimmberechtigten Gemeindegliedern erhoben werden können, ist vom Oberverwaltungsgericht in ständiger Rechtsprechung anerkannt worden. In seinem Urteile vom 8. Juni 1909 hat das Oberverwaltungsgericht aber ausgeführt: „Das gleiche Recht auch Vereinen und Körperschaften zugesprochen, erscheint jedoch bedenklich. Einerseits liegt kein Bedürfnis vor, Vereinen usw. zu Einwendungen zuzulassen, denn wenn sie aus stimmberechtigten Gemeindegliedern bestehen, so können sie ein solches Gemeindeglied zur Erhebung von Einwendungen unter Umständen auf Vereinskosten veranlassen, während ihnen dann, wenn sie aus stimmberechtigten Gemeindegliedern bestünden, überhaupt jegliche Legitimation fehlen würde. Andererseits würde für die zur Wahlprüfung berufene Behörde die Zulassung von Vereinen usw. zu Einwendungen gegen das Wahlverfahren eine erhebliche Beschwerung bedeuten insofern, als dann mindestens geprüft werden müßte, ob dem Verein stimmberechtigte Mitglieder angehören, ob die Beteiligung am kommunalpolitischen Leben den Satzungen des Vereins entspricht und ob die als Vorstand auftretende Person hierzu berechtigt ist. Von derartigen weitläufigen Untersuchungen muß das Wahlprüfungsverfahren freigehalten werden, denn es ist auf möglichstste Beschleunigung berechnet.“

Da Einwendungen gegen das Wahlverfahren binnen 14 Tagen nach der Stimmauszählung einzureichen sind, die Amtshauptmannschaft aber erst nach vier Monaten geantwortet hat, sind die Beschwerdeführer um ihr Beschwerderecht gekommen. Es ist doch eine eigene Sache um den Bureaukratismus!

Insubordination beim Mittagessen.

m. Die „Disziplin“ im Heere zettelt recht sonderbare Blüten. Es ist schon so weit gekommen, daß sich der Soldat während des Mittagessens im Dienst befindet und dabei nur aufpassen hat, daß er nicht in den verhänglichen Waschen des Militärstrafgesetzbuches hängen bleibt. Der Fusar Sieber von Junitenregiment Nr. 20 in Bayreuth stand am Sonntag, den 1. Juni, im Speisesaal an der Speisenausgabe und wollte sein Mittagessen in Empfang nehmen. Der aufsichtsführende Sergeant glaubte dabei zu be-

merken, daß Siebers Geschüffel nicht ganz sauber war und befahl dem Soldaten, die Schüssel sofort zu reinigen. Sieber hatte aber bereits seine Speisemarke abgegeben, weshalb er auf den Befehl nicht reagierte. Als gleich darauf ein neues Kommando zum Schüsselreinigen kam, sagte Sieber, er wolle erst seine Speisemarke zurückhaben. Ohne Speisemarke erhält er kein Essen, und außerdem glaubte Sieber, er werde hinterher kein Essen mehr bekommen, da es Sonntags immer sehr knapp ist. Auf den Einwand des Soldaten ging der Vorgesetzte aber gar nicht ein, wollte vielmehr seinen Befehl umgehend und ohne jeden Widerspruch ausgeführt wissen. Nun wurde der Soldat ärgerlich und sagte: „Da frecht doch euer Essen allein!“ Darauf ging er fort und kehrte trotz mehrfachen Zurufes nicht in den Speisesaal zurück. Ein höherer Vorgesetzter kam dazu und fand das Verhalten Siebers so standalös, daß er zum Sergeanten sagte: „Wenn Sie diese Disziplinlosigkeit nicht melden, dann tue ich es!“ Sieber wurde auch wirklich zur Weisung gebracht und jetzt vom Kriegsgericht Dresden wegen Achtungsverletzung, Gehorsamsverweigerung und Beharren im Ungehorsam vor verfallener Mannschaft (N) nach § 85 des Militärstrafgesetzbuches zu drei Monaten Gefängnis verurteilt!

Dresden. Die Vorstands- und Ausschußmitglieder der Hausbesitzervereine zu Briesnig, Kemnig, Teutewitz und Stöckwitz hielten in Kemnig eine Versammlung ab. Schuldirektor A. D. Kaufmann-Teutewitz hielt einen Vortrag über die Vorteile und Nachteile einer Einverleibung mit Dresden. Nach längerer lebhafter Aussprache wurde beschlossen, ohne die Gemeinderäte mit dem Rate zu Dresden Fühlung zu nehmen wegen einer eventuellen Einverleibung und eine entsprechende Kommission ernannt.

Essau. Die Zahl der vom Staat zum Zweck der Einrichtung als Remontedepots angekauften Mittergüter in der östlichen Oberlausitz wird wieder um eine vermehrt werden. Mittergut Ober-Bischdorf wird ebenfalls erworben. Es bestehen dann auf 7 Käufer früherer Mittergüter Remontedepots.

Chemnitz. Die volkswirtschaftliche Bodenspekulation wurde in einer Versammlung der Schönbauer Bauerngenossenschaft von deren Vorsitzendem, dem Gemeindevorstand Schultze, auf Grund der in dieser Gemeinde herrschenden Verhältnisse beleuchtet. Seit 1899 hat sich die Zahl der von der Industrie in Schönbau beschäftigten Arbeiter um 300 Proz. erhöht, die Einwohnerzahl ist aber die gleiche geblieben und hat sogar in der Zeit von 1905 bis 1910 eine fallende Tendenz gezeigt. Im Jahre 1912 überstieg die Zahl der in Schönbau beschäftigten Arbeiter die Einwohnerzahl Schönbaus. Warum blieb das Wachstum der Gemeinde zurück? fragte der Gemeindevorstand. Grundstückspekulanten kauften die Flächen der Gemeinde auf, in deren Händen sich fast ganz das Gelände befindet. Die Gemeinde verfügt nur über einen schmalen Streifen. Die Spekulanten halten das Gelände zurück. Ein Gutbesitzer verlangt für einen Quadratmeter Land 9 Mk., das ihm vor 20 Jahren 17,5 Pf. gekostet hat. Der Bodenwucher hatte die Entwicklung der Gemeinde Schönbau zurückgehalten.

Chemnitz. Das Ministerium hat die Eingemeindung der Gemeinden Furtz und Borna genehmigt. Die Stadt erhält dadurch einen Zuwachs von ungefähr 4000 Einwohnern und eine Gebietserweiterung von etwa 930 Hektar.

Kleine Nachrichten aus dem Lande. Auf dem Hauptbahnhof in Dresden wurde einem Berliner Kaufmann vermutlich während eines von Taschen diebstahl in der Tasche des Briefstapels gestohlen, in der sich außer Legitimations- und sonstigen Wertpapieren allein 15 000 Frank in französischen Noten befanden. Einem Ingenieur aus Böhmen wurde gestern ebenfalls auf dem Hauptbahnhof die Brieftasche mit etwa 1000 Mark Inhalt gestohlen, bestehend aus deutschen und österreichischen Noten. Wahrscheinlich handelt es sich um eine internationale Diebesbande. — Die Arbeiter Hermann Kell und Alwin Rörner wurden in Mabeberg in ihren Wohnungen verhaftet unter dem Verdacht, seit längerer Zeit sich der Goldschmiederei schuldig gemacht zu haben. Außer falschen Geldstücken fand man auch Formen. Beide sind bereits mit Zuchthaus vorbestraft. — In Rixendorf bei Geringswalde spielte der drei Jahre alte Sohn des Zimmermanns Scherper mit einem andern Knaben an einem Gabel. Dabei fiel ersterer zwischen den Gabelbaum und das Dach des Gabelhäuschens so unglücklich, daß ihm der Kopf zerdrückt wurde. Das bedauernde Kind war sofort tot.

Aus den Nachbargebieten.

Geburtenüberschuß und Abwanderung in Anhalt.

Im Laufe der Jahre 1901 bis 1911 betrug nach der genauen Statistik der Geburtenüberschuß im Herzogtum Anhalt 41 807 Personen, hiervon entfallen auf die anhaltischen Stadtgemeinden 22 285 und auf die Landgemeinden 19 522 Personen. In den drei westlichen Kreisen Ballenstedt, Bernburg und Köthen überwiegt der Geburtenüberschuß auf dem Lande gegenüber dem der Stadtgemeinden; umgekehrt ist es in den östlichen Kreisen Dessau und Jerichow. Die Bevölkerungszunahme im Herzogtum beträgt in vorgenanntem Zeitraum 13 530 Personen in den Stadtgemeinden, 1504 auf dem Lande, zusammen also 15 034 Personen. Stellt man den Geburtenüberschuß mit der tatsächlichen Bevölkerungszunahme in Vergleich, so ergibt sich, daß eine verhältnismäßig hohe Abwanderung aus Anhalt erfolgt ist, die sich in erster Linie auf die Landgemeinden erstreckt, die aber auch in den Stadtgemeinden stark bemerkbar ist. Die Abwanderung betrug für den genannten Zeitraum im ganzen Herzogtum 27 784 Personen und zwar kommen 8748 Personen auf die Landgemeinden 19 018 und auf die Stadtgemeinden 8748 Personen. Die größte Abwanderung ist aus den Landgemeinden des Kreises Bernburg erfolgt.

Grätz. Am Sonntagabend wurde in einem Kornfelde bei Thomasmalbau der Engroschlächter Oskar Nothe von hier erschossen und beraubt aufgefunden. Nothe wurde seit einigen Tagen vermißt; er war Mitte der Woche mit seinem Gefellen Richard Hoffmann nach Buzlau gefahren, um dort Vieh abzunehmen, das Hoffmann angeblich für seinen Meister gekauft hatte. Die Angaben Hoffmanns trafen aber nicht zu; er kehrte allein hierher zurück und wollte von dem Aufenthaltsort Nothes nichts wissen. Verdachtsmomente trieben Hoffmann am Sonnabend fort. Er ergriff sich ebenfalls in der Nähe von Cottbus. Auf einem Zettel gab er als Grund des Selbstmordes an, er fürchte, der Staatsanwalt werde sich mit ihm beschäftigen und das sei ihm unangenehm. Nothe hatte etwa 8000 Mk. bei sich, die Hoffmann geraubt hat.

Aus der Umgebung.

Militärvereinsterrorismus.

Das Jahr 1913 steht im Zeichen des künstlich erzeugten Patriotismus und jeder gute Patriot möchte seine monarchische Befinnung durch irgendeine „große“ Tat kundgeben. So erging es auch der Zeitung des Bundes sächsischer Militärvereine. Um eine gesunde Idee verlegen, griff sie nach dem abgestandenen Mittel der Bekämpfung von „sozialdemokratischen“ Konsumvereinen. Sie wies deshalb die Vorstände der Militärvereine an, diejenigen Mitglieder, die Konsumvereinen beigetreten sind, entweder zum Austritt aus den Konsumvereinen aufzufordern oder sie aus dem Militärverein auszuschließen.

Da nun die Vorstände der Militärvereine nicht minder patriotisch geklungen sind als die Bundeszeitung, so sind einige derselben bemüht, der an sie ergangenen Weisung eifrig und gründlich

nachkommen. So bestellte der Vorstand des Militärvereins in Gythra, Gemeindevorstand Herz, die Mitglieder, die selbst oder deren Ehefrauen dem Konsumverein für Inventar und Umgegend beigetragen sind, nach seiner Wohnung und fordernde sie auf, dem Konsumverein den Mäßen zu kehren, andernfalls sie aus dem Militärverein ausgeschlossen würden. Als ihm entgegengehalten wurde, daß doch die Frau des Militärvereinsassistenten Mitglied des Konsumvereins Leipzig-Plagwitz sei, hat er das als Ausnahmefall hingestellt. Danach scheint sich die große Aktion gegen den Konsumverein Zwenkau, der in Gythra eine Filiale unterhält, zu richten. Bedenkt man, daß der erste und zweite Vorsitzende sowie der erste Schriftführer des Militärvereins in verwandtschaftlichen Beziehungen zu verschiedenen Gythraer Krämerern stehen, so findet der Eifer des Vorsitzenden einige Erklärung.

Der Militärvereinsvorsitzende, der in seiner Eigenschaft als Gemeindevorstand waffen mußte, welcher Steuerzahler der Konsumverein mit seinen Angestellten in Gythra ist, hätte sich doch erst einmal überlegen sollen, ob er gegen den Konsumverein vorgehen soll. Viel wird ja aus der ganzen Aktion nicht herauspringen. Sowie wir in Erfahrung bringen konnten, wollen die Betroffenen lieber den Militärverein, als die wirtschaftlichen Vorteile, die ihnen der Konsumverein bietet, meiden. Das ist auch der einzig richtige Schluss, den sie aus dem Vorgehen der Militärvereinsleitung ziehen können. Den zum Austritt aus dem Konsumverein Aufgeforderten geben wir den Rat, den Austritt aus der Genossenschaft nicht zu vollziehen, sondern der Entwicklung der Dinge feischnackig zu harren, oder noch besser, dem Militärverein den Rücken zu kehren, dann hätte alle Bevormundung ein Ende.

Beseitigung von Tierkadavern.

Mit dem heutigen Tage tritt folgende Verordnung der Amtshauptmannschaft über die Beseitigung von Tierkadavern in Kraft:

- § 1.
- Das Begraben der Kadaver und Kadaverteile, die nach dem Viehseuchengesetz vom 28. Juni 1908 unschädlich zu beseitigen sind,
 - der sonstigen Kadaver und Kadaverteile von gefallenen oder getöteten Pferden, Eseln, Maultieren, Maultieren, Tieren des Rindergeschlechts, Schweinen im Alter von mehr als drei Monaten, Schafen und Ziegen,
 - der Kadaver von toten oder toten Pferden, Eseln, Maultieren, Maultieren und Tieren des Rindergeschlechts,
 - des bei der Fleischschau beanstandeten Fleisches, soweit es sich hierbei nicht bloß um Körperteile geringeren Umfanges handelt,
 - größerer Mengen von sonst untauglichen animalischen Nahrungsmitteln
- wird verboten.
- Die Kadaver und Kadaverteile und die untauglichen animalischen Nahrungsmittel sind in eine Kadaververwertungsanstalt zu unschädlicher Beseitigung einzuliefern.
- Als Lösung ist die mit Blutentziehung einhergehende Schlachtung eines Tieres nicht anzusehen.

§ 2.

Die Kadaver von Hunden, Raben, Geflügel, Schweinen bis zu drei Monaten sowie toten oder toten Schafen und Ziegen dürfen an geeigneten Stellen vergraben werden.

Hierbei sind die Gruben in mindestens 30 Meter Entfernung von menschlichen Wohnungen, Viehställen, Brunnen, Gewässern, Wechtplätzen und öffentlichen Wegen und so tief anzulegen, daß die Oberfläche der Kadaver und Kadaverteile von einer unterhalb des Randes der Grube mindestens 1 Meter starken Erdschicht bedeckt ist.

Die Sohle der Gruben darf überdies nicht in das Grundwasser hinabreichen.

§ 3.

Zu widerhandlungen werden, soweit nicht andre Strafbestimmungen einschlagen, mit Geldstrafe bis zu 100 Mk. oder mit Haftstrafe bis zu zwei Wochen bestraft.

Gaußh. Kraftomnibusverkehr. Die Direktion der neuen Leipziger Allgemeinen Kraftomnibus-Gesellschaft hat im Prinzip der Errichtung einer Verkehrslinie von Zwenkau nach Gaußh. und Dörsch und später nach Zwenkau zugestimmt. Es ist beabsichtigt, den 10-Minuten-Verkehr einzuführen. Ferner sollen Umsteigarten ausgegeben und der Nachtbus bis 2 Uhr durchgeföhrt werden. Das sind freilich vorerst nur Versprechungen. Abhängig ist die Bewirklichung einmal davon, daß die Regierung die Deckungswagen zuläßt und dann davon, daß sich in Gaußh. Interessenten finden, die der Gesellschaft zusammen für 50 000 Mk. Aktien abkaufen.

Eltenburg. Leichenändung. Die Leiche des am Donnerstag an der Leipziger Straße in den Mühlgraben gestürzten Maler-gehilfen Schlegel aus Dörsch ist vorgestern vormittag am Schutwehr der Vordermühle aufgefunden worden.

Mabesfeld. Achtung, Parteigenossen! Sonnabend, den 5. Juli, abends 8 1/2 Uhr, findet im Alten Gasthof zu Lindenhal unsere Mitgliederversammlung statt. Auf der Tagesordnung steht Bericht vom Kreisstag. Darum müssen alle Genossen pünktlich erscheinen.

Bermischtes.

Die Abplattung der Sonne. Daß die Himmelskörper keine vollkommene Kugelgestalt besitzen, ist schon deswegen wahrscheinlich, weil sie sich mit einer großen Geschwindigkeit um eine Achse drehen. Die Abplattung der Erde an den Polen ist aber keineswegs aus der Theorie oder durch Messungen sofort richtig erkannt worden, vielmehr tritt längere Zeit eine sogenannte Drangentheorie gegen eine Melonentheorie, indem man in Erwägung zog, daß die Erde vielleicht auch umgekehrt am Äquator abgeplattet sein könnte. Dieser Streit ist nun längst zugunsten der Drangentheorie entschieden worden. Was aber für die Erde gilt, braucht nicht auch für alle andern Himmelskörper zuzutreffen. Vielmehr ist bei jedem einzelnen eine Untersuchung notwendig. Bei den Planeten ist es wegen des geringen Durchmessers, den sie selbst in den größten Fernrohren haben, nicht möglich, Abweichungen von der Kreisform des Umrisses festzustellen. Am ehesten ist die Sonne solchen Messungen zugänglich, aber auch bei ihr sind die Unterschiede so gering, daß sie bis auf die neueste Zeit nicht ganz zuverlässig ermittelt worden sind. Eine in China gelegene Sternwarte, die von den jesuitischen Missionaren gegründet ist und unterhalten wird, hat ihren Chinesen barenin gesetzt, die Frage der Sonnengestalt zur Entscheidung zu bringen. Der Jesuitenorden hat schon einen der größten Sonnensorcher, den

Paler Sechi, hervorgebracht, der auch bereits die Vermutung aufgestellt hat, daß der Sonnendurchmesser nicht nach allen Richtungen der gleiche sein dürfte. An der Sternwarte in Jose sind seit dem Jahre 1905 mehr als 2000 Photographien der Sonne von solcher Schärfe aufgenommen worden, daß sie zu den genauesten Messungen dienen konnten. Das dabei benutzte Fernrohr gehörte zwar nicht zu den allergrößten, besaß aber immerhin eine Oeffnung von 40 Zentimetern und eine Brennweite von fast 7 Metern. Das Sonnenbild des Fernrohrs hat je nach dem Abstand der Erde von der Sonne einen Durchmesser von 63,5 bis 65,5 Millimetern. Die Dauer der photographischen Aufnahme beträgt drei Tausendstel Sekunde. Die Ausmessung der Photographien hat nun ergeben, daß in der Tat eine Abplattung der Sonne vorhanden ist, aber nicht, wie bei der Erde, an den Polen, sondern gerade am Äquator. Auf unser Muttergestirn würde also die Melonentheorie zutreffen. Allerdings ist der Unterschied außerordentlich gering. Auf den Platten beträgt er durchschnittlich nur 0,0083 Millimeter, woraus hervorgeht, mit welcher Genauigkeit die Messungen ausgeführt werden mußten. Mit Bezug auf die Maße des Himmelskörpers würde diese Größe einem Kreisabschnitt von nur 0,19 Bogensekunden entsprechen. Der mittlere Durchmesser der Sonne wurde bisher nach der Berechnung des Berliner Astronomen Auwers, der dazu mehrere Reihen von heliometrischen Messungen benutzte, zu 31 Minuten 50,28 Sekunden angenommen. Nach den neuen photographischen Bestimmungen würde sich dieser Wert um 0,67 Sekunden erhöhen. Als sicher kann auch diese Annahme nicht gelten, da die Messungen auf der photographischen Platte gar zu schwierig sind. Auch mit der selbstverständlichen vorläufigen Benutzung des Mikrostops sind Unterschiede der Länge, die sich nur nach Tausendsteln eines Millimeters berechnen, äußerst schwer sicher zu erfassen. Dazu kommt aber noch ein Verdacht, der die Verlegenheit aufs höchste steigert und die Astronomen wohl dazu veranlassen könnte, weitere Versuche dieser Art auszugeben. Es ist nämlich nicht unwahrscheinlich, daß der Durchmesser der Sonne und überhaupt die ganze Umrissgestalt dieses Sterns Schwankungen erleidet, so daß eine heute richtige Messung nach einigen Jahren vielleicht nicht mehr genau sein würde. Sollten sich einmal die Mittel zur Ausführung von Messungen soweit verbessern, daß über diese Veränderungen der Sonnengestalt ganz bestimmte Beobachtungen gemacht werden könnten, so würden sich vielleicht überraschende Schlüsse auf das Wesen des großen Himmelskörpers, von dem alles auf der Erde abhängt, heraus ergeben.

Briefkasten der Redaktion.

Kalkül. 1. Das Experiment ist vor ungefähr 20 Jahren von Heller ausgeführt worden. 2. Nein. 3. 2. 56. C 20 - Krankheiten der Sehorgane der Augen (Iber, Bindehäute, Tränenwege).

Auskunft in Rechtsfragen.

M. 100. E. Der Abzug ist unseres Erachtens nicht berechtigt. Uebrigens hätte der etwaige Anspruch gleich geltend gemacht werden müssen; ein Abzug vom Lohne nach Wochen ist auf alle Fälle unstatthaft. Wir würden Ihnen raten, zu klagen, wenn die Firma nicht gutwillig zahlt.

Saison-Räumungs-Verkauf

Günstiges Angebot
solider

Möbel

Moderne Speisezimmer
Moderne Herrenzimmer
Moderne Schlafzimmer
Moderne Wohnzimmer
Moderne Küchen

Komplette
Wohnungs-Einrichtungen

sowie
einzelne Möbelstücke

Bequemste Teilzahlung

Kostenlose Aufbewahrung auch bei späterer Abnahme

S. Sachs

Nikolaistraße 31, I-IV.

Nur jetzt in der stillen Zeit

liefern ich aus vorzüglichem, haltbar., hochmodernen Stoffen
Anzüge und Damen-Kostüme nach Maß
zu Mk. 48.—

Paletots zu Mk. 38.—
Hosen zu Mk. 14.—
mit gutem Futter u. garantiere für tadellosen, hochmodernen Sitz und Ausführung. Anerkannt vorteilhafte Garderobe-Abonnements, vollstänđ. Equipierung, Monatl. von Mk. 10.— an. Leihinstitut für Gehrock, Frack- und Smoking-Anzüge, Herr.- u. Damenmoden-Atelier
Henry Belau
Zeitler Str. 3, part. u. I. Etage.
Fopr. 6377. Postachekk. 3162.

Ebels Monatsgarderobe.

Von Herrschaften wenig getragene eleg. Anzüge, Paletots, Ulster 10, 16, 20, 24. Gehrock, Frack- u. Smoking-Anzüge, auch leihweise, sowie eleg. Damengarderobe sehr billig. **Ebels, Brühl 10, I.**
Sonnabends geschlossen

Homöop. u. Licht-Heilinstitut

R. Neugebauer
a. f. ges. u. appr. Prakt., fr. an Dr. W. Schwabes Polikl. f. Hdb. u.

Geschlechts-, Haut-, Blas-, Ner., Mag., Darmld., Influenza, Lufttröhrentarrrh, Nschm., Rheum., Nschias, Nsicht

Sowden erschienen: **Zweites Tausend der Brosch.**

Der Weissfluss der Frauen,

ohne Ursachen u. s. schnellste u. erfolgreichste Bekämpfung. 3. bez. t. geschl. Brf. geg. 1.10.4, nach ausw. 1.30.4 in Briefm. 20jähr. Erfahrg., vorz. Erfolg, Fahrstuhl im Hause. Sprchz.: 10-2, 5-8, Sonnt. 10-1.

Elktr. Lichtbäder

8 1/2-12, 2-8, Sonntags 9-1, Damenwochen tags 10-12, 3-6.

Trustfrei **KIOS Cigaretten** Kleine Klos St. 2 1/2 Mk. Kurprinz 3, Fürsten 4, Welt-Macht 5, Auto-Klub 6. Stück 2 Pf.

GLÜCKAUF PREHLITZ V&W sind die so sehr beliebten **Meuselwitzer Briquets** VEREINSGLÜCK FÜRST BISMARCK

Bericht über den Schlachtwiehmärkt

auf dem hädlichen Viehhofe zu Leipzig am 30. Juni 1918.

a) **Auktion:**
598 Rinder u. zwar 178 Ochsen, 178 Bullen, 27 Kalben, 210 Kühe, 6 Fresser, 221 Rälber; 601 Schafe; 2359 Schweine; zusammen 3879 Tiere.

b) **Marktpreise für 50 kg in Markt**

| Kategorie | Bezeichnung | Rehensgewicht | Schlachtgewicht |
|-----------|--|---------------|-----------------|
| Ochsen | 1. vollfleischige, ausgemästete, höchsten Schlachtwert bis zu 8 Jahren | — | 94-98 |
| | 2. junge, fleischige, nicht ausgemästete, — ältere ausgemästete | — | 88-98 |
| | 3. mäßig genährte junge, gut genährte ältere | — | 81-87 |
| | 4. gering genährte junge, gut genährte ältere | — | 76-80 |
| Bullen | 1. vollfleischige ausgewachsene, höchsten Schlachtwertes | — | 87-88 |
| | 2. vollfleischige jüngere | — | 85-88 |
| | 3. mäßig genährte jüngere und gutgenährte ältere | — | 88-84 |
| Rälber | 4. gering genährte | — | 90-82 |
| | 1. vollfleischige, ausgemästete Rälber höchsten Schlachtwertes | — | 91-94 |
| Kühe | 2. vollfleischige, ausgemästete Kühe höchsten Schlachtwertes bis zu 7 Jahren | — | 87-91 |
| | 3. ältere ausgemästete Kühe und gut entwidelte jüngere Kühe und Kalben | — | 80-86 |
| | 4. gut genährte Kühe und mäßig genährte Kalben | — | 78-79 |
| Fresser | 5. mäßig u. gering genährte Kühe u. gering genährte Kalben gering genährtes Jungvieh im Alter von 3 Monaten bis zu einem Jahre | — | 63-72 |
| | 1. Doppeltender | — | 74-77 |
| Rälber | 2. beste Mast- und Saugkälber | — | 57-61 |
| | 3. mittlere Mast- und gute Saugkälber | — | 60-58 |
| Schafe | 4. geringe Rälber | — | 40-49 |
| | 1. Mastlamm und jüngere Masthammel | — | 40-51 |
| Schweine | 2. ältere Masthammel | — | 40-48 |
| | 3. mäßiggenährte Hammel und Schafe (Merschafe) | — | 40-48 |
| | 1. vollfleischige der feineren Rassen und deren Kreuzungen im Alter bis zu 1 1/2 Jahre | — | 56-57, 70-71 |
| Schweine | 2. Fleischschweine | — | 58-59, 70-71 |
| | 3. fleischige | — | 55-59, 60-70 |
| | 4. gering entwidelte | — | 53-54, 67-68 |
| Schweine | 5. Sauen und Eber | — | 49-52, 62-65 |

c) **Ueberstand:** Rinder 9, davon Ochsen 2, Bullen 4, Kühe 2, Rälber 1, Schafe 67, Schweine 22.
d) **Geschäftstag:** Rinder mittel, Rälber mittel, Schafe mittel, Schweine mittel.

Blutreinigung.

Bunten und allen aus unclean Blute hervorgehenden Krankheiten sind „Bater Blutreinigung“ ein wirksames Mittel. Große Schachtel 1 Mk. in Apotheken. Gegen Aufhebung von 21.1.20 franko von Ziegler-Kaboor, Spittschmied-Kommission, im Leipziger: Engel, Salomon, Linden, Siphien, Hof-Apothek, Hainstr.

Es empfiehlt sich, kleine Inserate auf Postanweisungen

zu schreiben. Das Porto beträgt für Beträge bis 5 Mark nur 10 Pf.

Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 1. Juli.

Geschichtskalender. 1. Juli 1640: Gottfried Wilhelm v. Leibniz in Leipzig geboren († 1716). 1742: Georg Christoph Lichtenberg in Ober-Ramstadt geboren († 1799). 1807: Die Verfassung des Norddeutschen Bundes tritt in Kraft. 1870: Heinrich Reuthold in Burgholzli gestorben (* 1827). 1881: Der Philosoph Hermann Bogge in Berlin gestorben (* 1817). 1890: Die amerikanische Schriftstellerin Harriet Beecher-Stowe in Hartford gestorben (* 1812). 1900: Manuel Garcia, Erfinder des Schilppspiegels, in London gestorben (* 1805).

Sonnenaufgang: 3,43, **Sonnenuntergang:** 8,24.

Mondaufgang: 12,46 vorm., **Monduntergang:** 6,16 nachm.

Wetter-Prognose für Mittwoch, den 2. Juli.

Nordwinde, wechselnde Bewölkung, kein erheblicher Niederschlag.

Die Heilanstalt Dösen.

Auf Grund des von der Stadtgemeinde Leipzig mit dem Staate getroffenen Abkommens ist die Heilanstalt Dösen am Ende des vorigen Jahres in das Eigentum und die Verwaltung des Staates übergegangen. Nun erstattet der Rat den letzten Verwaltungsbericht über die Heilanstalt, den auf das Jahr 1912.

Der Krankenbestand hat auch im Jahre 1912 eine erhebliche Zunahme erfahren. Das Jahr wurde mit einem Bestand von 1186 Kranken begonnen und schloß mit einem solchen von 1284 (686 männliche und 618 weibliche). Der Bestand hat sich überhaupt seit dem Bestehen der Anstalt fortwährend gesteigert, von 477 im Jahre 1901 bis auf die gegenwärtige Zahl. Eine Ausnahme machte nur das Jahr 1911. Eine recht beträchtliche Zunahme zeigte auch die Zahl der Aufnahmen, die die des Jahres 1911 um 37 übertrafen. Aufgenommen wurden 1912 neu 641 Personen, davon wurden aus der Psychiatrischen Klinik 522, aus andern Anstalten 40, unmittelbar und ohne vorherigen Aufenthalt in einer Kranken- oder andern Anstalt 79 der Heilanstalt Dösen zugeführt. Auf Kosten des Armenamts wurden von allen der Anstalt zugewiesenen Kranken 556 verpflegt.

Die Krankheitsformen sind natürlich sehr verschieden. Von den Neuaufgenommenen litten 291 an einfacher Seelenstörung, 137 an paralytischer Seelenstörung, dann 67 an Alkoholismus, 61 an Epilepsie mit und ohne Seelenstörung, 58 an Imbezillität, Idiotie, es folgen mit kleineren Zahlen Hysterie, Neurasthenie, Chorea, Tabes, Morphismus usw. Von den 58 Imbezillen und Idioten, die der Anstalt neu zugeführt wurden, hatten 16 (27,6 Prozent) noch nicht das 16. Lebensjahr erreicht; von allen der Anstalt überwiesenen Kranken waren 2 1/2 Jahre altes Kind, das an Idiotie litt. Erbllichkeit wurde in 206 Fällen, d. i. bei 32,1 Prozent aller Zugänge nachgewiesen. Von den an einfacher Seelenstörung Leidenden waren erblich belastet 30,5 Prozent, von den Paralytikern 9,5 Prozent, von den Imbezillen und Idioten 48,3 Prozent, von den Epileptikern 55,8 Prozent, von den Hysterischen 66,6 Prozent, von den Alkoholikern 43,3 Prozent. Bei ihrem Eintritt in die Anstalt waren 159 Patienten nicht länger als zwei Jahre krank.

Im Laufe des Jahres wurden 284 Patienten mit günstigem Erfolg aus der Anstalt entlassen, völlig genesen waren 28 (5,1 Prozent), gebessert 256 (47,1 Prozent). Die geringe Zahl der Genesenen erklärt der Bericht damit, daß nur selten die vollständige Wiederherstellung des Erkrankten abgewartet, vielmehr die Entlassung bewirkt wird, sobald nur einigermaßen die Hoffnung besteht, daß die Besserung sich außerhalb der Anstalt bewähren wird. Ungeheilt wurden 104 Patienten entlassen, gestorben sind 155. Die Todesursache war sehr verschieden. Auf allgemeine fortschreitende Gehirnlähmung entfielen 70 Fälle, auf Tuberkulose entfielen 15,5 Prozent aller Todesfälle.

Ueber die Behandlung der Kranken macht der Bericht wenig neue Angaben. Die Freiluftbehandlung hat sich derart gut bewährt, daß Einrichtungen getroffen wurden, um sie auch in warmen Nächten in Anwendung zu bringen. Es wurden Betten auf Balkonen und unter überdachten Teilen der Gärten aufgestellt und die in der Abtheilung der aufgeregten Männer im Freien befindlichen Badewannen auch des Nachts für Dauerbäder in Gebrauch genommen.

Der Beschäftigung der Kranken wird besondere Aufmerksamkeit geschenkt. Es wurden im Garten, im Wirtschaftsbetrieb, in den Werkstätten usw. 265 Männer; im Küchenbetrieb, Wäschereibetrieb, mit Handarbeiten usw. 255 Frauen beschäftigt. In der Familienpflege waren im Berichtsjahr 43 männliche und 40 weibliche Kranke bei 39 Familien untergebracht. Die sogenannte Außenabteilung, in der männliche Alkoholikrante mit Gartenarbeiten beschäftigt sind und dafür entlohnt werden, trat mit einem Bestand von 8 Kranken in das Berichtsjahr ein, hinzutraten 23, es gingen ab 25, so daß am Schluß des Jahres 6 verblieben.

Erst das Militär, dann die Pflegebedürftigen.

Vom 1. Oktober 1913 bis zum 30. September 1914 soll in Leipzig das 3. Bataillon des 14. Infanterieregiments Nr. 170, das am 1. Oktober 1913 neu aufgestellt werden soll, untergebracht werden. Das Bataillon ist zwar für Leipzig bestimmt, doch werden die dort zu errichtenden Kasernen erst im Herbst 1914 fertiggestellt, so daß das Kriegsministerium, kurz entschlossen, vorläufig Leipzig als Standort bestimmte. Aber auch in Leipzig ist das Bataillon nicht unterzubringen, wenn nicht die Stadt die zwei Einquartierungshäuser dem Kriegsministerium zur Verfügung stellt. Das Einquartierungshaus A diente bisher als Krankenhaus und sollte später als Pflegehaus benutzt werden, nachdem die Kranken im Krankenhaus St. Georg untergebracht sind. Der Rat hatte zunächst Bedenken, das Einquartierungshaus A zu dem genannten Zweck zur Verfügung zu stellen; aber die Militärministeratur hat erklärt, daß die Ueberlassung des Hauses B allein nicht genüge, weil das ganze Bataillon dort nicht untergebracht werden könne. Die übrigen Kasernen seien im Herbst so stark belegt, daß sie nicht mit herangezogen werden könnten. Da hat der Rat nachgegeben, insbesondere auch deswegen, weil die Servisbeträge auf 30 000 M. berechnet wurden, während 26 951,50 M. nur gebraucht werden. Zur Entschuldigung sagt der Rat:

„Wir haben uns nicht verhehlt, daß ein derartiger Ueberfluß, auf den mit voller Sicherheit auch nicht gerechnet werden kann, an sich das Opfer kaum ausgleicht, das die Stadt mit der Ueberlassung der Einquartierungshäuser an den Militärismus bringt. Andererseits war aber zu berücksichtigen, daß eine Stadt von der Bedeutung Leipzigs solchen Aufgaben der Reichs- und Landesverwaltung gegenüber sich Entgegenkommen nicht versagen kann.“

Das Leipziger Kinderheim in Dürrenberg.

Der Jahresbericht vom Vorstand des Leipziger Kinderheims auf das Jahr 1912 ist in mehrfacher Beziehung außerordentlich interessant, und zwar mehr dadurch, was zwischen den Zeilen zu lesen ist, als was diese selbst sagen. Dabei soll keineswegs gesagt werden, daß diese Schreibweise so beabsichtigt war, es mag allein am Stoff liegen. Je mehr sich nämlich bürgerliche Leute praktisch mit sozialwirtschaftlichen Dingen beschäftigen, um so mehr drängt sich ihnen das Verständnis dafür auf, daß alle die Palliativmittel kaum einem Tropfen auf einen heißen Stein gleichen. Freilich geht das Verständnis dann nicht so weit, die Ursachen dieser schlimmen Zustände zu ergreifen, daran hindert die Philantropen ihre Klassenlage. Des allgemeinen Interesses wegen geben wir aus dem genannten Bericht folgende Stellen wieder:

Wir versuchen an einem Teil der Leipziger Kinder zu leisten, was der wohlthätige Sinn der Allgemeinheit an fränkischen Kindern der weniger Bemittelten in noch größerem Maße leisten sollte: die Krankheit, das Siechtum zu vermeiden. Daß Staat und Gesellschaft daran das denkbar größte Interesse haben, bedarf eines besonderen Beweises in einer Zeit nicht, wo die Statistik die grimmige Wahrheit bloßlegt, wie viel wir an Volkskraft und Leistungsfähigkeit durch vermeidbare und heilbare Krankheiten verlieren und wo jeder, der sozial tätig ist, weiß, daß Krankheit und Siechtum nicht nur Geldverlust und äußere Verarmung, sondern auch sittliche und geistige Schäden bringen: Ermattung der Widerstandsfähigkeit gegen die lauernden Gewalten des Niederganges, Arbeitslosigkeits, Gleichgültigkeit und andere Arten innerer stiller Zerstörung.

Im Jahre 1912 sind 388 Kinder zu mehrwöchigem Aufenthalt in Dürrenberg aufgenommen worden. Seitdem das Kinderheim Dürrenberg im Jahre 1908 eröffnet worden ist, konnten im ganzen 2004 Kinder dahin entsendet werden. Sie haben die stärkenden Solbäder genossen, die heilsame Salzluft geatmet und sind kräftig ernährt worden.

Die 388 Kinder aus Leipzig — gemeldet hatten sich 450 —, die wir im Jahre 1912 aufnehmen konnten, kamen in 5 Abteilungen nach Dürrenberg. Jede Abteilung blieb 4 Wochen in der Erholungsstätte. Die 388 Kinder sind 200 Mädchen und 177 Knaben.

Da die Erfahrungen, die wir mit den aus Knaben und Mädchen bestehenden, sogenannten gemischten Abteilungen gemacht haben, gut waren, wurde dieses Verfahren beibehalten. Daß wieder mehr Mädchen als Knaben aufgenommen werden mußten, ist aus mehreren Ursachen zu erklären.

Die Mädchen leiden in der Großstadt im schulpflichtigen Alter ganz besonders unter Einflüssen, die der Gesundheit schädlich sind.

Die Kinder waren während ihres Kuraufenthalts, kleine vorübergehende Leiden abgerechnet, gesund und lernten mit frischen Gesichtern und hellen Augen zu ihren Angehörigen zurück. Keinerlich ließ sich der Erfolg der Kur durch Zunahme an Körpergewicht feststellen. Bedeutsamer aber als diese oft rasch wieder verschwindende Gewichtszunahme ist die Tatsache, daß die Solbäder die Widerstandskraft des Körpers gegen krankheitserregende nachweislich stärkt und das Allgemeinbefinden merklich hebt. Aber wir dürfen auch nicht vergessen, daß durch den, wenn auch kurz bemessenen Aufenthalt in einem Kinderheim eine gesundheitsgemäße Lebensführung den Kindern angewöhnt werden soll.

Es darf nun nicht vergessen werden, daß für jedes Kind 50 M. zu zahlen sind. Wer von den Unbemittelten kann diese Summe zahlen? Genaß gibt es für ganz Arme auch Freistellen, indes ist ihre Zahl außerordentlich gering.

Die Einnahme im Jahre 1912 beträgt 10 250; die Ausgabe 15 054 M., und das Vermögen der Stiftung nach Abzug der Hypothekenschuld 71 400 M.

Eine mihldidte Rechtfertigung. Der Rat der patriotischen Stadt Leipzig gibt über das vertrackte Theaterunternehmen vom Park Meusdorf folgende Darstellung:

In der Angelegenheit der Klagen des Jahrhundert-Festspiele im Park Meusdorf wurde in der letzten Gesamtsitzung über den Sachstand folgendes mitgeteilt:

Der Schauspielunternehmer Klau aus Wien hat am 5. Mai eigenmächtig mit den Aufführungen begonnen ohne vorherige Einlösung des Erlaubnis-scheins, der ihm die Hinterlegung von 20 000 M. als Sicherheit für rückständige Forderungen seines darstellenden und technischen Personals ausgab. Erst nachdem er wiederholt unter Hinweis auf die sonst erfolgende polizeiliche Verhinderung der Vorstellungen gemahnt worden war, hat er 10 000 Kronen = 8482 M. auf die geforderte Sicherheit eingezahlt. Als Klau eine letzte Frist zur Einzahlung des Restes gestellt wurde, reiste er ab. Sein Personal forderte die Auszahlung der fälligen Löhne und Lohnforderungen aus den hinterlegten 8482 M. Da das Personal sich trotz aller Ermahnungen des Rats nicht einigen konnte über den Kreis der Berechtigten und der dem einzelnen zustehenden Forderung, wurde vom Rat gemäß § 853 der Zivilprozessordnung der § 372 des Bürgerlichen Gesetzbuchs die gerichtliche Hinterlegung der umstrittenen Summe angeordnet. Ehe die Hinterlegung erfolgte, wurden zwei aus Berlin hier eingetrossene Vertreter der Deutschen Bühnengesellschaft vorgestellt. Der Vorsitzende erklärte, er werde in die Auszahlung einiger 1000 Mark willigen, wenn die beiden Vertreter der Bühnengesellschaft hofierten für alle Regressansprüche, die dem Rat resp. dessen Vorsitzenden aus der Herausgabe entstehen könnten. Dies haben die beiden Herren abgelehnt und damit durch die Praxis bewiesen, daß sie im Gegenzug zu ihren Rechtsansprüchen auch schon eine teilweise Auszahlung des hinterlegten Betrags an die streitenden Interessenten für gefährlich hielten. Letztere haben dann Beschwerde bei der Kgl. Kreishauptmannschaft eingelegt und haben sich gleichzeitig auf deren Zureden und unter dem Druck der drohenden Hinterlegung in der Hauptsache geeinigt, was sie ebensovort schon vor Wochen hätten tun können. Dann würden sie ihr Geld längst gehabt haben. Erlaubnis-schein ist Klau niemals ausgedrückt gewesen.

Daß Klau Vorstellungen der Jahrhundertfestspiele aufgeführt hat, ohne die von der Kreishauptmannschaft geforderten 20 000 M. als Sicherheit voll hinterlegt zu haben, gibt der Rat nun zu; er behauptet aber, es sei ohne Erlaubnis-schein gespielt worden. Dieses Eingeständnis macht die Sache für den Rat nur um so schlimmer. Klau hinterlegt kaum die Hälfte der Sicherheitssumme, läßt aber ruhig drauffspielen, und der Rat begnügt sich derweil mit der Drohung, daß er ihm die Wade schliessen werde, wenn er seine Sicherheitssumme nicht voll einzahlt. Herr Klau verschwindet dann bei Nacht und Nebel, sein Personal in der größten Not zurücklassend. Und da dieses sich nach der Darstellung des Rats über keine Ansprüche nicht einigen konnte, erhielt es vorläufig gar nichts, die Summe wurde auf dem Amtsgericht hinterlegt. Hier ist wieder einmal ein Fall, der so überzeugend wie möglich die Unfähigkeit des Gewerbeamtbezerenten zeigt. Daß das Gewerbeamt vielleicht beide Augen zugedrückt, weil es sich um ein patriotisches Festspiel handelt, Leipzig wird jetzt durch seine Theaterkandale berühmter als durch jede andre Leistung.

Schwurgericht. Die Hauptverhandlungen des Schwurgerichts in der vierten Sitzungsperiode beginnen Donnerstag, 3. Juli, vormittags 10 Uhr. Es wird verhandelt gegen den Agent Franz Joseph Romanus Neubert aus Jößstadt wegen Meineids, nachmittags 3 Uhr gegen den Hausdiener Alois Senz aus GutsMuths wegen versuchten Mordanschlags und einer Uebertretung, nachmittags 4 Uhr gegen den Buchdruckerlehrling Artur Franz Köhler aus Leipzig wegen Zeugenmeineids. — Freitag, 4. Juli, vormittags 10 Uhr, Fortsetzung der Hauptverhandlung gegen Köhler. — Montag, 7. Juli, vormittags 10 Uhr, gegen den Agenten Alfred Baum aus Pul wegen Zeugenmeineids, nachmittags 1/4 Uhr, gegen den Arbeiter Stanislaus Dybek aus Wernsdorf wegen Straßenaufwech, nachmittags 5 Uhr, gegen den Arbeiter Wladislaus Przewozniak aus Bogulowice wegen Zeugenmeineids und gegen die Gärtnersehefrau Emilie Marie Kottig geb. Kummer aus Suhl wegen Anstiftung zum Zeugenmeineid. — Dienstag, 8. Juli, vormittags 10 Uhr, Fortsetzung der Hauptverhandlung gegen Przewozniak und die Kottig, Donnerstag, 10. Juli, vormittags 10 Uhr, gegen den Arbeiter Friedrich Emil Diehe aus Wernsdorf wegen versuchten Mordes und versuchten Straßenaufwech, nachmittags 3 Uhr gegen den Uhrmachergehilfen Paul Felix Richter aus Witterfeld wegen Diebstahl und Straßenaufwech, nachmittags 5 Uhr, gegen den Arbeiter Joseph Kaczmarek aus Dombrowa wegen Betrugs und Anstiftung zum Zeugenmeineid und gegen den Arbeiter Jan Rosinski aus Lutnow wegen Zeugenmeineids und Beihilfe zum Betrug. — Freitag, 11. Juli, vormittags 10 Uhr, Fortsetzung der Hauptverhandlung gegen Kaczmarek und Rosinski. — Dienstag, 15. Juli, vormittags 10 Uhr, gegen den Fleischermeister Gustav Edwin Lasch aus Wernsdorf wegen Mordanschlag.

Den Vorsitz führt Landgerichtsdirektor Dr. Mahn.

Internationale Bauach-Ausstellung.

Sonderzüge von Wien zum Besuch der Internationalen Bauach-Ausstellung. Am 12. Juli und am 4. August werden Sonderzüge von Wien nach Leipzig und zurück eingelegt werden, für die Fahrpreise ganz bedeutend herabgesetzt sind.

Sport- und Körperpflege.

Die freie Turnerschaft Leipzig und Umgebung hatte bei ihrem am Sonntag abgehaltenen 17. Bezirksturnfest stark unter der Ungunst der Witterung zu leiden. Nachdem am Sonnabend der Kommerz im Goldenen Inter, L. Müllern, einen guten Verlauf genommen hatte, sollte am Sonntag ein reichhaltiges Turnprogramm abgewickelt werden. Es konnte wegen des anhaltenden Regens nur zum Teil erfüllt werden. Um 8 Uhr morgens traten 18 Mägen zum vollständigen Abwechslungsprogramm an, das einige bemerkenswerte Einzelleistungen brachte. Im 100-Meter-Lauf waren 12 1/2 Sekunden und im Dreisprung 10,85 Meter das Beste. Anschließend hieran traten 18 Turnerinnen zu einem vollständigen Dreikampf an. Bester Kugelstoß (5 Kilogramm): 6,05 Meter; bester 50-Meter-Lauf: 7 1/2 Sekunden. Der übrige Teil des Vormittagsprogramms, Geräteturnen und Wettspiele, mußte ausgesetzt werden.

Am 11 Uhr vormittags fand ein Fußballwettspiel Gohlis-Dresden statt, das mit 3:1 für Gohlis endete. Der Festzug vereinigte um 2 Uhr nachmittag etwa 3000 Turner und Turnerinnen. Nach dem Eintreffen des Zuges auf dem Festplatz führten 1000 Schüler und Schülerinnen Flaggenübungen vor, die bei dem Publikum großen Anklang fanden. Im strömenden Regen führten dann rund 1000 Turner die allgemeinen Freilübungen vor, die gut klappten, wenn auch die Teilnehmer bis auf die Haut durchgute wurden.

Die Stabübungen der Turnerinnen und Freilübungen der Altersbrigadeturner, ebenso die Sondervorführungen der einzelnen Gruppen konnten nicht stattfinden. Nur die Fußballspieler Müllern I maßen sich von 5 Uhr an mit einer Mannschaft aus Erfurt. Das Spiel endete, bei schlechten Bodenverhältnissen, mit 2:1 für Müllern. Zu bemerken wäre hierzu allerdings, daß ein Tor, das die Erfurter den Müllernschen traten, im letzten Moment abseits gestopft wurde. Am Abend verteilten sich Turner und Gäste auf die einzelnen Festlokale zum Tanz. Wenn das Fest nicht gelungen ist, so ist nur das ausgefüllte schlechte Wetter daran schuld. Alle Vorarbeiten waren so getroffen, daß das Fest bei schönem Wetter eine Demonstration für die freie Turnerschaft werden mußte. Die Einnoherhaft von Müllern hatte durch Schmückung der Häuser ebenfalls ihr Möglichstes getan. O. M.

„Müddige Schafe“ und „stänkrige Böcke“.

Ihr lebt des Wahnes, daß im Hirn von Knechten, Mit denen nach Belieben man geschaltet, Sich eine Meinung von weltweisen Mechten, Ja, der Begriff „Verfassung“ sich entfaltet; Daß er entwickelt sich in klaren Köpfen. Die keinen einzigen Augenblick verloren, Seit sie den Autokraten und den Jüpsen Serviler Schranken daß und Krieg geschworen.

Ihr habt sogar weitaus es gelesen, Und die es schrieben, waren große Richter, So aber ist es keine es gewesen Trotz aller Phrasen hirnverbrannter Dichter. Zeitlessly seid mit Blindheit ihr geschlagen, Und hilflos werdet ihr am Irrtum kleben; Ihr müßt den vierten Friedrich Wilhelm fragen — Das war ein Mann, der kann euch Auskunft geben!

Unmöglich kann man jene Männer ehren, Die zum Phantome der Verfassung standen Und lebenslänglich ihre Bleibungslehren Unwiderleglich, unbesiegt fanden. Sie hatten allerdings das große Messer, Bis sie verachtet und vergessen starben, Doch Friedrich Wilhelm Rex, der wußt es besser Und hat sie abgemalt mit kräftigen Farben.

Die er als Christ und als Monarch durchschaute, Die icils vornimmt er fand und teils verwildert, Vor denen ihm in tiefster Seele graute, Er hat sie meisterhaft und knapp geschildert. Die ohne Dank für die Verfassung lachten Und notfalls mit der Waffe für sie finkten, Sind „räudige Schafe“, steht sie auf der Rechten, „stänkrige Böcke“ aber auf der Linken.

W. H.

Polizeinachtichten.

Jopfabshneider? Einem 11jährigen Schulfädchen ist gestern vormittag in der Elisenstraße ein Teil des Haarjopfes abgeschnitten worden. Als Täter kommt ein etwa 20 Jahre alter Mann in Frage, der mittelgroß, bartlos und von schmächtiger Gestalt ist und gelocktes Haar hat. Bekleidet war er mit braunem Jackettanzug, braunem weichen Filzhut. Umgefragt und schwarzem Schilpp. Offenbar hatte er die Absicht, den ganzen Jopfabshneider, er ist hieran aber durch das Hinzukommen eines andern Mädchens gehindert worden. Nähere Hinweise auf den Menschen sind der Kriminalabteilung sehr erwünscht.

Feuer wurde gestern vormittag aus einem Hause in der Lützowstraße gemeldet. Die herbeigerufene Feuerwehr brauchte jedoch nicht einzugreifen, da sich herausstellte, daß eine Bewohnerin Fleisch im Ofen verbrannt und dadurch eine starke Rauchentwicklung herbeigeführt hatte.

Ausgesetzter Knabe. Der Knabe, der am 15. Juni als verlaufen der Polizeiwache in Stötteritz zugeführt worden ist, ist jetzt als der Sohn einer Dienstmagd aus dem Altenburger erkannt worden. Die Mutter hatte hier versucht, das Kind auf offener Straße auszuheilen.

Eine Scheibe durchschossen. Am 15. Juni früh in der siebenten Stunde ist in einem Grundstück am Mohlpfad ein großes Fenster im Werte von 200 Mk. von einem Unbekannten mit einem Revolver durchschossen worden. Wie die Nachforschungen ergeben haben, ist in einem in der Nähe befindlichen Lokal ein Mann, anscheinend ein polnischer Student, mit mehreren Gästen in Streit geraten und hat, als er auf die Straße gesetzt worden war, aus einem Revolver einen Schrotschuß abgegeben. Der betreffende Student ist 22 bis 24 Jahre alt, etwa 1,70 Meter groß, hat schwarzes Haar, Bartansatz und trug braunen Anzug und grauen Filzhut. Was zur Ermittlung dieses Mannes dienen kann, wolle man der Kriminalabteilung mitteilen.

Auf der Straße erkrankt. Eine 55 Jahre alte, in L.-Neustadt wohnhafte Hausbesitzerin erkrankte gestern in der Liebigstraße einen Schlaganfall. Sie wurde mit dem Rettungsautomobil ins Krankenhaus gebracht.

Zuwelendiebstahl. Nach einem bei der Kriminalabteilung eingegangenen Telegramm sind in vergangener Nacht in Breslau aus einem Juwelergeschäft goldene Uhren, Ringe, Armbänder und Krawattennadeln im Werte von mehr als 15 000 Mk. gestohlen worden. Die Täter sind vom Keller aus durch den Fußboden in den Laden gelangt. Einzelheiten sind noch nicht bekannt.

Straßenunfälle. In der Wintergartenstraße glitt gestern nachmittags ein 20jähriger Sattler mit dem Fahrrad an einer Straßeneinbahnlinie ab und stürzte hin. Unglücklicherweise fiel er dabei vor die Pferde eines Postwagens und wurde von den Hufen des einen Tieres verletzt. Man brachte den Verunglückten ins Krankenhaus. In der Bayerischen Straße wurde eine 60 Jahre alte Frau aus der hohen Straße von einem Kraftwagen umgerissen. Da sie anscheinend innere Verletzungen erlitten hatte, wurde sie nach ihrer Wohnung gebracht.

Eine 22jährige Kontoristin wurde in der Kaiser-Wilhelm-Straße ebenfalls von einem Automobil umgefahren und scheint dabei eine Gehirnerschütterung erlitten zu haben.

Einen Selbstmordversuch durch Erhängen machte gestern in der Wohnung seiner Geliebten im Ostviertel ein 22 Jahre alter Steinbruder. Er wurde jedoch noch rechtzeitig abgegeschnitten, und da er sich bald wieder erholt, nach seiner Wohnung gebracht. Ein Wust mit seiner Geliebten soll der Grund zur Tat gewesen sein.

Wurstdiebstahl. In der Nacht zum 27. d. M. sind einem Produktenhändler in Lindenau aus dem Geschäft 10 Jervelatwürste gestohlen worden. Als Täter kommt ein unbekannter Mann im Alter von 35-40 Jahren in Verbaht, der etwa 1,72 m groß ist, dunklen Schnurrbart hat und graue Sportmütze sowie blaue Leinwandshorts trug. Dieser hat einige Tage vorher unter verdächtigen Umständen in dem betreffenden Hause nach der Wohnung des Produktenhändlers gefragt.

Auswandererbetrüger. Unter dem Namen Freiherr v. Lürthheim und Enrique Blau suchte in letzter Zeit der 47 Jahre alte, jetzige Kaufmann Hugo Sp. junge Leute als Kasseher für eine Tabak- und Kaffeepflanzung nach Mittelamerika anzumerben. Dabei kam es ihm aber nur darauf an, die mit ihm in Verbindung tretenden Personen um 300 Mk. zu erleichtern, die angeblich als Kaution zu stellen waren. Bei dem Versuch, eines seiner Opfer zum Vertragsabschluss zu bewegen, wurde der schon einmal bestrafte angebl. Freiherr im Wartesaal des Hauptbahnhofes festgenommen. Nach Lage der Sache steht zu vermuten, daß er sein Betrugsmandat noch öfter ausgeführt hat, als bisher bekannt geworden. Beschädigte wollen sich darum umgehend bei der Kriminalabteilung melden.

Leidenschaftlicher in die Hände geraten. Einem angetrunkenen Manne sind am Sonntag früh auf dem Wege von der Freiheitsgasse nach Entlich eine schwarze Stahl-Remontuhr mit schwerer goldener Panzerkette und das Portemonnaie mit etwa 30 Mk. gestohlen worden. Dem Bestohlenen sind die Verhältnisse wahrscheinlich wegenommen worden, als er auf einer Promenadenbank gesessen hat, denn die hintere Hosentasche, worin sich das Portemonnaie befand, ist aufgeschnitten worden.

Im Keller verhaftet. In vergangener Nacht machte ein Wächter der Wach- und Schließgesellschaft an einem Grundstück des Brühls die Wahrnehmung, daß dort eine Tür nicht ordnungsgemäß verschlossen war. Da ihm die Sache verdächtig vorkam, teilte er dies

sofort der Polizei mit, die das ganze Grundstück sorgfältig absuchte. In den frühen Morgenstunden fand man schließlich zwei Männer im Keller verhaftet vor, die den Anschein zu erwecken suchten, als ob sie dort nur geschlafen hätten. Die beiden verdächtigen Gestalten, ein 31 Jahre alter Schlosser aus Dresden und ein 33jähriger Arbeiter aus Meissen, wurden einstweilen verhaftet und, da die weiteren Erörterungen ergaben, daß in der fraglichen Nacht in einer in dem Grundstück befindlichen Rauchwarenhandlung eingebrochen worden war, in Haft gehalten. Der eine der Einbrecher wird von Dresden aus festlich verhaftet, da er dort noch eine Strafe zu verbüßen hat. Die inzwischen festgestellt worden ist, sind in dem Rauchwarengeschäft neben einem Gelbbetrage verschiedene Sachen gestohlen worden, die im Besitze der Festgenommenen gefunden wurden.

Auf dem Deltziger Jahrmarsch verhaftet wurden am 27. Juni zwei berüchtigte Taschendiebe. Es sind der wegen Taschendiebstahls wiederholt bestrafte Arbeiter Fritz Arno Jäger von hier und der Arbeiter Karl Oswald Schröder aus Crimmitschau. Bei Jäger wurden außer einem erheblichen Gelbbetrage zwei Leihhauscheine gefunden, nach denen er eine längliche goldene Brosche mit einem hochgehakten, rechts und links von Diamanten umgebenen Saphir und eine schwere goldene Herrensavonnetremontuhr mit der Nummer 814941 verhaftet hat. Die letzte 4 scheint erst später aus einer 3 geändert worden zu sein. Da der Verhaftete über die Herkunft dieser verpfändeten Gegenstände unglaubliche Angaben macht, werden die Eigentümer ersucht, sich bei der Kriminalpolizei zu melden.

Einbrecher verhaftet. Vergangenen Sonnabend war in eine Wohnung in der Turnerstraße eingebrochen und daraus eine große Anzahl Kleidungsstücke und Schmuckgegenstände gestohlen worden. Bei den polizeilichen Erörterungen wurde der Dieb in einem vielfach bestrafte 25 Jahre alten Arbeiter aus Bamberg ermittelt, der bald darauf in einer hiesigen Herberge verhaftet wurde. Die gestohlenen Gegenstände hatte er durch einen 19 Jahre alten Hausdiener aus Sonneberg und einem 50jährigen Puffetier aus Annenhof zu Gelde machen lassen. Diese wurden ebenfalls in Haft genommen und an die Staatsanwaltschaft abgeliefert.

Gerichtssaal.

Landgericht.

Unglückliche Ehe. Frau Agnes Florentine Winter in Amnitz beschuldigt ihren Mann, den Dachdecker Otto Franz Winter, daß er nicht genügend für seine Familie gesorgt habe. Aus diesem Grunde habe sie sich in drei Fällen des Diebstahls schuldig gemacht, indem sie dem Arbeiter H. zweimal 10 Mk. und dem Arbeiter E. 20 Mk. weggenommen habe. Die Frau war nach dem Verdict rückfällig, denn sie ist schon ein paarmal wegen Diebstahls bestraft. Der Mann war gleichzeitig angeklagt, seine Frau mit Erschießen bedroht zu haben, indem er am 2. Mai mit einem Teshing in der Hand seiner Frau zurief: „Du gottverdammter Hund, wenn Du nicht gleich machst, daß Du runterkommst, so schieß ich Dich in den Anst.“ Die Frau erzählt, ihr Mann sei oft betrunken gewesen und habe ihr fortwährend gedroht, so daß sie schon keine Angst mehr vor ihm gehabt habe. Er habe sie auch schon aufgefordert, ins Wasser zu gehen. Als am 2. Mai ihr Mann mit dem Teshing drohte, hat sie sich aber doch mit den Kindern entfernt und ist zum Gemeindevorstand gegangen, weil sie nicht mehr mit ihrem Mann zusammen leben wollte. Ihr Mann habe auch geschossen, aber auf sie habe er nicht gezielt. Der Mann hinwiderum stellt die Sache etwas anders dar. Er habe seiner Frau Vormürie gemacht, daß sie kein Mittagessen gekocht, sondern sich bei einer Bekannten in Leipzig aufgehalten habe. Er will aber seine Frau absolut nicht bedroht haben. Das Teshing habe er mitgebracht, um auf Ratten zu schießen. Den Schuß habe er zur Übung abgegeben, indem er sich ein Ziel an die Wand gemalt habe. Seine Frau habe ihn nur aus Rache angezettelt, weil sie fürchtete, er werde sie wegen Diebstahls anklagen. Das Gericht verurteilte die Frau wegen der drei Diebstahle zu einem Jahr Gefängnis, den Mann wegen Bedrohung, unerlaubten Schießens und unerlaubten Waffentragens zu vier Monaten Gefängnis.

Schöffengericht.

Das Schicksal eines Arztes. In einer Verleumdungsklage des früheren Kreisarztes Dr. Paul Weisgerber in Lauterbach gegen den Rechtsanwalt Dr. Uhlmann in Leipzig wurden interne Familienverhältnisse erörtert, die insofern öffentliches Interesse erwecken, als es sich dabei um ein Entmündigungsverfahren des Sohnes des Klägers, des Dr. med. Fritz Weisgerber, gegen seinen Vater handelte. Der Sohn beabsichtigte, seine Erbansprüche sicher zu stellen; er begünstigte den Vater der Geisteschwäche, und beantragte, ihn unter Vormundschaft zu stellen. Vorübergehend ist ihm dies auch gelungen, es stellte sich aber heraus, daß der alte Herr sein Vermögen mütterlich verwaltet hatte, und daß auch von Geisteschwäche keine Rede sein konnte, nur Querulantenstucht soll vorhanden sein. Der alte Herr hat vor einigen Jahren einen Eisenbahnzusammenstoß mit erlebt. Er führte mit dem Staatsklub einen langwierigen Entschädigungsprozess; durch dieses Verfahren, das zu seinen Ungunsten ausfiel, soll er zum Querulanten geworden sein. Das Verhältnis zwischen Vater und Sohn ist immer schlechter geworden und schließlich in

offenen Haß ausgeartet. Der alte Herr beschuldigt seinen Sohn, daß er sich bei seiner Wirkstätigkeit hypochondrisch angestellt habe, und daß der Sohn auf dieser Basis geistig gelitten habe. Die Wirkstätigkeit habe ihm, den Vater, mit Erpressungen verfolgt und habe ihm erzählt, der Sohn habe eine Abreibung der Leibesfrucht an ihn vorgenommen. Um sich vor der Erpresserin und seinem Sohn zu schützen, habe er beide angezeigt. Es ist auch Untersuchung eingeleitet, aber das Verfahren ist eingestellt worden. Professor Answanger in Jena hat zwei Gutachten über Dr. W. sen. abgegeben. In dem ersten Gutachten erklärt er Dr. W. für geisteskrank und für einen Querulanten. Dies sei auf den Eisenbahnunfall zurückzuführen, der eine traumatische Alteration herbeigeführt habe. Dieses Gutachten bekämpfte Dr. W. sen. In einem zweiten Gutachten hat Prof. Answanger seine Ansicht geändert und gesagt, daß Dr. W., der jetzt noch Studium treibt, als geistig gesund anzusehen sei, wenn seine persönlichen Verhältnisse dabei nicht in Frage kommen. Er sei auch befähigt, sein Vermögen zu verwalten. Der Entmündigungsantrag ist daraufhin abgelehnt worden. Dr. Weisgerber hat sich nunmehr durch seinen Rechtsanwalt Dr. Uhlmann abermals einen Entmündigungsantrag gegen den Vater beim Amtsgericht in Jena ausstellen lassen. Diese Eingabe nun hat der alte Herr zum Gegenstand einer Verleumdungsklage gegen Rechtsanwalt Dr. U. gemacht, nicht, wie er sagt, um eine Strafe gegen den Rechtsanwalt zu erwirken, sondern um durch gerichtliche Feststellungen einen Prozess unmöglich zu machen, den der Sohn nach dem Tode des Vaters gegen seine Erben aufbringen könnte. Er habe nämlich sein Testament in der Weise geordnet, daß er seiner Vaterpflicht gerecht geworden und für das Alter des Sohnes gesorgt habe. In der inkriminierten Eingabe des Rechtsanwalts Dr. U., der dazu von dem extra aus Ludwigschafen hergereisten Sohn beauftragt worden ist, wird gesagt, es hätten sich erneut Totschlag bezügl. des Geisteszustandes des Dr. W. ergeben. Tag Dr. W. vollständiger Querulant sei, das hätte sich bei einer Verhandlung vor der dritten Strafkammer ergeben, in der Dr. W. als Zeuge gegen seine Wirkstätigkeit, die der verurteilten Erpressung angeklagt war, auftrat. Dr. W. habe die Verhandlungen wiederholt gestört, so daß ihm von einem beizuhaltenden Richter mit Hinastücken gedroht worden sei. In dieser Verhandlung habe Dr. W. auch das Gutachten des Professors Answanger als eine medizinische Schwindelei bezeichnet. Er versuche seinen Sohn als einen Weineidigen an den Pranger zu stellen. Landgerichtsdirektor Dr. Eröck, der diese Verhandlung geleitet hatte, erklärte, daß Dr. W. allerdings sehr erregt gewesen sei, aber ungebührlich habe er sich nicht benommen, sondern er habe wahrscheinlich nur aus spontaner Erregung gehandelt. Landgerichtsrat v. Sommerlatt, der dem Dr. W. mit Hinastücken gedroht habe, kann sich darauf nicht mehr befinden, er gibt aber die Möglichkeit zu.

Auch der zweite Entmündigungsantrag gegen Dr. W. sen. ist abgelehnt worden. Schließlich zog Dr. W. seine Klage gegen Rechtsanwalt Dr. U. zurück.

Theaternachrichten.

Neues Theater. Mittwoch, 7 Uhr: Cavalleria rusticana; Der Bajazzo. Donnerstag, 7 Uhr: Die Gefährtin; Elga. Freitag, 7 Uhr: Die Königskinder. Sonnabend, 7 Uhr: Der Troubadour. Sonntag, 7 Uhr: Die Dogenotter. Montag, 7 Uhr: Graf Papi. — **Altes Theater.** Mittwoch, 8 Uhr: Professor Bernhardt. Donnerstag, 8 Uhr: Martha (18. vollständige Vorstellung). Freitag, 8 Uhr: Graf Papi. Sonnabend, 8 Uhr: Die fünf Frankfurter. Sonntag, 8 Uhr: Professor Bernhardt. Montag geschlossen. — **Operetten-Theater.** Geschlossen.

Baltentberg-Theater. Mittwoch: Die Schuld einer Mutter (Uraufführung). Donnerstag: Die drei Schwestern Rindolf. Freitag: Die Schuld einer Mutter. Sonnabend, Sonntag: Die Waise aus Sawood. Montag: Die Schuld einer Mutter.

Erwerbt das Bürgerrecht.

Für Qualitäts-Raucher nur



die vorzügliche 3 Pfg. Cigarette

Nie wiederkehrende Kaufgelegenheit!

Unser sensationell billiger beginnt am **1. Juli**

Grosser Saison-Räumungsverkauf

Den augenblicklichen Zeitverhältnissen Rechnung tragend, haben wir uns entschlossen, unsere gesamten Lagerbestände — während dieses einmaligen Räumungsverkaufes — mit ganz enormen Verlusten anzubieten, um besonders sämtliche älteren Bestände gänzlich zu räumen.

Wir ermässigen auf unsere Preise A: für sämtliche Konfektion aus letzter Saison = 20% Rabatt!
Wir ermässigen auf unsere Preise B: für Lüster- und waschbare Sommer-Konfektion = 20% Rabatt!
Wir ermässigen auf unsere Preise C: für Konfektion aus letzter Winter-Saison = 25% Rabatt!
Wir ermässigen auf unsere Preise D: für Konfektion aller alt. Bestände (mit 2xbl. Krouz a. d. Etikette kenntl. 30-50% Rabatt!

Ferner empfehlen wir als ganz besonders preiswert:

- 1 Posten Herren-Anzüge jetzt nur Mk. 9.50
- 1 Posten Herren-Paletots u. -Ulster jetzt nur Mk. 8.25
- 1 Posten Herren-Beinkleider jetzt nur Mk. 1.70 bis 6.80 früherer Preis Mk. 3.20 bis 15.00
- 1 Posten Fantasie-Westen jetzt nur Mk. 2.70, früh. Preis Mk. 5.50 bis 11.00. Gürtelwesten, Sportgürtel Herren-Hüte, Stroh-Hüte Panama-Hüte ganz besond. preiswert
- 1 Post. Herren-Gehrock-, Smoking- und Frack-Anzüge jetzt nur Mk. 24-52
- 1 Posten Gehrock-Anzüge in Burschungsgröße jetzt nur Mk. 16.50 früherer Preis Mk. 32.— bis 56.—
- 1 Posten Jackett-Anzüge für Jünglinge und Schüler jetzt nur von Mk. 8 1/2 bis 27.— früherer Preis Mk. 22.— bis 48.—
- 1 Posten Herren-Sport-Anzüge mit Breeches, Manschetten oder langen Hosen, von Mk. 14.25 bis 38.—
- Stutzen • Rucksäcke • Gamaschen
- Während dieses Räumungsverkaufes tritt gleichzeitig für Anfertigung nach Maass eine wesentliche Preisermässigung ein.
- 1 Posten Sommer-Loden-Joppen wasserdicht, von Mk. 1.90 an
- 1 Posten Loden-Joppen für Schüler u. Knaben, von Mk. 1.40 an
- Knaben-Wasch-Anzüge, Wasch-Blusen, Sport-Hemden, blaue und weisse Satin-Hosen ganz besonders im Preise ermässigt.
- Ferner empfehlen wir solange Vorrat vorhanden:
1 Posten elegante Knaben-Stoffanzüge aus letzter Saison, jetzt nur Mk. 2.75 bis 9.00, früh. Preis Mk. 5.50 bis 28.00
1 Posten weisse Knabenanzüge aus reinwoll. Cheviot, jetzt nur Mk. 5.80 und 7.20, früh. Preis Mk. 12.50 bis 27.00
1 Posten waschbare Knabenschulanzüge (hochgeschlossen) jetzt nur Mk. 1.40 und 3.20, früh. Preis Mk. 4.25 bis 8.50
1 Posten Knaben-Sportpaletot, Byjacks und Ulster jetzt nur Mk. 3.80, früh. Preis Mk. 5.75 bis 26.00

Infolge der wesentlich niedrigeren Geschäftspesen im Vergleich zur inneren Stadt bieten wir bei gleich grosser Auswahl ganz bedeutende Vorteile im Einkauf.

Erstes Modenhaus Gebrüder Rockmann Inhaber: **Gottfr. Hühne**

nur **Leipzig-Reudnitz**
Dresdner Strasse 73-75
Strassenbahn-Haltestelle: **Reudnitz, Depot**
(7 Minuten vom Augustusplatz R und K)

Ignaz Jelineks unfreiwilliger Heldentod.

Diese ganze Geschichte hat sich nur begeben, weil der Professor Meinold an der Realschule in Bockowitz, Mähren, dem Ignaz Jelinek nicht gewogen war und ihn bei der Nachprüfung in Naturgeschichte durchfallen ließ.

Als er erfuhr, daß er zum Kaiserjäger in der südtirolischen Garnison Miva andersehen sei, hatte er noch ganz unklare Vorstellungen von den Dingen, die seiner warteten.

Jedoch erfüllten Miva und die vierte Kompanie des dritten Kaiserjägerbataillons keineswegs die Hoffnungen, die Ignaz Jelinek in sie gesetzt hatte. Schon die Abrichtungzeit brachte seinem nicht schweißlichen, aber feinerlei Anstrengungen gewöhnten Körper viel Mühsal und Unannehmlichkeiten.

Dort fand Jelinek, kurz bevor er seinen letzten Feindesfeind wechseln mußte, ein heftigste Unterkommen als deutscher Korrespondent bei „Giarelli Ascoli, mercii coloniali“.

Schon lange hatte Ignaz Jelinek schwer darunter gelitten, daß er in sein Vaterland nicht zurückkehren konnte. Darum wäre er gern italienischer Staatsbürger geworden.

Die Karawane war von Glück begünstigt. Mit Hilfe notdürftiger Landkarten und eines geschickten Dolmetschers fanden sie den Weg gerade zu den Stämmen, die am meisten Kaufschulden gerundet und den größten Bedarf an Messingringen, Glasperlen und bedruckten Statuen hatten.

losigkeit zugesichert. Und wenn Jelinek ein Herz für seine armen alten Eltern hätte, sollte er gleich zurückkommen und seinen Jugendreich gutmachen.

In der Nacht, die darauf folgte, tat Ignaz Jelinek kein Auge zu, und am Morgen gab er seinen Leuten den Befehl, sich rüstfertig zu machen.

Eines freilich hatte der Herr der Karawane übersehen: daß es auch in jenen wilden und von andern europäischen Einrichtungen ganz unberührten Landstrichen etwas gibt wie eine Staatsgewalt.

Was weiter Ignaz Jelineks Schicksal gewesen, ist nie so recht aus Tageslicht gekommen. Denn die Verhandlung vor dem Militärgerichtshof in Dama mußte in Abwesenheit des auf dem Transport verstorbenen Delinquenten durchgeführt werden.

Aus den Berichten über die englische Parlamentsdebatte erfährt endlich auch Frau Jelinek — ihr Gatte war längst schon gestorben — von dem traurigen Ende ihres Ignaz und von den großen Reichstümern, die er, freilich nur sehr vorübergehend, besessen hatte.

Lebewesen in und am Menschen.

II.

Von bedeutend größerem Einfluß auf den Körper sind, wenn man von den Bakterien ganz abliest, die Parasiten aus der Klasse der Würmer.

Am wenigsten bekannt sind beim Menschen einige Vertreter der Familie der Saugwürmer oder Trematoden. Da sind vor allem zwei kleine Saugwürmer zu nennen, die in der Gallenblase haufen und als Distomum hepaticum und Distomum saccolatum bezeichnet werden.

Weit zahlreicher als die Saugwürmer sind die Nematoden oder Rundwürmer am menschlichen Körper vertreten. Sie gehören zu ihnen die weit verbreiteten Spul- und Madenwürmer und die gefährliche Trikinie.

Eigenschaft, die sie mit den Bandwürmern gemeinsam haben, ist jedoch die, daß die meisten von ihnen zu ihrer vollkommenen Entwicklung zweier verschiedener Wirte bedürfen, auf denen sie schlüpfen.

Am weitesten sind von ihnen der Spulwurm (Ascaris lumbricoidea) und der Madenwurm (Oxyuris vermicularis) verbreitet. Beide gehen aus Eiern hervor und machen ihre ganze Entwicklung in einem Wirt durch.

Zwei ebenfalls ungefährliche Vertreter der Mundwürmer sind die beiden unter den wissenschaftlichen Namen Rhobditis genitalis und Rhobditis stercoralis bekannten Parasiten.

Ein höchst gefährlicher Eingeweidewurm ist jedoch der Grabenwurm, Ascopholoma duobonale. Er ist der Verursacher der sogenannten Grabenkrankheit, die bei Vergleuten, Tunnelarbeitern und Ziegelbrennern häufig vorkommt und bei uns in Deutschland besonders im westfälischen Kohlenrevier epidemisch auftritt.

Es wurde festgestellt, daß der Grabenwurm ursprünglich in Ägypten heimisch ist, wo ein Viertel der gesamten Bevölkerung von ihm befallen sein soll. Von dort aus ist er nach Italien verschleppt worden und von Italien durch die überall verbreiteten italienischen Arbeiter, die besonders zu Erdarbeiten, also Tunnelbau, Bergbau und Ziegelbrennen, verwendet werden, auch zu uns.

Die Verbreitung der Grabenkrankheit, die sich durch die Injektion bereits wieder Eier ablegen kann. In welcher ungeheuren Masse dies geschieht, zeigt eine Untersuchung Leichtensterns, der 400 000 Stück in einer Entleerung von 200 Gramm Gewicht zählte.

Gefäßform geschaffen, die die Epidemien bedeutend eingedämmt haben und in allgemeiner Sauberkeitsmaßregeln bestehen, die vor allem eine Verunreinigung an den Arbeitsstätten streng unterlagern. Da die Arbeiter, besonders die italienischen, trotz hoher Strafen den beschrieblichen Vorschriften wenig Verständnis entgegenbringen und die Sauberkeit eine Tugend ist, die nicht einem jeden anerkennen ist, so ist diese Krankheit noch immer ziemlich verbreitet. Selbstverständlich verlangt das Gesetz auch vom Arbeitgeber geeignete Maßnahmen, so vor allem Schaffung zweckmäßiger Abortanlagen, sowie guter Wasch- und Trinkwasserbereitungen.

Dem Grubenwurm an Gefährlichkeit ebenbürtig sind zwei andre Nematoden, die aber nur in den Tropen vorkommen. Der eine ist ein Parasit des Blutes, der infolgedessen den wissenschaftlichen Namen Filaria sanguinis hominis (Menschenblutwurm) trägt. Er ist bisher nur in Indien, China und Brasilien beobachtet worden und wird durch Moskitos übertragen. Sein winziger Embryo erscheint in ungeheuren Massen im Blute, und zwar besonders bei Nacht und erzeugt schwere Nierenkrankheiten; während das ca. 8 Zentimeter lange Nematode sich im Unterhautgewebe aufhält und dort Geschwülste hervorruft. Der andre, der Medina- oder Guineawurm (Filaria medinensis) lebt ebenfalls in der Haut, die er in entzündlichen Zustand versetzt, besonders im Unterhautbindegewebe und kann eine Länge von 1 Meter erreichen.

Das heimtückischste von all diesem Gevürm ist jedoch die Trichine, Trichina spiralis, die fast über die ganze Welt verbreitet ist. Die Trichine hat in früheren Zeiten schwere Epidemien hervorgerufen, denen die Ärzte hilflos gegenüberstanden, da ihnen die Ursache nicht bekannt war, bis 1835 ein Student, und zwar ein Schüler Owens, beim Präparieren von Reichtieren das Tier im Muskelfleisch fand. Owens, der es dann weiter erforschte, nannte es wegen seiner spiralförmigen Form Trichina spiralis. Später, als dann die amtliche Fleischschau eingeführt wurde, ließen die Trichinosepidemien nach, und heute gehören sie zu den Seltenheiten. Ja selbst unter den zur Untersuchung gelangenden Schweinen sind sie so spärlich geworden, daß man oft unter 300 000 Stück nicht ein einziges trichinöses Tier findet. Die ganze Entwicklung der Trichine ist von der der andern Nematoden deutlich unterschieden und besonders dadurch charakterisiert, daß die Trichine lebendige Junge zur Welt bringt. Infolgedessen ist auch die Invasionsweise, wie auch die ganze Lebensweise eine andre. Träger von Trichinen können außer dem Menschen alle Tiere sein, jedoch kommen dafür besonders das Schwein, die Ratte, die Kaie, der Hund, der Fuchs, der Marder, der Bär und die Maus in Betracht, alles Tiere, die in der Hauptsache von Fleisch leben; denn nur durch den Genuß von trichinienhaltigem Fleisch wird diese übertragen. Für den Menschen handelt es sich also vor allem um das Schwein. Doch werden bekanntlich auch sehr viel Hunde und Katzen, zuweilen auch Zelle von Bären verzehrt. Selbstverständlich kann eine Übertragung nur durch rohes Fleisch erfolgen, da durch das Kochen und Braten alles Leben getötet wird, ein Umstand, der der Verbreitung der Trichine wie auch der noch zu besprechenden Bandwürmer von jeder gewisse Schranken gesetzt hat; denn in der Hauptsache wird das Fleisch ja vom Menschen in gekochtem oder gebratenem Zustand genossen. Was nun die Art der Infektion und den Verbreitung anbelangt, so sei vorausgeschickt, daß die Trichine dem Menschen in zwei Stadien vor Augen tritt, und zwar in der Jugendform als Muskeltrichine und im geschlechtsreifen Zustand als Darmtrichine. Nur die Muskeltrichine ist von Bedeutung und Gefahr. Die Darmtrichine bringt nur ungewöhnliche Beschwerden mit sich. Beim Genuß rohen trichinöses Fleisch gelangt die eingekapselte, geschlechtslose, noch unentwickelte Muskeltrichine in den Magen, wo sie vom Magensaft aus ihrer Kapsel herausgelöst wird und in den Dünndarm auswandert. Nach zwei bis drei Tagen wird sie dort geschlechtsreif, und zwar entwickeln sich sowohl männliche als auch weibliche Tiere. Es erfolgt dann die Begattung. Kurz nach dieser sterben die männlichen Tiere ab, und die weiblichen bringen mit ihrem vorderen Teil in die Darmwand ein, wo sie bereits vom 6. bis 7. Tage nach der Aufnahme an lebendige Junge zu gebären beginnen. In der Zeit von 6 bis 7 Wochen bringen sie ca. 6000 Stück von ungefähr 0,1 Millimeter Länge zur Welt. Dann sterben auch sie ab und werden wahrheitsgemäß mit verdaut. Die junge Brut wandert nun in das Blut ein und gelangt von dort aus, sich über den ganzen Körper verteilend, in das Muskelgewebe, wo sie bereits 14 Tage nach der Invasion gefunden werden. Während dieser Wanderung findet gleichzeitig ein dauerndes Wachstum statt. Im Muskelfleisch sehen sie sich dann fest und beginnen sich von der 5. Woche an einzukapseln mit einer scharf umgrenzten gallertartigen Kapsel, in der das Tier spiralförmig zusammengedrückt liegt. Diese Einkapselung ist mit der 6. Woche beendet. Danach findet eine Ablagerung von Fettzellen statt und vom 3. oder 4. Monat an eine Verkalkung, die in 1 bis 1½ Jahren beendet ist. Das Tier bleibt infolgedessen in dieser Kapsel jahrelang lebensfähig, beim Schwein gegen 11 Jahre, beim Menschen 25 Jahre und darüber. Schließlich geht die Verkalkung auch auf das Tier selbst über, dessen Lebensfähigkeit natürlich dadurch ein Ende findet. Die Kapsel selbst ist ca. 0,4 Millimeter lang und 0,25 Millimeter breit und hat die Form einer Zitrone. Mit bloßem Auge ist sie kaum sichtbar, man bedient sich daher, um auf sie zu fassen, des Mikroskops. Bekanntlich hat die gefesselte Fleischschau einen eigenen Beruf, der gewöhnlich nebenamtlich ist, hervorgegangen, den des Trichinenschauers, der speziell für diesen Zweck ausgebildet und staatlich geprüft wird. Die eingekapselte Form der Trichine, die Muskeltrichine, resp. das unentwickelte Tier, beginnt nun den geschlechtsreifen Entwicklungsgang von neuem, wenn sie mit dem Fleisch in den Magen eines anderen Wirtes gelangt. Am zahlreichsten findet sie sich im Zwerchfell, im Zungen-, Kau-, Riefer-, Kehlkopf-, Augen-, Leber- und Zwischenrippenmuskel, in welchen Teilen sie auch in der Hauptsache vom Trichinenschauger gesucht wird. Ihre Zahl in verletzten Tieren und natürlich auch im Menschen kann ganz ungewöhnlich sein, sind doch in einem Pfunde Muskelfleisch 700 000—750 000 Stück enthalten. Was nun die Krankheitserscheinungen anbelangt, die die Trichine mit sich bringt, so beginnen sie mit leichten Darmreizungen, die in das Entwicklungsstadium des Tieres fallen und demgemäß nur 1 bis 2 Wochen anhalten. Mit dem Wandern der jungen Brut beginnen die schweren Erkrankungen und damit die Gefahr. Durch die Einwanderung in den Muskel werden hochgradige Entzündungen herbeigeführt, die den Gebrauch der Muskeln äußerst erschweren und sogar ganz einschränken können. Erst mit Beginn der Verkapselung, also nach einigen Monaten, treten die Krankheitssymptome zurück, und die Erkrankung kann, falls der Wirtskörper den Angriffen nicht inzwischen erliegen ist, nach vollendeter Abkapselung als überstanden gelten. Häufig man sich die ungeheure bei einer Infektion im Körper befindliche Menge von Muskeltrichinen vor Augen, so kann man sich ein Bild von der Heftigkeit und Gefährlichkeit der Trichinose machen. Der wirksamste Schutz vor Trichinen, sofern nicht die staatliche Fleischschau einen solchen gewährleistet, indem sie die Vernichtung trichinöses Fleisches anordnet, ist die Entschärfung vom Genuß rohen Fleisches, was auch mit im Interesse eines Schubes vor den Bandwürmern liegt, die die letzte Gruppe der zur Besprechung gelangenden menschlichen Parasiten sind.

(Schluß folgt.)

Monatlicher Arbeitskalender für Gartenfreunde.

(Juli.)

Die Früchte unsrer Gemüsegärten und unsrer Obstbäume machen zusehends heran, viele von ihnen sind bereits in das Reife stadium eingetreten: es beginnt die Zeit des frischen Obstes. Die vorzügliche Hausfrau wird sich bereits nach ihren Einmachegläsern umsehen, Erbsengläser besorgen, bei Einkochapparaten besetzte Gummiringe durch neue ersetzen, damit alles wohlbestellt ist, wenn mit dem Einkochen und Einblühen begonnen wird. Das Bestreben, etwas frisches Obst für den Winterbedarf einzumachen, dürfte wohl jede Hausfrau haben, um so mehr, wenn sie die Früchte aus ihrem eigenen Garten ernten kann. Aber auch, wer einen Garten nicht besitzt, sollte es nicht unterlassen, wenigstens ein kleines Quantum

frisches Obst einzumachen. In den Sommermonaten ist das Obst in der Regel so billig, daß wohl bald jede Hausfrau in der Lage ist, etwas davon zum Einmachen zu erwerben.

Die zum Einmachen zu verwendenden Früchte müssen tadellos, frisch gepflückt und reif, jedoch nicht voll- oder gar überreif sein; außerdem ist peinlichste Sauberkeit beim Einmachen Hauptbedingung. Sämtliches dazu nötige Kochgeschirr wie auch die Einmachegläser sind vorher in Sodawasser auszuwaschen. Das hierzu benutzte Kochgeschirr sollte eigentlich nur zum Einkochen bestimmt sein; doch das läßt sich in jedem Haushalt wohl nicht immer einrichten. Kupferkessel oder auch eigens dazu angefertigte ebene Gefäße verdienen den Vorzug; auch kann man zur Not die Emailleöpfe verwenden, doch muß die Emaillierung gut und darf im Innern des Topfes nirgends Emaille abgeprungen sein. Erkalten dürfen die gekochten Früchte in den Metallkäpfen nicht; denn durch die Einwirkung des Metalls würde die frische Farbe der Früchte leiden, und in den Kupferkesseln würde sich Grünspan bilden, der das Einmachende ungenießbar macht. Zum Ein- und Ausfüllen bediene man sich eines silbernen Pöfzels. Sämtliche Zutaten, wie Essig, Zucker, Salz und Gewürz sollen nur bester Qualität sein. Unmittelbar vor dem Füllen müssen die Gläser tüchtig ausgeschwefelt, und während sie noch mit Schwefeldampf gefüllt sind, die Früchte hineingelegt werden. Sodann ist auf die Früchte ein mit gutem Gummi oder Kork getränktes Pergamentpapier zu legen und das Glas mit gleichem Papier, das zuvor in warmem Wasser eingeweicht ist, damit es sich besser um den Glasrand legt, luftdicht zu verschließen. Die gefüllten Gläser sind an einen trockenen, kühlen, dabei gleichmäßige Temperatur haltenden Ort zu stellen und recht oft zu kontrollieren, ob der Inhalt irgendeine Veränderung zeigt. Folgen sich solche verdächtigen Anzeichen, wie Bläschen oder gar Schimmelansätze, so ist der Inhalt der betreffenden Gläser nochmals auszufüllen und bald zu verbrauchen. In den letzten Jahren hat die Frischhaltung der Gemüse durch Sterilisation (Einblühen) in vielen Haushalten Eingang gefunden, und dieses Konservierungsverfahren verdient auch wirklich die Beachtung weitester Volksschichten. Auf unbegrenzte Dauer lassen sich dadurch sämtliche Nahrungsmittel frisch halten, ohne, mit geringen Ausnahmen, auch nur etwas von ihrer natürlichen Frische einzubüßen. Wohl verursacht die Beschaffung des hierzu notwendigen Sterilisationsapparats und der eigens dazu angefertigten Gläser einige Unkosten; doch diese Ausgabe ist nur eine einmalige und steht in keinem Verhältnis zu den Vorteilen, die aus dem Einblühen der verschiedensten Gemüse und Früchte verfließen. Kann die Hausfrau doch dadurch selbst mitten im Winter frischen Blumen-, Kürbis- und Kohlgemüse, jungen Spargel, wie auch grüne Bohnen, junge Erbsen und Karotten, so frisch, als wären sie eben aus dem Garten gepflückt, kurz sämtliches Gemüse und Obst in einer den selbstgeernteten Früchten gleichen Beschaffenheit auf den Tisch bringen. Diese Art der Konservierung kann daher gar nicht dringend genug empfohlen werden. Wer mit dem Einblühen und Einkochen nicht vertraut ist, der beschaue sich das Vorgehen: Die Verwertung und Konservierung des Obstes und der Gemüse von Landwirtschaftsinspektors Bach (Preis 2,80 M.) oder das gleichnamige Buch von R. Burthard (Preis 2,40 M.) oder schließlich das kleine Büchlein von G. Thiem zum Preise von 1,20 M.; sie sind in jeder Parteiluchhandlung zu haben. In diesen Büchern wird das Konservierungsverfahren jeder einzelnen Gemüse- oder Obstart eingehend und in leichtverständlicher Weise besprochen, so daß selbst die Hausfrau, die sich bisher mit dem Einmachen der Gartenfrüchte nicht befaßt, an Hand eines dieser Bücher imstande sein wird, ihre Früchte mit Erfolg zu konservieren.

Im Obstgarten ist mit dem Pinzieren des Fruchtholzes der Fortschrittsbau fortzuführen. Alle diejenigen Triebe, die, weil zu kurz, beim ersten Pinzement nicht gekürzt wurden, werden sich jetzt so weit entwickelt haben, daß auch sie zurückgeschnitten werden können, und zwar in derselben Weise wie die bereits gekürzten Triebe. Die im Juni pinzerten Triebe werden im Laufe dieses Monats aus ihrem obersten Kuge wieder einen neuen Trieb entlassen lassen, an einigen Zweigen wird auch das zweite Kuge austreiben. Diese Triebe sind dann, nachdem sie die Länge von fünfzehn Zentimeter überschritten haben, in der Weise zu kürzen, wie es im Arbeitskalender für Juni ausführlich geschildert ist. Die Leittriebe, die Verlängerungen der Kette tragen, sind, wenn diese schon recht kräftig werden. Bei den Spalierbäumen sind sie sämtlich an das Spaliergerüst anzuhängen; bei den Pyramiden festet man wenigstens die Leittriebe, die nicht die gewünschte Richtung einschlagen. Reichlich mit Früchten behangene Bäume müssen, wo die Kette durch die Schwere der dicke werdenden Früchte aus ihrer natürlichen Lage gedrängt, mit entsprechenden Stützen versehen werden. Abfallendes, von Ostwinden angeflogenes Obst ist nach wie vor aufzulesen und auf früher angegebene Weise unschädlich zu machen. Obst- und Rosenzweige sind zu veredeln. Die die Augen liegenden Edeltriebe müssen gut ausgereift sein und sollten nur fruchtbaren bzw. damit fruchtenden und gesunden Pflanzen entnommen werden.

Im Gemüsegarten werden bereits Erbsen, Karotten, Kohlrabi, Frühkartoffeln usw. geerntet. Die dadurch freierwerdenden Beete sind für eine zweite Bestellung sofort wieder herzurichten. Zu ihrer Düngung verwendet man am besten nährhafte Komposterde oder künstliche Dünger; Stalldung ist nur dann angebracht, wenn er bereits stark verrottet ist. Die Bestellung muß erfolgen, solange die Ackerkrume noch frisch ist, also unmittelbar nach dem Umpflanzen. Für die Kirsche in Betracht kommen: Röhrlauch, Endivien, Karotten, Winterrettich, Schnitt Petersilie, Dill, Fenchel, Mören, Salat usw. und Ende des Monats auch Spinat. Ferner können sie mit Steckrüben, Wälderbohnen, Blumenkohl und Rosenkohl bepflanzt werden. Die besten Beete sind im Interesse einer raschen und gleichmäßigen Entkeimung der Saat gleichmäßig feucht zu halten und durch Bedecken mit Reisig zu beschatten. Der Viehscheiter ist jetzt reichlich zu gießen, um ein schnelles Wachstum zu bewirken. Die Milken werden nach und nach zugesüßt und einige Zeit danach die Reiben angehäufelt; auch der Porree ist in der Weise anzuhäufeln; man erhält dadurch auch besonders gut gelbliche und zarte Stangen. Nhabarber, Artischocken und die Kohlrarten sind mit gut vergorener Jauche oder auch mit Nährsalzen zu düngen. Auch die Entwicklung der Gurken wird durch eine Kopfbildung sehr gefördert, doch ist hier Vorsicht geboten, denn eine zu reichliche, besonders Stickstoffdüngung bricht die Qualität der Früchte herab. Hohe und weiche Essiggurken sind stets eine Folge des zu reichlichen Düngens mit Stickstoffdünger. Die Gewürzkrauter sind, soweit sie im Anfang der Blüte stehen, abzuschneiden und für den Winterbedarf zu trocknen.

Da der Stallung immer sparsamer und teurer wird, bringen die Gartenbauinteressenten in letzter Zeit auch der Grünblünder Interesse entgegen und stellen hier und da auch Versuche damit an, doch meistens ohne Erfolg. Die intensive Bewirtschaftung des Gartens läßt eben die Grünblünder nicht zu. Wollen wir nämlich eine Grünblünder pflanzen vornehmen, so muß die Kussaat der Grünblünderpflanzen spätestens Ende Juli vorgenommen werden; wir müßten also bis dahin den zu düngenden Teil bereits abgeerntet haben. Dadurch würden wir aber einen großen Ernteausfall haben; denn die im Juli frei werdenden Beete lassen sich noch mit den verschiedenen Gemüsen bestellen und bringen uns in der Regel gerade die wertvollsten Spätgemüse für den Winterbedarf.

Die Versuche haben denn auch gezeigt, daß der Vorteil der Grünblünder auch nicht annähernd den Ernteausfall ausgleicht. Solange also Stallung noch zu beschaffen ist, steht man besser von einer Grünblünder ab. Die Grünblünder besteht ja bekanntlich darin, daß man Stickstoff sammelnde Pflanzen, wie wir sie in den Schmetterlingsblühern (Leguminosen) haben, zu denen Lupinen, Geradella, Widen, Erbsen, Bohnen und die verschiedenen Akearten gehören, in den zu düngenden Boden ansäen und im Spätherbst, frühestens aber nach Weinigung der Blüte, flach untergraben, um dadurch den Boden mit Stickstoff und vor allem mit Humus zu bereichern. Wo der Stallung sparsam ist, da benutze man ihn ausschließlich nur zur Humusbildung und führe dem Boden die dann noch fehlenden Nährstoffe durch Gaben von künstlichem Dünger zu. Diese Düngungsmethode hat sich die Landwirtschaft bereits seit Jahren zu eigen gemacht und dadurch die Erträge ihrer Felder zum

Teil um das Doppelte gesteigert. Daß dies auch im Gartenbau möglich ist, haben die vielfachen Versuche bereits erwiesen. Der Grünblünder im Kleingartenbau aber ist nur dort das Wort zu reden, wo Stallung überhaupt nicht zu bekommen ist. O. B.

Himmelerscheinungen im Juli.

Bisher, im letzten Drittel des Juni noch kaum merklich, von nun an, im Juli, aber bald deutlich sichtbar, verfeinern sich die täglichen Kreise des Tagesgestirns, das sich seit dem 22. Juni, dem Sommeranfang, unaufhaltsam wieder nach Süden wendet. Im gleichen Sinne verändert sich die Mittagshöhe der Sonne, und infolgedessen nimmt die Länge der Tage ab im nördlichen Gebiete von 17 auf 15½ Stunden, im mittleren Gebiete von 16½ auf 15½ Stunden und im südlichen Gebiete von 16 auf 15 Stunden. Die noch sehr langen Morgen- und Abenddämmerungen dehnen jedoch die Dauer der Tageshelligkeit immer noch erheblich aus. Amnächst, im Süden zuerst, im nördlichsten Deutschland aber erst Anfang August, verschwindet auch die mitternächtliche Dämmerung.

In ihrer Jahresbahn erlangt die Erde am 4. Juli den größten Abstand von der Sonne: 152 Millionen Kilometer.

Mit dem Uebertritt der Sonne in das Zeichen des Löwen am 23. Juli beginnt die Zeit der Hundstage; sie währt bis zum Uebertritt der Sonne in das Zeichen der Jungfrau am 23. August. Das Gestirn, dessen Frühjahrsgehirn vor der Sonne die Hundstage ihren Namen verdanken, der Hundstern oder Sirius im Wilde des großen Hundes, ist jedoch in unsern Breiten in dieser Zeit noch nicht zu beobachten; er steigt erst im Herbst am südlichen Himmel empor und bildet während des ganzen Winters eine Kerbe des Firmaments.

Unser Mond zeigt im Juli folgenden Gestaltwechsel: Neumond am 4., Erstes Viertel am 10., Vollmond am 18., und Letztes Viertel am 26. Der Mond befindet sich am 7. Juli, um 1 Uhr vormittags, in seiner Erdbahn bei einem Abstände von 57,2 und am 22. Juli, um 8 Uhr nachmittags, in seiner Erdbahn bei einem Abstände von 63,6 Erdhalbmessern (je 6378 Kilometer).

Die Beobachtungsverhältnisse der großen Planeten liegen im Juli, trotz der noch kurzen und hellen Nächte, recht günstig. Venus, Mars und Saturn schmücken den Morgenhimmel, und Jupiter bleibt während der ganzen Nacht sichtbar. — Merkur, der am 7. Juli, um 4 Uhr nachmittags, seine größte östliche Ausweichung von der Sonne erreicht und im ersten Monatsdrittel etwa eine Stunde nach der Sonne untergeht, bleibt dennoch dem bloßen Auge in der hellen Abenddämmerung verborgen. — Venus strahlt als Morgenstern im Wilde des Stiers anfänglich von 2 Uhr, zuletzt schon von 1½ Uhr an über dem Dithorizont. Da ihre nördliche Abweichung von Äquator recht bedeutend ist und von 15½ Grad am Monatsanfang noch bis auf fast 21 Grad am Monatschluss anwächst, steigt Venus im Juli hoch empor. Ihr Erdbahnstand nimmt von 0,88 bis auf 0,92 Einheiten (Erdbahnradien) zu. Am 17. Juli, um 8 Uhr vormittags, hat Venus eine Konjunktion mit Aldebaran im Stier (Venus nördlich), am 22. Juli, um 2 Uhr vormittags, eine solche mit Saturn (Venus südlich) und am 30. Juli, um 8 Uhr vormittags, eine solche mit dem Monde (Venus südlich); während des ganzen letzten Julidrittels bietet der frühe Morgenhimmel also besonders schöne Konstellationen. — Mars, der um Monatsmitte aus dem Wilde des Widbers in das des Stiers übertritt, wird im Juli zusehends heller; er geht anfänglich gegen 1 Uhr, zuletzt schon um Mitternacht auf. Man findet ihn sehr leicht, da er in den ersten Julitagen mit Venus und Aldebaran etwa eine gerade Linie bildet und von den drei Gestirnen das weißliche (rechts) ist; auch sein rotes Licht macht ihn sofort kenntlich. Mars nähert sich der Erde von 1,62 bis auf 1,48 Einheiten. Am 28. Juli, um 4 Uhr nachmittags, kommt der Planet mit dem Monde in Konjunktion (Mond nördlich), am vorangehenden Morgen befindet sich daher die abnehmende Mondhälfte noch nordwestlich, am folgenden Morgen schon nordöstlich vom Mars. — Jupiter, der am 5. Juli in Opposition zur Sonne kommt, steht im Wilde des Schützen schon bei anbrechender Nacht am südlichen Himmel und bleibt die ganze Nacht hindurch sichtbar, beschneidet aber wegen seiner stark südlichen Deklination nur sehr niedrige Kreise. Die Entfernung des Jupiter von der Erde wird größer. Am 17. Juli, um 4 Uhr vormittags, gelangt der Mond mit Jupiter in Konjunktion (Mond südlich). — Saturn tritt im Wilde des Stiers um Monatsmitte aus den Straßen der Morgenämmerung hervor und wird dann bald gut sichtbar. Auch seine Deklination ist stark nördlich. Sein Erdbahnstand vermindert sich, sein Scheinendurchmesser wächst dementsprechend. Eine Konjunktion des Saturn mit dem Monde (Mond nördlich) in der Frühe des 2. Juli ist nur mit optischen Mitteln zu beobachten. Der Konjunktion von Saturn und Venus am 22. Juli haben wir oben schon gedacht. Endlich hat Saturn am 20. Juli, nachmittags um 7 Uhr, noch eine Konjunktion mit dem Monde (Mond nördlich); am Morgen dieses Tages steht die abnehmende Mondhälfte also noch nordwestlich, am nächsten Morgen schon nordöstlich vom Planeten. — Uranus kann im Wilde des Steinbocks während der ganzen Nacht mit dem Fernrohr beobachtet werden, steht aber ziemlich tief. Am 20. Juli, um 9 Uhr vormittags, befindet sich Uranus in Opposition zur Sonne. — Neptun gelangt am 10. Juli, um 2 Uhr vormittags, in Konjunktion mit der Sonne, bleibt mithin auch für die großen Teleskope verborgen.

Sternschnuppen zeigen sich im Juli in den Tagen vom 20. bis zum 20. häufiger als gewöhnlich; die Erde bezogen um diese Zeit einigen periodischen Meteorströmen, deren Körperchen zu meist aus der Gegend des Schwans austragen.

Den Glanz des Fixsternhimels beeinträchtigt zunächst noch, besonders in den nördlichen Gebieten, die Nachhelligkeit, an den Abenden vom 10. bis 26. auch das Mondlicht. Abends gegen 10 Uhr steht man den entlegenen Sternstrom der Milchstraße, der die Grenze unsrer Weltkugel bildet, nahe im Süden emporstreuen und im hohen Bogen über den Dithorizont zum Norden herabziehen. Auf seinem Schimmer heben sich in gleicher Richtung die durch uns näherstehende Sonnen gebildeten Konstellationen des Schützen (im Silber), des Adlers mit Atair, des Schwans mit Deneb, der Cassiopeja mit ihrem W, des Perseus und Fuhrmanns mit Capella (im Norden) hervor. Zwischen Schwan (im hohen Osten) und dem Zenit funktelt Wega in der Veier, unterhalb des Schwans findet man den kleinen Delfin und links daneben den umfangreichen Vegaus. Neben diesem tief im Nordosten die Andromeda mit ihren drei hellen Sternen und dem großen Spiralnebel. Vom Zenit nach Norden abwärts schlingt sich der Drache um das Bild des Kleinen Wären mit dem Polstern. Darunter, hoch im Nordwesten, erblickt man die sieben Hauptsterne des Großen Wären, deren mittlere Schmelkern, Rizar, eine leicht trennbare, sehr helle Doppelstern ist. Am nordwestlichen Horizont bemerkt man noch gerade die beiden Hauptsterne der Zwillinge, Kastor und Pollux. Im Westen geht der Löwe mit Regulus unter, ihm folgen im Westkreise im Südwesten die Jungfrau mit Spica, weiter die Waage und der Skorpion im Süden. Hoch oben im Südwesten strahlt Arctur in Bootes und darüber links die Krone; zwischen ihr und der Veier breitet sich der Hercules aus. Unterhalb des letzten Schmelkerns des Großen Wären gewahrt man das zarte Paar der Bärenke.

Eingelaufene Schriften.

Dr. von Kauch, Recht und Irrtum. Studie. (Norddeutsche Schriftensammlung, herausgegeben von W. Ernst, Heft 9). Berlin-Charlottenburg, Soziologischer Verlag (im Buchhandel bei Wilhelm Drey in Leipzig). Preis 1 Mark.

Verhandlungen des Zweiten Deutschen Soziologentages vom 20. bis 22. Oktober 1912 in Berlin. Reden und Vorträge von Alfred Weber, Paul Barth, Ferdinand Schmidt, Ludw. Moris Hartmann, Franz Oppenheimer, Robert Michels, und Debatten (Schriften der Deutschen Gesellschaft für Soziologie, Erste Serie, zweiter Band). Tübingen, J. C. B. Mohr (Paul Siebeck). Preis 4,50 Mark.

Reichstag.

173. Sitzung, Montag, den 30. Juni, mittags 12 Uhr.

Am Bundesratsitz: v. Bethmann-Hollweg, Delbrück, Kühn, v. Heeringen.

Das Haus ist sehr stark besetzt.

Die Abänderung des Militärstrafgesetzbuchs.

Der fortschrittliche Antrag, der bei den Verbänden des militärischen Aufwaches, der Meuterei usw. mildernde Umstände zulassen und dann Gefängnisstrafe verhängen will, wird zugunsten eines Kompromissantrags aller großen Parteien zurückgezogen, wonach bei diesen Delikten in minderschweren Fällen die Strafe bis auf 6 Monate bezw. 1 Jahr Gefängnis ermäßigt werden kann.

Dieser Antrag wird in der ersten Lesung ohne Debatte angenommen. In der zweiten Lesung erklärt Reichskanzler v. Bethmann-Hollweg: Ich kann aus natürlichen Gründen im gegenwärtigen Augenblick nicht im Namen der verbündeten Regierungen sprechen.

Reichskanzler v. Bethmann-Hollweg: Ich kann aus natürlichen Gründen im gegenwärtigen Augenblick nicht im Namen der verbündeten Regierungen sprechen. Für meine Person erkenne ich es an, daß es minderschwerer Fälle, für eine Anzahl militärischer Delikte mildernde Umstände zuzulassen. (Bravo!) Ich werde deshalb, falls der gestellte Antrag vom Reichstag angenommen wird, im Bundesrat für ihn eintreten. (Bravo!)

In zweiter Lesung wird der Antrag gegen wenige Konservative, darunter die Abg. v. Böhndorff-Köpin und Arsch, angenommen. (Beifall.)

Abg. Wassermann (nat.-lib.) beantragt, sofort die dritte Lesung vorzunehmen.

Vizepräsident Paasche: Das kann nur ausnahmsweise geschehen und das Präsidium läßt eine solche Ausnahme ungern eintreten. Da sich aber kein Widerspruch erhebt, beginnen wir mit der dritten Lesung.

Abg. Haase (Soz.): Wir sehen in diesem Antrag nur einen kleinen Anfang zu der dringenden notwendigen allgemeinen Reform des Militärstrafgesetzbuchs. Unsere Wünsche gehen viel weiter, namentlich auch in Bezug auf diese Paragraphen. Aber wir stimmen dem Antrag zu, in dem festen Entschluß, eine sofortige Besserung eintreten zu lassen. (Lebhaftes Bravo! bei den Soz.) Wir rechnen auch darauf, daß der Gerichtsherr, dem die Untersuchung des Exzessur Urteils zusteht, es in einer solchen Weise prüfen wird, daß die Wohlthaten des vorliegenden Gesetzesentwurfs den Verurteilten sofort zugute kommen. (Beif. Beifall bei den Soz. u. a. Parteien.)

Abg. v. Brockhausen (konf.): Wir haben mehrfach anerkannt, daß eine Abänderung des Militärstrafgesetzbuchs gerechtfertigt wäre, auch bei diesen Paragraphen. Wir müssen aber Bewahrung dagegen einlegen, daß die Beratung der Behravorlage dazu benutzt wird, Zugeständnisse von einer Tragweite zu erlangen, die noch nicht zu übersehen ist. Wir protestieren auch dagegen, daß solche gesetzgeberischen Maßnahmen vom Reichstag derartig übers Ante gebrochen werden. (Sehr wahr! rechts; Widerspruch links.) Da aber hier eine sachliche Berechtigung vorliegt, werden meine politischen Freunde in ihrer Mehrheit für den Gesetzesentwurf stimmen, ohne sich aber für die Zukunft irgendwie zu präjudizieren. (Beifall rechts.)

Abg. Schulz-Bromberg (Rp.) bedauert, daß mit diesem Antrag ein Zwang auf die Regierung gelöst werde, weshalb ihn die Reichspartei auch nicht habe unterschreiben können.

Abg. Dr. Spahn (Zentr.): Nicht um einen Zwang auf die Regierung handelt es sich hier, sondern um die Erfüllung sehr alter Wünsche des Reichstags. Es muß auf diesem Gebiet endlich etwas geschehen! (Leb. Zustimmung im Zentr. und links.)

Der Gesetzesentwurf wird in dritter Lesung fast einstimmig, gegen wenige Konservative, angenommen. Die Abstimmung dieser paar Konservative erregt den lebhaften Unwillen der großen Mehrheit des Hauses, der sich in zahlreichen Zurufen äußert.

Der damit angenommene Gesetzesentwurf hat folgenden Wortlaut: Als § 110 a des Militärstrafgesetzbuchs wird folgende Vorschrift eingefügt: § 110 a: Liegt in den Fällen der §§ 100, 107, 108, 110 ein minder schwerer Fall vor und ist die Tat nicht im Felde begangen, so kann die Strafe in den Fällen der §§ 100, 101 und 108 bis auf 6 Monate, in den Fällen der §§ 102, 107 und 110 bis auf 1 Jahr Gefängnis ermäßigt werden. Im Abs. 2 des § 100 wird das Wort „zwei“ durch „einem“ ersetzt.

Die dritte Lesung der Militärvorlage.

In der dritten Lesung verlangt niemand das Wort.

Der Antrag Wassermann (nat.-lib.) auf Wiederherstellung der in der zweiten Lesung auf die Hälfte reduzierten Regierungsforderung, 6 neue Kavallerieregimenter zu bewilligen, wird unter allgemeiner Unruhe mit den Stimmen der Rechten, des Zentrums und der Nationalliberalen angenommen. (Lebhafter Beifall und vereinzeltes Händeklatschen bei diesen Parteien.)

In der Gesamtabstimmung wird die Militärvorlage auf Mehrereinstellung von 138 000 Mann pro Jahr in das stehende Heer gegen die Sozialdemokraten, Elßner und Vollen angenommen. (Lebhaftes Bravo! bei den bürgerlichen Parteien.)

Der Nachtragsetrat, der infolge der Militärvorlage nötig geworden ist, wird ohne Debatte von den gleichen Parteien angenommen.

Die dritte Lesung der Deckungsvorlagen.

In der Generaldebatte gibt im Namen der sozialdemokratischen Fraktion Abg. Haase (Soz.) folgende Erklärung

ab: Die Mehrheit dieses Hauses hat eine neue ungeheuerliche und völlig unbegründete Steigerung der Heeresrüstung beschlossen. Wir

haben den Nachweis erbracht, daß dies nicht der Weg ist, unser Land vor Kriegsgefahr zu schützen und den Frieden zwischen den Kulturvölkern zu sichern. (Sehr wahr! bei den Soz.) Nachdrücklich haben wir betont und wiederholen es in dieser Stunde: die fortgesetzten Rüstungstreiberien steigern das Mißtrauen zwischen den Völkern, fördern die internationalen Beziehungen und beschwören schließlich trotz aller Friedensversicherungen die Gefahr eines Weltkriegs herauf, entgegen den Interessen und Wünschen des werktätigen Volkes aller Länder. (Lebhaftes Bravo! bei den Soz.) Zugleich ist der Militarismus als Instrument der Klassenherrschaft auch eine stete Bedrohung der Freiheit im Innern. (Wiederholte Zustimmung bei den Soz.) Unsere Anträge, die darauf gerichtet waren, schwere Mißstände dieses Systems zu beseitigen und seine Umbildung zur Volkswehr vorzubereiten, sind abgelehnt worden. Die Behravorlage ist Gesetz. So stehen wir nun vor der Frage: wer soll die Kosten tragen? Wir haben stets gefordert, daß die Rüstungslasten nicht den Besitzlosen aufgebürdet werden. Damit stehen wir im vollen Einklang mit der internationalen Sozialdemokratie und namentlich auch mit unseren Parteifreunden in der französischen Deputiertenkammer. Gemeinsam mit ihnen haben wir dies noch am 1. März d. J. in einem Manifest zum Ausdruck gebracht und erklärt:

Wenn trotz unsres entschlossenen Widerstands den Völkern neue militärische Ausgaben auferlegt werden, so wird die Sozialdemokratie beider Länder mit aller Energie dafür kämpfen, daß die finanziellen Lasten auf die Schultern der Wohlhabenden und Reichen abgewälzt werden.

Von diesem Grundsatze ausgehend stimmen wir gegen das Gesetz über Änderungen im Finanzwesen, obwohl einige Verbesserungen erreicht wurden. Denn in ihm wird unter Bruch des wiederholt gesetzlich festgelegten Versprechens die Ermäßigung der Zuckersteuer dem Volke vorenthalten und der Kriegsschatz erhöht, eine politische und wirtschaftlich verhängnisvolle Maßregel. (Sehr wahr! bei den Soz.) Wir stimmen ferner gegen die Änderung des Reichsstempelgesetzes, weil dadurch der Mittelstand in ungerechter Weise belastet wird. (Zustimmung bei den Soz.) Die Gesetzgebung über den einmaligen außerordentlichen Wehrbeitrag und über eine Besitzsteuer haben zwar auch viele Mängel, für deren Beseitigung wir vergeblich gekämpft haben. Trotzdem bilden sie den Anfang der von uns stets geforderten Reichseinkommen-, Reichsvermögens- und Erbschaftsteuer. (Sehr wahr! bei den Soz.; hört, hört! rechts.) In unserer Verurteilung wurde der Plan durchkreuzt, den auf rüchständigen Wohlgelegen beruhenden Landtagen der Einzelstaaten die Möglichkeit zu geben, daß die Kosten dieser Rüstungssteigerung wiederum den minderbemittelten Schichten aufgebürdet werden. (Sehr gut! bei den Soz.; Unruhe rechts.) Um zu verhindern, daß an ihrer Stelle andre, die ärmeren Volksschichten belastende Steuern treten, sind wir bereit, diesen beiden Vorlagen unsere Zustimmung zu geben. (Sehr richtig! bei den Soz.; Unruhe rechts.) Dabei gehen wir von der Überzeugung aus, daß die damit eingeleitete schärfere Heranziehung der Besitzenden zu den Rüstungskosten dazu beitragen wird, die Sympathie dieser Kreise für eine Fortsetzung der Rüstungstreiberien zu fällen und uns dadurch den Kampf gegen den Militarismus zu erleichtern. (Lebhaftes Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Weitere Vorbemerkungen zur Generaldebatte liegen nicht vor.

Zur Spezialberatung legt zum § 3 des Zuwachssteuer-Gesetzes ein Kompromissantrag Wassermann-Eraberger-Fischbeck vor, der die darin vorgesehenen Steuerfreiheiten für kleinere Grundstücke nicht eintreten lassen will, wenn der Verkäufer oder sein Ehegatte den Grundstückskauf gewerbmäßig betreibt.

Abg. Haase (Soz.): Wir werden dem Antrag zustimmen, der einer von mir gegebenen Anregung aus der zweiten Lesung entspricht.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Ein weiterer Kompromissantrag Wassermann-Eraberger-Gothein will den aus der Besteuerung der Erbschaften aufkommenden Fordertrag zu vier Fünfteln dem Reich und zu einem Fünftel den Einzelstaaten zuweisen.

Abg. Graf Westarp (konf.): Wir stimmen gegen den Antrag, der den Bundesstaaten weitere 80 Millionen entzieht.

Abg. Eraberger (Zentr.): Der Antrag ändert gar nichts. Bisher verbleiben den Bundesstaaten von einer geringeren Erbschaftsteuer 25 Prozent, und nun sollen sie von einer höheren Erbschaftsteuer, durch die sie keinerlei Mehrarbeit haben, 20 Prozent bekommen.

Der Antrag wird gegen die Rechte angenommen.

Die Gesamtabstimmung wird angefügt.

Es folgt die dritte Lesung des Besitzsteuergesetzes.

Abg. Graf Westarp (konf.): Wir hätten gewünscht, diese Steuer mit der Mehrheit beschließen zu können, und daß es möglich gewesen wäre, den 1000 einfachen Parteifreien endgültig zu erledigen. (Sehr wahr! rechts.) Aber es gibt Grenzen, über die wir grundsätzlich nicht hinausgehen können. Wir haben gegen dieses Gesetz verfassungsmäßige und staatsrechtliche Bedenken ersterer Art. Es enthält eine Vermögens-, Einkommen- und Erbschaftsteuer. (Sehr wahr! links.) Damit greift es in die Finanzen der Einzelstaaten zu sehr ein und macht es ihnen unmöglich, ihre Kulturausgaben zu erfüllen. (Sehr wahr! rechts; Unruhe links.)

Der Regierungsvorlage selbst würden wir zugestimmt haben, aber die Kommissionsbeschlüsse gehen weit darüber hinaus; sie gestalten den Einzelstaaten nicht mehr, die Kosten entsprechend ihrer Eigenart und geschichtlichen Entwicklung aufzubringen. Die direkte Reichserbschafts-, Vermögens- und Einkommensteuer ruht an die verfassungsmäßigen Grundlagen des Reiches. (Sehr wahr! rechts;

Heiterkeit links.) Der Triumph der Sozialdemokratie über dieses Gesetz zeigt, daß es sozialdemokratisches Geistes ist. (Große Heiterkeit links.) Wir machen diesen Anfang auf dem Weg zum demokratisch regierten Einheitsstaat nicht mit. (Zustimmung rechts; Heiterkeit links.) Aber auch der Festlegung der Steuerpflicht der Bundesfürsten können wir nicht zustimmen und ebenso der Besteuerung der Erbsparnisse, Meliorationen und des Runderbeses. Den Vorwurf, daß wir bei dem nationalen Werk nicht bis zum Ende mitgegangen hätten, weise ich zurück. Wir wollten die Regierungsvorlage bewilligen, die bei fester und geschickter Vertretung auch durchzusetzen gewesen wäre. (Heiterkeit links; Zustimmung rechts.) Wir waren bereit, alles zu bewilligen (Zuruf bei den Soz.: Aber nicht aus Ihren Taschen!), aber der jetzigen Vorlage können wir nicht zustimmen. (Bravo! rechts; Heiterkeit links.)

Abg. Wassermann (nat.-lib.) beantragt namentliche Abstimmung über das Besitzsteuergesetz.

Abg. Schulz (Rp.) schiebt der Regierung die Verantwortung für die Gestaltung der Deckung, jedoch werde seine Partei samt dem Abg. v. Dell für die Deckungsvorlage stimmen.

Damit schließt die Generaldebatte.

In der Einzelberatung begründet

Abg. Ledebour (Soz.) einen Antrag, wonach alljährlich bei der Feststellung des Etats bestimmt werden soll, welcher Prozentsatz der Besitzsteuer in dem betreffenden Jahre erhoben werden soll. Das deutsche Reichssteuerwesen enthält bis jetzt in der Hauptsache nur indirekte Steuern, die ein für allemal in ihrem Ertrag festgesetzt sind und auf deren Höhe, wenn sie einmal beschlossen sind, das einzelne Steuerjahr keinen Einfluß haben kann. Um aber wenigstens in gewissen Sinne die Steuern dem jährlichen Bedarfs anpassen zu können, sind die Matrikularbeiträge eingeführt worden. (In der großen Unruhe des Hauses ist der Redner schwer verständlich.) Jetzt, wo wir direkte Reichssteuern einführen, ist es dringend notwendig, daß dem Mangel abgeholfen wird, den unser Steuerwesen bis jetzt zeigt, und daß der Reichstag in die Lage kommt, jährlich den Betrag der zu erhebenden Steuer festzusetzen. Nun wird man gegen unser Verlangen vielleicht einwenden, daß eine Vermögenssteuer nicht so leicht variabel gemacht werden kann wie eine Einkommensteuer. Wir würden ja eine Reichseinkommensteuer der nun vorgeschlagenen Reichsbesitzsteuer vorziehen, aber all diesen Bedenken hat Graf Westarp von vornherein die Spitze abgebrochen, indem er zweimal erklärt hat, daß dieses Gesetz die Reichseinkommen-, Vermögens- und Erbschaftsteuer enthalte. (Sehr gut! bei den Soz.) Damit hat Graf Westarp auch das Bedenken entkräftet, daß eine reine Vermögenssteuer nur schwer oder gar nicht variabel gemacht werden könnte. (Heiterkeit bei den Soz.) Wenn Graf Westarp fortfährt, die sich vollziehende Entwicklung so anzuerkennen, so kann er dem deutschen Volke in seiner weiteren parlamentarischen Karriere vielleicht noch ganz gute Dienste leisten (Heiterkeit), und das erkennen wir immer gern an, von welcher Seite es auch geschehen möge. Wir sind auch jederzeit bereit, die Bundesgenossenschaft anderer Parteien anzunehmen, wenn es sich um Fortschritte handelt. Also, Graf Westarp selbst hat die Hauptursache des Haupteinwandes gegen unsern Antrag bargeht und ich hoffe, daß deshalb unser Antrag vom Hause angenommen werden wird. (Beifall bei den Soz.)

Reichschatzsekretär Kühn bittet, den Antrag aus prinzipiellen und praktischen Gründen abzulehnen. Zurzeit sei auch kaum die Möglichkeit gegeben, die Frage der Quotifizierung aufzurollen.

Abg. Fischbeck (Rp.): Ihrer ganzen Natur nach läßt sich die Besteuerung der Erbschaften nicht beweglich gestalten.

Abg. Ledebour (Soz.): Für unsern Antrag müßten alle Parteien eintreten, denen es mit den Staatsrechten des Reichstages ernst ist. Früher haben sich auch Zentrum und Nationalliberaler im Sinne unsres Antrags ausgesprochen. (Hört, hört! bei den Soz.) Wenn die Einkommensteuer quotifiziert werden kann, dann kann es auch die Erbschaftsteuer.

Es folgt die dritte Lesung des § 43, dem als Absatz 2 in der zweiten Lesung auf Antrag der Sozialdemokraten die Bestimmung hinzugefügt worden war, daß der Bundesrat die Behörden bestimmt, die für die Veranlagung der Bundesfürsten zur Besitzsteuer zuständig sind.

Reichskanzler v. Bethmann-Hollweg: Ich kann nur die bereits wiederholt abgegebene Erklärung der verbündeten Regierungen wiederholen und den Reichstag dringend bitten, den Absatz 2 des § 43 im Interesse des Zustandekommens des Gesetzes abzulehnen. (Unruhe bei den Soz.)

Abg. Jund (nat.-lib.): Wir werden den Absatz ablehnen, weil wir nicht wollen, daß auch nur ein Teil dieses nationalen Werkes an dieser Frage scheitert. Durch unsre Abstimmung bringen wir aber nicht zum Ausdruck, daß die deutschen Fürsten nach dem geltenden Reichsrecht der Besteuerung nicht unterliegen. Die weitaus überwiegende Mehrheit meiner Fraktion ist vielmehr gerade entgegengelegter Ansicht, überläßt die Entscheidung dieser Frage aber der Anwendung des Gesetzes. (Lachen bei den Soz.) Bei dieser Gelegenheit stellen wir fest, daß sich eine etwaige Steuerfreiheit zu beschränken hat auf die Person des Landesherrn und der Landesherren. Wegen die Steuerpflicht der anderen Mitglieder fürstlicher Häuser sind staatsrechtliche Bedenken nicht mehr erhoben worden.

Eine Resolution Herzog (Wirtsch. P.) erhebt die verbündeten Regierungen, ein Gesetz einzubringen, durch das die Steuerpflicht der Fürsten geregelt wird.

Abg. Beyrens (Wirtsch. P.) bittet, diese Resolution anzunehmen.

Konsumverein L.=Blagwitz u. Umg.

G. m. b. H.

Der große Inventur=Ausverkauf

in unsern Warenhäusern sowie Schniff- und Manufakturwaren-Verkaufsstellen

beginnt Montag, 7. Juli, früh 8 Uhr

Der Vorstand.

Abg. Haase (Soz.): Was wir bisher erlebt haben, ist ein glatter Unfall gegenüber dem Sturzregeln der Regierung. (Sehr wahr! links.) Wie das Gesetz angewendet werden wird, können wir uns ja denken, denn die Regierung verneint ja die Steuerpflicht der Fürsten. Daher muß der Reichstag den verbündeten Regierungen den Zwang auferlegen, im Sinne seiner Mehrheitsbeschlüsse das Gesetz anzuwenden. (Sehr gut! links.) Die große Mehrheit des Reichstags ist der Ansicht, daß die Steuerpflicht der Fürsten besteht. Würde der Abg. 2 des § 43 abgelehnt werden, so würde trotz aller Erklärungen draußen der Eindruck erweckt werden, als ob der Reichstag eine solche Steuerpflicht nicht anerkennet. (Sehr richtig! links.) Dieser Eindruck aber wäre ein falscher. Gerade nach der Erklärung des Reichstags ist es die Pflicht des Reichstags, hier einen Riegel vorzuschleichen. Tun wir das nicht, so können sich Staatsrechtler in Zukunft darauf berufen, daß der Reichstag niemals im Sinne der Steuerpflicht entschieden habe. (Sehr richtig! bei den Soz.) Seien Sie daher konsequent und halten Sie am Beschluß zweiter Lesung fest. (Beifall links.)

Abg. Dr. David (Soz.): Wenn die Resolution der Wirtschaftlichen Vereinigung angenommen würde, würde der Reichstag erklären, daß bis zum Zustandekommen des darin verlangten Gesetzes eine Steuerpflicht der Fürsten nicht besteht. Die Resolution ist also kein geeigneter Ausweg aus der jetzigen Situation. Daran, daß durch die Aufrechterhaltung des Beschlusses zweiter Lesung das Gesetz gefährdet würde, glaube doch hier im Hause kein Mensch. (Sehr richtig! links.) Meinen Sie, daß es die Regierung vor dem Lande wegen würde, dieses Gesetz zurückzuweisen, nur weil die Steuerpflicht der Bundesfürsten darin steht? (Sehr gut! links.) Das ist politisch einfach nicht möglich. Der Reichstag hat die ganze Macht in dieser Frage in der Hand, und deshalb hat er auch die ganze Verantwortung. (Beif. Zustimmung links.)

In namentlicher Abstimmung wird der Absatz 2 des § 43 mit 105 gegen 100 Stimmen bei 8 Stimmenthaltungen gestrichen. Die Resolution Herzog wird gegen die Stimmen der Wirtschaftlichen Vereinigung abgelehnt.

Die Änderung des Reichstempelgesetzes wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten angenommen. Es folgen die Gesamtstimmungen. Der Wehrbeitrag wird gegen die Stimmen der Polen angenommen. Die Änderungen im Finanzwesen (Aufrechterhaltung der Zuckersteuer usw.) werden gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Polen angenommen. Das Besteuerungsrecht wird mit 280 gegen 83 Stimmen bei 20 Stimmenthaltungen angenommen. In der Minderheit stimmt die Rechte, die Stimmenthaltungen stammen aus dem Zentrum. Die Änderung des Reichstempelgesetzes wird in der Gesamtstimmung gegen die Stimmen der Sozialdemokraten angenommen. Damit ist die Tagesordnung erledigt. (Die Sozialdemokraten verlassen den Saal.)

Präsident Kaempff: Wir stehen am Schluß eines Sitzungstages, der in der Geschichte des Reichstags als einer der denkwürdigsten bezeichnet werden wird. Nicht nur die Dauer von sieben Monaten habe ich dabei im Auge, sondern die fast unüberwindlichen Schwierigkeiten, die der Reichstag zu überwinden hatte. Wenn ein Ausweg gefunden worden ist, so ist das dem festen Willen des Reichstags zu verdanken, in einer seiner selbst wirklichen und vor der Kritik der Geschichte standhaltenen Weise die ihm gestellten Aufgaben zu erfüllen. (Beifall.) Groß waren die Anforderungen, die an die Arbeitskraft der Reichstagsmitglieder im allgemeinen und der Budgetkommissionsmitglieder mit ihrem bewährten Vorwissen an der Spitze gestellt wurden. (Beifall.) Der Reichstag hat den gestellten Anforderungen gerecht geworden und zwar mit einer planvollen Initiative bei der Ausgestaltung der ihm vorgelegten Gesetze, wie kaum je zuvor. Wir können heute das Gefühl der erfüllten Pflicht haben, das uns vollen Erfolg bietet für die hinter uns liegenden Sorgen und Aufregungen. Die Opfer, die gebracht werden mußten, sind schwerer als je zuvor. Möge der Abschluß des großen Werkes in der gesamten Nation das Gefühl der Sicherheit und Ruhe stärken, das für die geliebte Entwicklung des Reiches unentbehrlich ist, und möge es dazu beitragen, uns und der Welt den Frieden zu bewahren, den das gesamte Deutschland ehrlich will. (Beifall.)

Abg. Baffermann (nat.-lib.): dankt dem Präsidenten für die umsichtige und gerechte Leitung und Präsident Kaempff überträgt den Dank auf die Vizepräsidenten, Schriftführer, Dolmetscher und alle Reichstagsbeamten. (Bravo!) Er erbittet und erhält die Erlaubnis, die nächste Sitzung einzuberufen und die Tagesordnung festzustellen.

Reichstagskanzler v. Bethmann-Hollweg: Lassen Sie auch mich die Heberzeugung ausdrücken, daß dank der gemeinsamen Arbeit der verbündeten Regierungen und des Reichstags ein großes Werk getan ist. Es wird gewiß keiner unter uns sein, der an dem großen Werk nicht manches anders wünscht, und mancher im Lande wird Mängel und Härten darin sehen, wie die neuen Lasten verteilt worden sind. Aber trotz aller Mängel im einzelnen wird das Ganze der Nation zum Heile dienen. Die großen Opfer werden getragen für die höchsten Güter der Nation, für den Frieden und die Ehre des Landes. Mit der Beibehaltung des festen Entschlusses, für die Sicherheit des Reiches Gut und Blut herzugeben, können wir hellen Blickes und mit gestärkter Zuversicht auf Frieden und — wenn es sein möchte — auf siegreiche Abwehr in die Zukunft sehen. (Bravo!) Das Bewußtsein hiervon möge jetzt noch länger und aufopfernder Arbeit die Herren in ihre Heimat geleiten. (Bravo!)

Der Reichstagskanzler verliest dann die kaiserliche Verordnung, durch die der Reichstag bis zum 20. November verlagert wird.

Präsident Kaempff schließt die Sitzung mit dem üblichen Kaiserhoh.

10. Generalversammlung der Töpfer.

Kr. Leipzig, 30. Juni.

Die Tagung der Töpfer ist von 54 Delegierten, 8 Gauleitern, 3 Vorstandsmitgliedern und dem Redakteur Schmidt-Berlin besucht. Nach Erledigung der üblichen Formalitäten entspann sich bei Festsetzung der Tagesordnung eine sehr ausgedehnte Debatte darüber, ob die Frage einer Verschmelzung noch besonders erörtert werden soll. Die Gegner einer Verschmelzung mit den Glasarbeitern und Porzellanarbeitern — besonders die Densenberger — wollen dabei den Anschluß an den Bauarbeiterverband besprechen. Der Vorstand schlug lediglich die Beratung der neuen Statutenvorlage vor, da die Verschmelzungsfrage an sich schon genügend erörtert worden sei. Mit 30 gegen 20 Stimmen wurde so beschlossen. Ein Antrag Hannover, den Vorstand des Bauarbeiterverbandes zur Beratung der Verschmelzungsfrage einzuladen, wurde mit großer Mehrheit abgelehnt. Zu dem Statutenentwurf wurde ein Korreferat bestimmt.

Ueber die Statutenvorlage für einen Keramikarbeiterverband referierte dann in der Nachmittagssitzung der 2. Vorsitzende des Verbands, Parisch-Berlin. Die Kommission habe gewissenhaft gearbeitet und in 15 Tagessitzungen — ohne die Vorbereitungen — die Vorlage fertiggestellt. Sie habe versucht, eine Basis zu finden, auf der das künftige Gebäude fest und sicher ruhen kann. Die Vorlage habe eine große Opposition gefunden: eine Opposition, die den Statutenentwurf anerkennt und nur Änderungen verlangt, und eine Opposition, die versucht, die Verschmelzung zu hintertreiben, sie in ein andres Fahrwasser zu bringen. Das sei vorher deutlich zum Ausdruck gekommen. Der Redner besprach dann die materielle Seite der Vorlage. Die Verlagsfrage sei in der glücklichsten Weise für die Töpfer gelöst worden. Nur in der 50-Pfg.-Klasse sei eine Erhöhung um 5 Pfg. vorgeschlagen. Schwieriger sei die Frage der Arbeitslosenunterstützung. Hier wurden für die Densenberger — bei denen die Arbeitslosigkeit regelmäßig wiederkehrt — besondere Bestimmungen festgesetzt. Die Unterstützung soll geringer, die Karenzzeit länger sein. Es sei nicht möglich, sagte Parisch, die Densenberger so zu behandeln wie die Werkstättenarbeiter. Man hätte von den übrigen Organisationen nicht verlangen können, die Densenberger mit den andern Berufen gleichzustellen, da dies eine Wehrmaßgabe von

100.000 Mk. jährlich bedeuten würde. Für die Glasarbeiter seien bei Preisrückfällen (Wochen des Stens) auch besondere Bestimmungen (Verlängerung der Karenzzeit) festgelegt. Die andere Gruppe wären überhaupt schlechter gefahren als die Densenberger, bei den Glasarbeitern betrage die Beitragserhöhung bis zu 40 Pfg. Der Referent besprach dann die übrigen Unterstützungszweige, dabei betonend, der Vorwurf sei nicht berechtigt, die Densenberger würden überall zu kurz kommen. Natürlich hätten die Verhältnisse bei den übrigen Verbänden auch berücksichtigt werden müssen. Man habe nicht das Statut eines einzelnen Verbands nehmen können, sondern aus den drei Statuten das Beste herauszusuchen müssen; die Vorlage bedeute ein Kompromiß. Das Fundament, auf dem die neue Organisation aufgebaut sei, könne nicht mehr geändert, höchstens könnten, wo etwas fehle, Steine hinzugefügt werden.

Das Korreferat wird morgen entgegengenommen.

14. Generalversammlung der Maler und Weißbinder.

K. Halle, 30. Juni.

Im Volkspark in Halle, dessen prächtiger Saal wie kaum ein zweiter für Arbeiterkongresse geeignet ist, traten heute die Delegierten des Verbands der Maler und Weißbinder zur 14. Generalversammlung zusammen.

Der Vorsitzende des Verbands, Töbler-Hamburg, weist in einem kurzen Rückblick auf die kürzlich abgehaltenen beiden außerordentlichen Generalversammlungen hin, die infolge der Lohnbewegungen notwendig waren. Trotdem sich in den verflochtenen Kämpfen gezeigt hat, daß unsere Mäntungen gut waren, steht es doch für uns fest, daß noch viele Einrichtungen auszubauen sind, um Fehler und Mängel, die uns noch anhaften, zu beseitigen. Deshalb ist die heutige Tagung von ganz besonderer Wichtigkeit. (Zustimmung.) Als Gäste sind erschienen Poulsen-Kopenhagen, Hagman-Stockholm, Stauder-Zürich und Maas-Wien; ferner wird im Auftrage der Generalkommission Genosse Silberstein-Berlin den Verhandlungen beiwohnen.

Nach dem Berichte der Mandats-Prüfungskommission sind 100 Delegierte anwesend, ferner 7 Mitglieder des Vorstands, des Ausschusses und der Redaktion des Vereinsanzeigers, sowie 7 Bezirksleiter erschienen. Zu Verhandlungsleitern werden Töbler-Hamburg und Sireine-Hamburg gewählt. Die vorgeschlagene Tagesordnung wird genehmigt, und auf Antrag von Leiner-Hannover als weiterer Punkt der Tagesordnung vorgelesen: Der internationale Kongress 1914 in Wien. Für die auswärtigen Delegierten ergreifen Maas-Wien und Stauder-Zürich das Wort, um den Beratungen des Verbandsbesten Erfolg zu wünschen.

Den Geschäftsbericht für die Jahre 1911 und 1912 erstattete Töbler-Hamburg. Er beginnt mit einem Hinweis auf die gedruckt vorliegenden Berichte, den wir in der Hauptsache bereits besprochen haben, und fährt fort: Die Kämpfe des letzten Jahres haben uns außerordentlich viel neue Mitglieder gebracht. Dabei zeigte es sich, wie gut es war, auf der letzten Generalversammlung in München die Beiträge zu erhöhen, denn wir haben dadurch in den beiden letzten Jahren eine Mehreinnahme von 775.000 Mk. erzielen können. Wenn wir auch große Fortschritte machten, so dürfen wir doch nicht rasten. (Beifall.)

Den Kassenbericht erteilt Wenzel-Hamburg. Auch er ist der Meinung, daß die Spannung zwischen der Zahl der Neuzugänge und der Zahl der dem Verbands tatsächlich gebliebenen Mitglieder zu groß ist. Trotdem die meisten Kollegen unter dem Reichstaxi stehen, so mühten sich Streiks in den beiden Vorjahresjahren doch rund 110.000 Mk. ausgegeben werden. Die Kämpfe des letzten Jahres verursachten uns große Kosten, denn wir haben fast 2 Millionen Mark bezahlen müssen. Den Anregungen von verschiedenen Seiten, die Beiträge zu ermäßigen, kann keinesfalls entsprochen werden, denn es ist nötig, stets über einen starken Kampffonds zu verfügen. (Zustimmung.)

Den Bericht der Redaktion gibt Marx-Hamburg. Aus seinen Ausführungen ist bemerkenswert, daß bei der Redaktion des Vereinsanzeigers besonders der fachwissenschaftliche Teil berücksichtigt wird. Durch Austausch der ständigen Zeitschriften wird mit den ausländischen Bruderorganisationen enge Fühlung unterhalten und Erfahrungen ausgetauscht. Die Redaktion hat häufig einen scharfen Kampf führen müssen gegen die Unternehmer, die sich nie so ruppig und persönlich gehässig benommen haben, wie während der letzten Lohnbewegung. Dringend nötig ist es auch, daß die Kollegen im Lande die Redaktion besser unterstützen.

Der von Leiner-Hannover erstattete Bericht des Verbandsausschusses bringt in der Hauptsache Verbandsinterna, die für die Anwesenden wenig Interesse haben. Zu einer Meinungsverschiedenheit zwischen dem Vorstand und der Filiale Köln ist es beßhalb gekommen, weil man in Köln für die städtische Arbeitslosenversicherung für alle Kollegen Extrabeiträge verlangt, obwohl doch nur ein geringer Teil der Mitglieder in den Genuss der Erwerbslosenunterstützung wegen der starken Mitgliederfluktuation treten kann. Eine Beschwerde einiger Mitglieder aus Frankfurt a. M., daß dort zu Unrecht das Delegiertenstimmrecht eingeführt worden sei, mußte zurückgewiesen werden, da die Frankfurter Verwaltung vollständig richtig verfahren hat.

In der Diskussion rät Dorfschuld-Mannheim, daß Ausschuß und Vorstand häufiger zu bürokratisch verfahren. Kpitz-Hamburg wendet sich gegen die Bestimmung, daß bei Streiks der Vorstand schon zwei Monate vor Beginn der Bewegung zu befragen ist. Wegen Unterlassung dieser Vorschrift sollen die Hamburger nach der Verfassung des Vorstands die Kosten eines Streiks bei der Firma Karstadt selbst tragen, was Kpitz als unbillig empfindet. Meitz-Berlin fährt Beschwerde wegen Grenzstreitigkeiten, hauptsächlich deshalb, weil der Brauereiarbeiterverband häufig Maler für seine Organisation reklamieren, obwohl die Leute in keiner Beziehung zu dem Brauereiwesen, beziehungsweise zu der Produktion in den Brauereien stehen. Der Redner greift die Redaktion an, weil sie eine Resolution der Berliner Kollegen nicht angenommen habe, die sich gegen den Ausschluß der Dessenberger auf der letzten außerordentlichen Generalversammlung wendet. Lassen-Hamburg wünscht, daß die Mitarbeit an dem Verbandsorgan besser honoriert werde. Delle-Stuttgart: Der Beschluß, einen Extrabeitrag zu erheben und es den Bezirken freizustellen, außerdem einen weiteren Extrabeitrag zu erheben, war nicht richtig, es wäre zweckmäßiger gewesen, von vornherein einen Extrabeitrag von 50 Pfg. zu verlangen. Zimmermann-Frankfurt tritt dafür ein, daß die Ueberträge aus den Extrabeiträgen nicht den Filialen verbleiben, sondern an die Hauptkasse abgeführt werden. In der Frage der Arbeitslosenunterstützung darf der freie Sonnabendnachmittag nicht auf Kosten der Arbeitszeit an den übrigen Wochentagen erreicht werden. Hauptsache ist, daß die tägliche Arbeitszeit vergrößert wird; der freie Sonnabendnachmittag dient nur als Abschlagszahlung. Margat-Frankfurt: Vom Vorstand war es unredlich, einen Beilag der einzelnen Filialen wegen der Extrabeiträge zu veranlassen. Nachdem sich noch einige Redner in ähnlichem Sinne geäußert haben, wird die Versammlung auf Dienstag verlagert.

11. Generalversammlung der Glasarbeiter.

K. Leipzig, 30. Juni.

Die Generalversammlung tagte, wie die der Töpfer und Porzellanarbeiter, im Volkshaus. Sie ist von 94 Delegierten, 5 Vorstandsmitgliedern, 4 Gauleitern, dem Ausschuhvorsitzenden und dem Redakteur des Verbandsorgans besucht. Als Gast ist ein Vertreter der österreichischen Bruderorganisation anwesend. Die Generalkommission vertritt bei allen drei Tagungen 11.500 Reichsmark. Die vorgeschlagene Tagesordnung wurde bekräftigt. Sie weist nur vier Punkte auf: 1. Die Verschmelzungsfrage; 2. Geschäftsbericht; 3. Tarifverträge und Arbeitsnachweis in der Glasindustrie; 4. Der nächste internationale Glasarbeiterkongress.

Das Korreferat zur Verschmelzungsfrage hielt Grünzel-Berlin. Er hob im ersten Teil seines Vortrags nochmals auf

die Vorteile, die eine Verschmelzung für den einzelnen Verband bringt, hervor. Es müsse vor allem berücksichtigt werden, daß man sich verschmelzen wolle, um Kampfsfähigkeit zu werden. Alle Anzeichen deuteten darauf hin, daß in den nächsten Jahren größere Kämpfe zu erwarten seien, da heisse es, sich zu rüsten und zu wappnen. Bei einer Vereinigung könnte man die Kämpfe ganz anders führen, als wenn der Verband allein dahege. Für die Agitation werde die Verschmelzung außerordentlich günstig sein. Die Bezirke würden kleiner, die Agitationsmöglichkeiten viel größer.

Der Redner kam dann zur Besprechung des Statutenentwurfs. Den Vätern des Entwurfs sei es nicht leicht geworden, diesen fertigzustellen. Ganz ungeheuerliche Schwierigkeiten hätten sich bei der Beratung gezeigt. Die Kommission habe mit den verschiedenen Einrichtungen in den drei Verbänden rechnen müssen. Alle Verbände hätten das Bestreben gehabt, das zu halten, was sie bisher haben. Bei Erörterung der Vorlage in den Mitgliederkreisen habe man an dieser kein gutes Haar gelassen. Die Kollegen hätten dabei die Schwierigkeiten verkannt, die zu überwinden waren. Am meisten sei gegen die hohen Beiträge opponiert worden, da mühte aber gelagt werden, was die Töpfer bezahlen können, das muß auch den Glasarbeitern möglich sein. Dann sei der Vorwurf gemacht, der Entwurf biete den Mitgliedern zu wenig. Der Referent weist ziffernmäßig nach, daß im vorgelegten Statut die Mitglieder weit mehr an Unterstellungen gewährt wird, als im Glasarbeiterverband. Ein weiterer Einwand der Mitglieder sei, man verlege die Demokratie, wenn dem Vorstand das Recht gegeben werde, eventuell einen Streik abzubrechen, wie es der Entwurf vorsehe. Die betr. Bestimmung sei jedoch keine Verlegung der Demokratie. Die Mitglieder wollten wohl bestimmen, aber dies Recht könne nicht so weit gehen, daß vielleicht 50—100 Mann über das Schicksal von 10.000 bestimmen. Das sei das Gegenteil von Demokratie. Lediglich von dem Grundgedanke aus, daß, wenn eine Weiterführung eines Kampfes für die Gesamtorganisation schädlich ist, soll der Hauptvorstand von seinem Rechte Gebrauch machen und den Streik event. aufheben können. Das sei keine Diktatur, sondern die Wahrung der Gesamtorganisation. Die Weglassung der Institution des Ausschusses habe viel Staub aufgewirbelt. Redner ist der Ansicht, daß daran die Verschmelzung nicht scheitern wird. In der Kommission sei in dieser Frage keine Einigung erzielt worden. Die Töpfer hätten bisher keinen Ausschuß, die Porzellanarbeiter nur eine Beschwerdekommision. Die größte Zahl der vorliegenden Anträge könnte nicht abgeprägt werden. Es werde nicht möglich sein, an dem, was die Kommission vorgeschlagen, eine große Umwälzung vorzunehmen. Schaffe man das Werk nach dem Vorlage der Kommission, dann habe man für die Mitglieder etwas Großes und Gutes geleistet. (Bravo!)

Die Debatte gestaltete sich sehr lebhaft. Fast alle Redner wandten sich gegen das Statut in der vorgeschlagenen Form. In der Hauptsache sind es folgende drei Punkte, die von den Delegierten bekämpft wurden: die erhöhten Beiträge (die Erhöhung betrüge in der höchsten Klasse 40 Pfg.), die hohe Krankenunterstützung und die Nichterhebung eines Ausschusses. Ein Berliner Delegierter meinte, die Verschmelzung sei keine Existenzfrage für den Verband. Sie hätten sehr wenig Berührungspunkte mit den Töpfern. Die Mitgliedschaft Berlin hege der Verschmelzung sehr skeptisch gegenüber. Die Beitragserhöhung sei zu hoch. Verbandsvorsitzender Gitzbig-Berlin betont, bei der Krankenunterstützung hätte man den Porzellanern Konzeptionen machen müssen. Auch die Glasarbeiter könnten den selbige Beitrag bezahlen. — Der Vertreter der Generalkommission, Genosse 11.500 Reichsmark, trat ebenfalls für die Verschmelzung ein. Er hofft, daß ein Weg gefunden wird, der zum Ziele führt. Die Debatte wurde dann vertagt.

Außerordentliche Generalversammlung der Porzellanarbeiter.

K. r. Leipzig, 30. Juni.

An der Generalversammlung nahmen 50 Delegierte, darunter 10 Frauen, 4 Vorstandsmitglieder, 4 Gauleiter und Vertreter der Redaktion, der Kolonnen und der Beschwerdekommision teil. Die Porzellanarbeiter Osterrichts vertritt deren Vorsitzender Palme.

Ueber die Verschmelzungsfrage referierte Verbandsvorsitzender Wollmann-Charlottenburg, der eingangs die Bedeutung der Verschmelzung, die Vorteile für die drei Verbände hervorhob und dann die Gründe der Verschmelzungsgegner milderlegte. Man wolle sich verschmelzen, nicht um die Unterstützungseinrichtungen weiter auszubauen, sondern um die Organisationen kampfsfähiger zu machen. Es sei daher notwendig, alle Anträge, die auf eine Erhöhung der Unterstützungen hinzielen, abzulehnen. Die Streitunterstützung sei etwas heraufgehoben worden. Zum Schluß betonte Redner, zusammenkommen müsse man; wenn man nicht die beste Gelegenheit, den Mitgliedern zu helfen, verpassen wolle. Romine die Verschmelzung jetzt nicht, dann wohl immer.

In der Generaldebatte sprachen zahlreiche Redner für den Verschmelzungsgedanken, wie ihm in der Vorlage Ausdruck gegeben wurde. Es wurden jedoch eine Reihe Abänderungsvorschläge gemacht. Einen breiten Raum in der Diskussion nahm die Frage bezüglich der Densenberger ein. Bezweifelt wurde, daß bei den vorgeschlagenen Sätzen für die Densenberger auch Mittel für den Kampf übrig bleiben. Die Densenberger hätten 93 Prozent der Gesamtunterstützung bei Arbeitslosigkeit gebraucht. Da sei zu befürchten, daß sie auch ein Bleigewicht für die neue Organisation werden. Das beste wäre, wenn die Densenberger sich dem Bauarbeiterverband anschließen würden. Fraglich sei auch, ob die Glasarbeiter geneigt wären, den 1 Mk. Beitrag zu bezahlen. — Von vielen Rednern wurde zum Teil sehr scharf die Art der Agitation der Fabrikarbeiter gegenüber dem Porzellanarbeiterverband kritisiert. — Der Vertreter der Generalkommission bedauerte die scharfen Angriffe auf die Fabrikarbeiter. Der Zusammenschluß der drei Verbände sei aus strategischen Gründen notwendig. Hinter dem großen Gesichtspunkt, bei Kämpfen leistungsfähiger zu sein, müßten alle heimlichen Fragen, wie die Ausgestaltung der Unterstützungen, zurücktreten.

Die Verhandlungen wurden vertagt.

Arbeiter-Sekretariat.

Bureau: Volkshaus, Leipzig, Zeißer Strasse 52.

Kostenlos für Redaktionen etc. — Sprechzeit nur an Wochentagen von 1/11 bis 1 Uhr und von 1/8 bis 1/8 Uhr. Sonnabends ununterbrochen von vorm. 1/11 bis 7 Uhr abends. — Teleph. 5697.



Stempel
E. Grunert, Stempel und Schalter.
O. Rudolph, Zeitzer Str. 3. T. 10017.
Stempel-Haus, Markt 10.
Strumpfwaren, Tricotagen
Otto Hain (vorm. Krause)
Rudolph Seidel, Hallische Str. 3.
Tapeten, Linoleum, Wachs.
Uhren, Goldwaren

Sächsische Fäbrenfabrik, Burg-Str. 14, III.
M. Tantz, Reichstr. 16, Kochs Hof.
Warenhäuser
M. Joske & Co. L.-Plagwitz.
Wasch- u. Plättanstalten
Alfr. Behrend, Amork. Wasch- u. Plätt-Anstalt.
P. Winkler, Gross-Wäscherei.
Wäsche, Wollwaren
Emma Beer, Pl., Erdmannstr. 14.
Carl Hoffmann u. Co., Plagwitz.
Weine und Liköre
L. Emil Beyer, Ranstädter Steinweg 11.
Otto Kutschbach Nachf., Steinweg 28.
Zahnatellern, Zahnkünstler
O. Baumhauer, Wilmanns-L.
G. Schmid, L.-Kleinm.
Stolper, Stötteritz.
Zool. Handl. Aquar. u. Vogelf.

Böhlitz-Ehrenb.
Hugo Bastianer, Fleisch., Lpz. Str. 74.
Gloria-Drogerie.
K. Kühn, Buchbinder, Schreibw.
O. Nöllner, Eisenwaren, Drogen.
Bäcker K. Siegel.
Borsdorf
Felix Otto, Buchhdl., Schulstr. 2.
Eilenburg
Rich. Hule, Uhr- & Goldw. br. Bir.
Feldschlössch-Drauerel Eilenburg.
Eythra
Kühn, Karl, Schlachterei.
Gautsch-Ötzsch
R. Busse, Bäck., O., Hauptstr. 64 b.
Großschocher
Karl Döhne, Kol. Drog. Farb.

G. Zschuschke, Manuf., Weiß- u. Wollw., Hauptstr.
Knauthain
Bernhardt Hickmann, Bäcker.
Leutzsch
Admus, Bessl., Kleider., Hauptstr. 49.
K. Zapf, Hauptstr. 62.
Liebertwolkwitz
A. Schelbe, Schuhw. u. Reparatur.
Lindenthal
Kaufhaus, Inh. P. Munnschätz.
Markranstädt
Carl Brand, Wäschh., Eisenbahnstr. 7.
M. Gröber, Fischhandlg., Hauptstr. 21.
Mockau
Dornbusch, Lehm-Zentr., Lpz. Str. 210 b.

Minkwitz, 999, Str. 66, Hauptstr. 68.
Kaufhaus-Reifegeister
Paunsdorf.
A. Berthold, Kolonialw. Spirituosen.
Schönefeld
Beerdigungsanstalt
Pietät, Leipzigerstr. 82.
Wiederitzsch
E. Becker, Dol. 127, Haus u. Küchong.
Zöbiger
Hugo Herold, Kol. u. Zigarren.
Zuckelhausen
Max Mersch, Kohl.-Hdlg.
Zwenkau
Alfr. Lindner, Fahr. u. Nähmasch.

Kolonialw. u. Futterhdlg. F. Lemko
Otto Gouhner, Markt 10.
W. Zenner, Hütte, Mütz., Markt 3.
Taucha
Alfred Horögel, Möbelmagazin.
Naunhof
Bochmann, E. Schlichter u. Gastwirtsch.
Kaufhaus-Reifegeister
Paunsdorf.
A. Berthold, Kolonialw. Spirituosen.
Schönefeld
Beerdigungsanstalt
Pietät, Leipzigerstr. 82.

Kleiner Anzeiger

Vermietungen
Zentrum.
Junges pünktl. zahl. Ehepaar sucht kleine Wohnung p. 1. 10.
Osten.
Niederstr. 26, IV. W., ganz bill. Wohnung weg. Wegzug sofort unt. d. Hand zu verm.
Norden.
Entr., Hamburger Str. 47, I., b. Braun, mod. Wohnung mit Balkon, 450-550 Mt.
Westen.
Schönan Nr. 18, Vog. I. Et., 2 St., 1 Ka., 2 Kl., 1 Kell. u. Holzst., p. 1. 10. zu vermiet. Näh. part.
Hans Eitner
Rosastr. 6a u. Markt 6
Tel. Nr. 2, Nr. 1330.
Auch mit Rollwagen.
International Möbeltransport
modernsteingerichtete Lagerhaus mit Möbelkabinen, Fahrstuhl, Staubsaug-Apparat.
Verhäuße
Produkten-Geschäft
Möbel aller Art
Dauerh. Bettst. u. g. Springsiederbetten.
Möbel aller Art
neu u. gebraucht, spottbillig.
Dauerh. Bettst. u. g. Springsiederbetten.

Bis 15% billiger
kaufen Sie Möbel, Spiegel, Polsterw. bei mir, da ich bill.
Möbel verk. bill. Teilz. gest.
I Gebett Federbetten
Damen-Garderobe
Herren-Anzüge u. Paletots
Neu für Hausierer!
Partelsprüche, Kleinform., a. Kuffel.
Pianos, Flügel, Harmon.
verk. ohne Anzahlung
Piano fast neu, mit Garant.
Die besten u. Strickmaschinen
Nähmaschine, sehr gut, 18 Mt.
50 Fahräder, von 10 Mt. an

Gardinen-Saison-Räumungsverkauf
Jede wirtschaftliche Hausfrau benutzt die großen Vorteile unseres Saison-Verkaufs zum Einkauf von Künstlergardinen, Gardinen, Stores, Vorhängen aller Art usw. zu den bedeutend ermäßigten Preisen
Vertrieb von Erzeugnissen fach. Gardinen-Fabriken
Georg Meißner & Co. Leipzig Halle Magdeburg
1. Tauchaer Straße 1
2. Zelter Straße 8
3. Dresdner Straße 30
4. Plagwitz, Zschod. St. 35
5. Lind., Demmeringstraße 32
6. Wohl., Auf. Hall. Straße 69

Verzogen nach L.-Schleussig
Könnertstrasse 24, Ecke Brockhausstr.
Dr. Hans Bruchlos
Zahnarzt der Ortskrankenkasse sowie aller Kassen mit freier Arztwahl. Tel. 12901. [8204]

Maurer!
Sidonienstr. 43. [2000]
Adler-Quell
aus der Halle'schen Aktien-Brauerei ist böhmischem Pilsner ebendürrig
Peter, Glühl., Gängel, Joh. m. Kupf., mitl. Wschstf., Jalouf., 130 cm br. Weihenburgerstr. 11, I. r.

Kinderwagen
zurückgez. z. ganz aussergewöhn. billigen Preise.
Engroslager
Otto Winkler, Leipzig
Johannissgasse 10.
Eleg. geb. Kinderwagen bill.
Gr. Trödr. Handwagen (Kaff.) u. v. Brandvorwerkstr. 9, I. f.
Leiterwagen
einz. Räder bill.
Bo., Lutadstr. 2*

Aquarien
Terrarien, Fische, Pflanzen, Zucht, enorm bill.
Rob. Waldmann, Dufourstr. 21.
Tel. 13050. Preisliste gratis.
In 2 Stk.
Grau-Silber, best. Blut, billig.
Pa. Deokrammer zur Verfüg.
Kantline Bautzmann-Schmidt, Anger, Verling. Bernhardstr.

Kaufgehe
Ausgekämmtes Damenhaar
kauft stets zu höchst. Preisen
Preisur Schönbrodt, Quers. 31

Arbeitsmarkt
Elektro-Monteur
perfekt i. Unterputz-Montage,
sof. gesucht. Fränkel & Co.,
Barthstraße 12, II. [10304]
Schulungsg. Wegelassen u. für leichte Nebenarbeiten ges.
Rohk, Pl., Merseb. Str. 24, I.
Ostermädchen f. nachmittags gef.
Hofmarktstr. 1. Meinte.
26. Mädchen f. sof. od. 15. Juli gef.
Schl., Brockhausstr. 31, p. L.

Unterricht
Johann Georg Meißner & Co.
Walter u. Rheinländer
Walter u. Rheinländer

Bermittlung
Als zahl. ausgeh. u. gepflegte
Masseusen und Masseur
empfehlen sich: [24678]
Bertr. Linko, Salomonstr. 21.
K. Knuth, Stb., Glasenstr. 28, II.
M. Bettke, Gofer Str. 18b, III.

Modell- u. Apparatebau
Ing. Ulich, Werdorf
Tel. 30. Man verlange
kostenl. Brosch. u. Besch.
Ihre Anzüge
w. w. neu gereinigt u. geblü.
Anzug 2,50 Mt. Abhol. u. Zus.
freit. Postkarte genügt an
Wäscherei „Undino“ Wilm.-Leipz.

Track-u. Gehrockenstange
verleiht
Schneidermeister Müller
jetzt Windmühlenstr. 20.
Polst.-u. Tapez.-Arb. verb. bill.
ausg. Kl., GutsMuthsstr. 29, II.
Aufplätzen u. Sofas u. Matr. Liebigstr. 9, II.
6 W. a. Mädd. in gute f. 6 Pl. a.
geb. 26. Reichenhain Str. 67, I.
Ich erkläre d. G. Herm. Zwock
a. e. chrf. Mann. Fr. Westphal.
Sinterate sind nicht an die
Reaktion, sondern an die Expedition
d. Leipz. Spitzwegs zu richten.

Hans Eitner
Rosastr. 6a u. Markt 6
Tel. Nr. 2, Nr. 1330.
Auch mit Rollwagen.
International Möbeltransport
modernsteingerichtete Lagerhaus mit Möbelkabinen, Fahrstuhl, Staubsaug-Apparat.
Verhäuße
Produkten-Geschäft
Möbel aller Art
Dauerh. Bettst. u. g. Springsiederbetten.
Möbel aller Art
neu u. gebraucht, spottbillig.
Dauerh. Bettst. u. g. Springsiederbetten.

Bis 15% billiger
kaufen Sie Möbel, Spiegel, Polsterw. bei mir, da ich bill.
Möbel verk. bill. Teilz. gest.
I Gebett Federbetten
Damen-Garderobe
Herren-Anzüge u. Paletots
Neu für Hausierer!
Partelsprüche, Kleinform., a. Kuffel.
Pianos, Flügel, Harmon.
verk. ohne Anzahlung
Piano fast neu, mit Garant.
Die besten u. Strickmaschinen
Nähmaschine, sehr gut, 18 Mt.
50 Fahräder, von 10 Mt. an

Guterhaltener kräftiger
Geschäftswagen
verlässlich, mit Rupec, sofort äußerst billig zu verkaufen.
Leipziger Buchdruckerei A.-G.
Leipzig, Tauchaer Straße 10/21.
Zahn-Atelier Franz Schmid
Schönefeld, Leipziger Strasse 70, I.
Billigste Preise. [!] Gewissenhafte Bedienung.
Bettfedern, Inlett u. fertige Betten
kauft man gut u. billig im
Spezialgeschäft, Plagwitz,
Weißenf. Str. 24, Ede Zschod. Str.,
u. S.-Reidn., Gemeindef. 40.
Bettfedern-Reinigungs-Anstalt.
Trauringe
massiv Gold
von
4 an
Tauchaer Strasse 6.
10 Proz. Rabatt. [11882]

Arbeitsmarkt
Elektro-Monteur
perfekt i. Unterputz-Montage,
sof. gesucht. Fränkel & Co.,
Barthstraße 12, II. [10304]
Schulungsg. Wegelassen u. für leichte Nebenarbeiten ges.
Rohk, Pl., Merseb. Str. 24, I.
Ostermädchen f. nachmittags gef.
Hofmarktstr. 1. Meinte.
26. Mädchen f. sof. od. 15. Juli gef.
Schl., Brockhausstr. 31, p. L.
Unterricht
Johann Georg Meißner & Co.
Walter u. Rheinländer
Walter u. Rheinländer
Bermittlung
Als zahl. ausgeh. u. gepflegte
Masseusen und Masseur
empfehlen sich: [24678]
Bertr. Linko, Salomonstr. 21.
K. Knuth, Stb., Glasenstr. 28, II.
M. Bettke, Gofer Str. 18b, III.
Modell- u. Apparatebau
Ing. Ulich, Werdorf
Tel. 30. Man verlange
kostenl. Brosch. u. Besch.
Ihre Anzüge
w. w. neu gereinigt u. geblü.
Anzug 2,50 Mt. Abhol. u. Zus.
freit. Postkarte genügt an
Wäscherei „Undino“ Wilm.-Leipz.
Track-u. Gehrockenstange
verleiht
Schneidermeister Müller
jetzt Windmühlenstr. 20.
Polst.-u. Tapez.-Arb. verb. bill.
ausg. Kl., GutsMuthsstr. 29, II.
Aufplätzen u. Sofas u. Matr. Liebigstr. 9, II.
6 W. a. Mädd. in gute f. 6 Pl. a.
geb. 26. Reichenhain Str. 67, I.
Ich erkläre d. G. Herm. Zwock
a. e. chrf. Mann. Fr. Westphal.
Sinterate sind nicht an die
Reaktion, sondern an die Expedition
d. Leipz. Spitzwegs zu richten.